Rebellion ist gerechtfertigt!

zur chinesischen Kulturrevolution

Nachdrucke zur Kulturrevolution aus dem ARBEITERKAMPF

E d i t o r i a l

Die blutige Niederschlagung der Studentenproteste in Peking im Juni diesen Jahres wird von vielen Kommentatoren bürgerlicher Zeitungen mit der Kulturrevolution Ende der sechziger Jahre verglichen bzw. gleichgesetzt. Aber nicht das Aufbegehren der Studenten gegen die gesellschaftlichen und Herrschaftsverhältnisse veranlassen zu diesem Vergleich. Vielmehr steht die Kulturrevolution in der westlichen Betrachtung nach wie vor für „blutigen Bürgerkrieg". Peinlich verschwiegen wird dabei in der Regel, daß sich die Akteure der Kulturrevolution schon mit den gleichen Machthabern auseinandersetzen mußten, die heute daß Massaker in Peking befehligten. Die Kulturrevolution war Ausdruck des Kampfes um die Orientierung der weiteren Entwicklung Chinas in den sechziger Jahren: Revolutionierung des sozialistischen Weges oder Hinwendung zum kapitalistischen. Es ist der bisher einzige Versuch in der Geschichte des realen Sozialismus, mit Hilfe einer *Massenbewegung* den *Sozialismus* zu „retten". Dieser Aspekt ist von den Bewegten der Jugend- und Studentenrevolten in den westlichen Ländern aufgenommen worden, dies machte vor allem auch der Attraktivität von Maozedong aus, der sich als Parteivorsitzender hinter die revoltierenden Jugendlichen stellte.

Wir drucken im folgenden eine Reihe von Artikeln zur chinesischen Kulturrevolution nach, die zwischen Mai 1981 und Oktober 1982 im ARBEITERKAMPF erschienen sind.

I N H A L T

Die Vorgeschichte der Kulturrevolution.....S.1
aus AK 201, 11.5 1981

Das große Roll-Back.....S.5
aus AK 202, 25.5.1981

„Die Massen sich selbst befreien lassen!".....S. 13
Der Beginn der Kulturrevolution
aus AK 204, 22.6.1981

Rebellion ist gerechtfertigt!.....S. 21
Der Höhepunkt der Kulturrevolution
aus AK 224, 23.8.1982

Der Beginn der Konsolidierungsphase.....S. 28
aus AK 225, 20.9.1982

Die Kommune von Shanghai.....S. 32
aus AK 226, 18.10.1982

Von der Kulturrevolution zur Restauration.....S. 38
aus AK 308, 26.6.1989

Impressum

Herausgeber: Kommunistischer Bund
V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff
Erscheint bei: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH
Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20
Druck: Hein&Co., Hamburg 50

Erscheint im Juli 1989
Auflage 1000

Die Vorgeschichte der Kulturrevolution



Im ganzen Land herumreisende Jugendliche („Rote Garde") bestimmten in der Anfangsphase der Kulturrevolution das Bild.

In der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) hatte es schon seit Gründung der Volksrepublik (1949) Diskussionen und Auseinandersetzungen um die beim Aufbau der Volkswirtschaft zu verfolgende politische Linie gegeben (1).

Mit einer gewaltigen Massenmobilisierung wurde von Herbst 1955 bis Frühjahr 1956 die Kollektivierung der Landwirtschaft durchgeführt — gegen den anfänglichen Widerstand von hohen Parteifunktionären wie Deng Zihui (der für die ländliche Arbeit des ZK zuständig war und noch im Mai 1955 die Auflösung von 200.000 Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften gefordert hatte), Li Xiannian (Finanzminister), Li Fuchun (Leiter der staatlichen Planungskommission), Bo Yibo (Leiter der staatlichen Kommission für Großindustrie) und Chen Yi (damals Bürgermeister von Shanghai).

Der unbestreitbare politische Erfolg der Kampagne (innerhalb weniger Monate stieg die Zahl der in Genossenschaften eingebundenen Bauernhaushalte bis zum Dezember 1955 von ca. 17 Mio. auf 70 Mio. an; Ende 1956 waren 96% der Bauern genossenschaftlich organisiert) wurde von wirtschaftlichen Engpässen (insbesondere in einigen Industriebereichen) begleitet. Diese zeitweiligen Schwierigkeiten wurden von den Anhängern des sowjetischen Entwicklungsmodells zu einer Gegenoffensive genutzt. Sie forderten einen zentral geplanten und bürokratisch gelenkten Wirtschaftsaufbau mit dem eindeutigen Schwerpunkt auf der Entwicklung der Schwerindustrie in Großkomplexen.

Auf dem VIII. Parteitag der KPCh (15. - 27. September 1956) konnten sich diese Kräfte weitgehend durchsetzen. In der auf dem Parteitag verabschiedeten Politischen Resolution wurde die Notwendigkeit für die Weiterführung des Klassenkampfes geleugnet: *„In der Frage der sozialistischen Umwandlung des Landes ist der entscheidende Sieg schon gewonnen worden. Dies bedeutet, daß der Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie im wesentlichen aufgelöst ist und die mehrtausendjährige Geschichte der Klassenausbeutung in China ein Ende erreicht hat"* (2). Für die Zukunft sollte die Partei ihre Kräfte darauf konzentrieren, die „rückständigen gesellschaftlichen Produktivkräfte" zu entwickeln.

Nebenbei wurde auf dem Parteitag auch der Hinweis auf die Mao-Zedong-Ideen aus dem Statut der Partei getilgt, und Mao selbst blieb während des gesamten Verlaufs deutlich im Hintergrund.

Unmittelbar nach dem Parteitag leiteten Mao und seine Anhänger jedoch einen Gegenangriff ein. Auf der 2. ZK-Sitzung im November 1956 betonte Mao die Notwendigkeit des Klassenkampfes im Sozialismus, übte deutliche Kritik an der UdSSR und sprach sich für die Verankerung des Streikrechts in der Verfassung der VR China aus. Mao hob damals bereits hervor, daß die parteilosen Massen im Kampf gegen bürokratische Machtha-

ber mobilisiert werden müßten und griff dabei namentlich Deng Xiaoping an (3).

Ende Februar 1957 hielt Mao seine Rede „Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk", in der er sich u.a. für offene und kontroverse Debatten, insbesondere in Fragen der Literatur und Kunst, aussprach. Die von ihm vorgeschlagene Politik brachte Mao auf die kurze Formel: *„Laßt hundert Blumen blühen und hundert Schulen miteinander wetteifern"*.

Ihr politisches Ziel, nämlich der Bürokratisierung der Partei durch Massenkritik und Massen-Debatte Einhalt zu gebieten, erreichte die „Hundert-Blumen"-Kampagne nicht. Zunächst versuchte die Parteibürokratie, insbesondere das Pekinger Stadtkomitee mit Peng Zhen an der Spitze, zu verhindern, daß Maos Reden eine allzu große Öffentlichkeit erreichten.

Im folgenden mißbrauchten dann im Mai/Juni 1957 vor allem bürgerliche Kräfte die „Hundert-Blumen"-Losung, um eine antisozialistische Pressekampagne und Unruhen in verschiedenen Teilen des Landes zu organisieren. Die Führung der KPCh sah sich daraufhin veranlaßt, eine „Kampagne gegen die bürgerlichen Rechten" zu führen, die zur Entfernung von drei Mitgliedern der bürgerlich-demokratischen Parteien aus der Regierung der Volksrepublik und zum Ausschluß von etwa 10.000 „bürgerlichen Rechten" aus dem Staatsapparat führte (4). Bei dieser Kampagne wurden von Mao übrigens die „Dazibaos" (Wandzeitungen) als Mittel der Massenkritik aufgegriffen und propagiert; dieses Mittel würde „noch einige Generationen lang" notwendig sein.

Der „Große Sprung nach vorn"

Unterdessen hatten sich in der ganzen Gesellschaft und insbesondere auf dem Land, die Probleme verschärft: Bei einem Bevölkerungswachstum von ca. 2% im Jahr lag das Wachstum der Getreideproduktion bei nur 1%, was eine weitere Kürzung der städtischen Lebensmittelrationen notwendig machte. Verantwortlich wurde dafür das Verhalten der reichen Bauern gemacht, die einen wesentlichen Teil ihrer Ernte zurückhielten, um ihn auf dem freien ländlichen Markt mit besseren Erlösen verkaufen zu können.

Gleichzeitig bildete sich ein scharfer Widerspruch Stadt-Land heraus. Sowohl was die Löhne, als auch was die kulturelle und soziale Versorgung (Theater, Schulen, Krankenhäuser, Wohnungen) anbetraf, waren die Arbeiter in den Städten wesentlich besser gestellt als die Bauern. Bei den Investitionen und beim Aufbau der Infrastruktur waren die industriellen Zentren klar bevorzugt: Im ersten Fünfjahresplan (1953-1957) waren 58,2% der Basisinvestitionen für die Industrie vorgesehen, für die Landwirtschaft (einschließlich Fischerei und Forstwirtschaft) aber nur 7,6%. Wie wenig bei einem zu 90% agrarischen Land für die Landwirtschaft abfiel, zeigte sich auch darin, daß für Kultur, Erziehung und Gesundheit mit 7,2% fast gleichviel angesetzt wurde. Von den für die Industrie vorgesehenen Investitionen wiederum gingen 88,8% in die Schwerindustrie und nur 11,2% in die Konsumgüterindustrie (5).

Die Akkumulation war — nach dem sowjetischen Modell — weitgehend auf Kosten der Bauern erfolgt; entsprechende Gegenleistungen hatten sie nicht erhalten. Eine Folge dieses Ungleichgewichts war der massive Zustrom vor allem junger Menschen vom Land in die Städte, wo sie auf bessere Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten hofften. Vor allem aber wuchs auf dem Lande eine Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Auspressung durch die Stadt heran. Diese Entwicklung drohte das Klassenbündnis zwischen Arbeitern und Bauern in Frage zu stellen (6).

In der chinesischen Führung setzte sich die Ansicht durch, daß nur ein Bruch mit der Entwicklung nach sowjetischem Vorbild die Probleme Chinas lösen könnte.

Dieser Bruch wurde endgültig mit der Annahme der Politik der „Drei Roten Banner" (darunter verstand man die Generallinie des Sozialistischen Aufbaus, den Großen Sprung nach Vorn bei der Industrialisierung und die Einrichtung von Volkskommunen) Ende 1957/Anfang 1958 vollzogen. Die oben skizzierten Widersprüche sollten durch eine Massenmobilisierung größten Ausmaßes gelöst werden.

> „Manche Leute wiegen sich offenbar in Sicherheit, nun, da die Staatsmacht erobert ist, und denken, sie könnten sich wie Tyrannen aufführen. Die Massen werden sich gegen solche Leute wenden, werden sie mit Steinen bewerfen und mit der Hacke auf sie losgehen, und ich finde, das geschieht ihnen recht, ich begrüße das außerordentlich. Manchmal sind Prügel sogar die einzige Möglichkeit, die Probleme zu lösen. Die Kommunistische Partei muß eine Lektion erhalten. Immer wenn Studenten und Arbeiter auf die Straße gehen, solltet ihr, Genossen, dies als eine gute Sache betrachten" (Mao, November 1956, 'Werke' Bd. V, S. 388).

Die Einrichtung der Volkskommunen brachte eine Zusammenfassung und Zentralisierung der Genossenschaften zu wirtschaftlich arbeitenden Einheiten bei gleichzeitiger Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Kompetenzen dieser Einheiten gegenüber den übergeordneten staatlichen Instanzen. Die ländliche Industrialisierung (am bekanntesten wurde die Volkshochofen-Kampagne) sollte zu einer eigenen wirtschaftlichen Entwicklung des Hinterlandes unabhängig von den großen Industriezentren führen. Zugleich sollten die Bauern technische Erfahrungen sammeln und ihren Blick über die ländliche Kleinproduktion hinaus auf industrielle Produktionsformen ausweiten. Kader aus den Zentren wurden aufs Land geschickt, um den Aufbau zu unterstützen und ihr Wissen zur Verfügung zu stellen (wobei sie gleichzeitig ihr eigenes Bewußtsein umgestalten sollten).

Deich- und Dammbauten, Bewässerungsanlagen, Kanäle, Straßenbau, Neulandgewinnung, Terrassierung der Berghänge, Verbesserung des Bodens usw. sollten die Infrastruktur für eine Steigerung der Produktion und eine Hebung des dörflichen Lebensstandards aufbauen. Mit der breiten Einrichtung von Volkskantinen, Wäschereien, Reisschälereien, Mühlen, Schneidereien und Kindergärten wurde ein wichtiger Schritt zur Entlastung der Frauen von Hausarbeiten getan. Zusammen mit einem System der Arbeitsentlohnung, das sich eher an den Bedürfnissen als an der Arbeitsleistung orientierte, wurden damit auch Grundlagen für eine ideologische Umgestaltung in Richtung auf ein kommunistisches Bewußtsein gelegt (7).

Auf dem Gebiet der industriellen Planung und Leitung wurde die Mehrzahl der Betriebe der Leichtindustrie und später auch der Schwerindustrie den örtlichen Machtorganen unterstellt. Im ersten Halbjahr 1958 wurden etwa 80 % der Betriebe aus dem Verantwortungsbereich der zentralen Ministerien herausgenommen (8). Es wurde eine Ausweitung der Produktion, in manchen Sektoren um mehrere hundert Prozent, angepeilt.

Am Anfang des „Großen Sprungs" stand kein detailliertes Konzept, sondern die wirtschaftlichen und politischen Aufgabenstellungen wurden aufgrund der positiven Erfahrungen in einer Reihe von Modellkommunen und im Zuge einer allgemeinen Welle der Begeisterung immer weiter gesteckt. Nach der Beideihe-Tagung im August 1958 schien der „Übergang zum Kommunismus" bereits für die nächsten Jahre auf der Tagesordnung zu stehen.

Man mußte jedoch bald feststellen, daß die angestrebten Ziele zu hoch gesteckt waren und daß sie zum Teil auf weit überhöhten Angaben der landwirtschaftlichen und industriellen Produktionsziffern beruhten. Wieder-

holt wurden daraufhin ab November 1958 die Zielvorgaben revidiert.

Dennoch kam es durch die übergroße Anspannung der Kräfte und durch Fehlplanungen in verschiedenen Bereichen zu einem gravierenden Mangel an Arbeitskräften, an Rohmaterialien und an Transportkapazität. Die weitgehende Einstellung der Arbeit durch die zentrale Planungskommission und einige zentrale Ministerien tat ein übriges. Zu einer mittleren wirtschaftlichen Katastrophe führte schließlich die plötzliche Einstellung der sowjetischen Wirtschaftshilfe, der Abzug der sowjetischen Techniker und Ingenieure (unter Mitnahme aller Konstruktionspläne etc.) im Sommer 1960 und ein massiertes Auftreten von Naturkatastrophen in den Jahren 1960/61, von denen 55% der landwirtschaftlichen Nutzfläche betroffen war (9).

Das große roll-back

Die Frage, inwieweit die Politik des Großen Sprungs an den wirtschaftlichen Einbrüchen der ,,drei schweren Jahre" (1960-1962) schuld war, oder ob im Gegenteil die im Großen Sprung geschaffenen Strukturen wesentlich dazu beitrugen, die Folgen der Naturkatastrophen etc. aufzufangen, ist sehr umstritten und soll hier wegen des Mangels an authentischem Material nicht weiter untersucht werden.

> ,,Vor einigen Jahren ging man irgendwo in der Provinz Honan daran, einen Flugplatz zu bauen, doch weder wurden die notwendigen Vorkehrungen für das Leben der Bauern getroffen, noch wurde ihnen die Sache ausreichend erklärt; man zwang sie einfach umzusiedeln. Die Bauern des betreffenden Dorfes sagten, sogar die Vögel schreien, wenn du mit einem langen Stock an ihrem Nest herumstocherst, um es vom Baum zu holen. Deng Hsiao-Ping, du hast auch ein Nest; wenn ich jetzt daran ginge, es zu zerstören, würdest du nicht auch ein paarmal aufschreien? So bildete die dortige Bevölkerung drei Verteidigungslinien: Die erste Linie bestand aus Kindern, die zweite aus Frauen und die dritte aus jungen Männern. Alle, die zur Vermessung hingeschickt worden waren, wurden vertrieben, und am Ende siegten die Bauern. Später, nachdem ihnen befriedigende Erklärungen gegeben und Vorkehrungen getroffen worden waren, willigten sie in die Umsiedlung ein, und der Flugplatz wurde gebaut" (Mao, November 1956, 'Werke' Bd. V, S. 388).

Die Rechten in Partei und Regierung jedenfalls nützten die entstandene Situation zu einem Großangriff auf die gesamte Politik des Großen Sprungs. Dabei konnten sie an verbreitete Stimmungen in der Partei anknüpfen, bei denen die anfängliche Euphorie in Resignation und Mutlosigkeit umgeschlagen war. Die Rechten erklärten den Großen Sprung pauschal für gescheitert und forderten eine umfassende gesellschaftliche Restauration.

Einen ersten Höhepunkt erreichten diese Angriffe auf den Sitzungen des Politbüros und des ZK der KPCh im Juli/August 1959 in Lushan. Peng Dehuai, der Oberbefehlshaber der Volksbefreiungsarmee, hatte Reisen durch weite Teile Chinas unternommen, um Fakten zur Untermauerung seiner Thesen zu sammeln. Er machte Mao persönlich für das ,,Scheitern" des Großen Sprungs verantwortlich.

Mao gab in seiner Rede vor der Lushan-Konferenz wirtschaftliche Fehler durchaus zu und übernahm persönlich die Verantwortung für das Mißlingen der ,,Stahlkampagne". Er hielt jedoch daran fest, daß die Politik der ,,Drei Roten Banner" ein politischer Erfolg gewesen sei und betonte die positiven Auswirkungen, die die Kampagnen und der Enthu-



Teilnahme von Funktionären an der Arbeit war in der Kulturrevolution eine Selbstverständlichkeit. Hier der Leiter der Volkskommune von Datschai, Tschen Yung-gui. Später wurde er Mitglied des Politbüros; 1980 fiel er als „Linksradikaler" in Ungnade.

siasmus der Massen auf die Erziehung des ganzen Volks gehabt hätten (10).

Zwar wurde schließlich vom ZK der allzu rüde Vorstoß Peng Dehuais verurteilt und er selbst sowie eine Reihe seiner Anhänger verloren ihre Ämter (Pengs Nachfolger wurde Lin Biao), doch der von ihm vertretene politische Kurs setzte sich durch. Unter Führung von Staatspräsident Liu Shaoqi und KP-Generalsekretär Deng Xiaoping gingen die Rechten zum Roll-Back in allen gesellschaftlichen Bereichen über.

Anmerkungen

1 Vgl. zu dieser ganzen Periode Rainer Hoffmann: Kampf zweier Linien. Zur politischen Geschichte der chinesischen Volksrepublik 1949 - 1977, Stuttgart 1978.
2 Zit. nach Hoffmann: Kampf zweier Linien, S. 27
3 Ausgewählte Werke (AW) Bd. V, Peking 1978, S. 374-394. In einer Reihe von weiteren Reden und Papieren griff Mao das Streben vieler Parteimitglieder nach persönlicher Macht und Privilegien an, erinnerte an die Traditionen des Partisanenkrieges und setzt schließlich im Mai 1957 einen ZK-Beschluß durch, der leitende Kader aller Ebenen dazu verpflichtete, an der körperlichen Arbeit teilzunehmen.
4 Vgl. Hoffmann: Kampf zweier Linien, S. 27-30; sowie Neueste Geschichte Chinas. Von 1917 bis zur Gegenwart, Berlin (DDR) 1979, S. 247-253.
5 Wang Guanwei in La Chine 8/1955, zit nach Elo und Jürg Baumberger: Beethoven kritisieren! Konfuzius verurteilen! Was geschah in China 1973/74? Reinbek 1975 S. 15f.
6 Vgl. Hoffmann: Kampf zweier Linien, S. 30-36.
7 Zu den Volkskommunen vgl. Jacques Charriere: Planung und Leitung der Produktionseinheiten, in Gesammelte Schriften von Charles Bettelheim u.a. China-Analysen, München 1975, S. 198-209.
8 Nach Neueste Geschichte Chinas, S. 263.
9 Zu den Modifikationen der „Großen Sprung"-Politik vgl. Hoffmann: Kampf zweier Linien, S. 36-41; sowie Neueste Geschichte Chinas, S. 260-278. Zu dem Ausmaß der wirtschaftlichen Schwierigkeiten einige Fakten: 1961/62 kam es zu einer Hungersnot, die chinesische Zeitungen als „die schwerste, die das Land seit 1879 heimgesucht hat", bezeichneten (vgl. Pekinger Volkszeitung, 29.12.60, Arbeiterzeitung 17.4.63). Es kam zu massiven, teilweise von KMT-Kommandos und -Agenten angeleiteten konterrevolutionären Aktivitäten, allein 1961 in 250.000 Fällen, davon 3738 Fälle von „bewaffnetem Aufruhr" (Rote Fahne, 1.2.62). Zugleich brachen ganze Industriebereiche zeitweise zusammen, weil die Sowjetunion im Sommer 1960 schlagartig unter Bruch aller Verträge sämtliche Techniker, Pläne etc. zurückzog und jede wirtschaftliche Hilfe einstellte. (Angaben und Zitate nach: Jürgen Domes/ Die Ära Mao-Tse-Tung, Stuttgart etc. 1971, S. 128f).
10 Eine nicht authorisierte Version von Maos Rede auf dem Lushan-Plenum findet sich in Helmut Martin (Hg.): Mao intern. Unveröffentlichte Schriften, Reden und Gespräche Maos 1949-1976, München 1977, S. 139-156.

Zur verwendeten Literatur

Über die Kulturrevolution sind Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre Unmengen von (Pseudo-) wissenschaftlicher Literatur erschienen. Das meiste davon kann man – ebenso wie die seinerzeitigen Ergüsse der bürgerlichen Tagespresse – getrost vergessen: Es ging über ein wildes Sammelsurium von oberflächlichen Eindrücken, Spekulationen über die „Machtkämpfe" innerhalb der KP Chinas und/oder blanke Sensationsmache nicht hinaus.

Begünstigt wurde diese Erscheinung von der Tatsache, daß in den offiziellen chinesischen Veröffentlichungen vor der Kulturrevolution nichts konkretes zum Verlauf der Auseinandersetzungen in Partei und Gesellschaft veröffentlicht wurde, geschweige denn zu deren politischen Hintergründen. Schon simple statistische Zahlen über Produktionsumfang oder Bevölkerungswachstum waren seit Ende der 50er Jahre nur noch ganz verstreut zu finden (und öfters waren diese wenigen Zahlen dazu noch ziemlich offenkundig „zurechtgebogen").

Während der Kulturrevolution änderte sich das Bild: Zwar waren die Berichte der chinesischen Presse (und noch stärker der „Peking Rundschau") nach wie vor überaus formel- und phrasenhaft und verzichteten fast immer darauf, Roß und Reiter zu nennen. Doch daneben entstand eine Fülle von Flugblättern, Wandzeitungen und Pamphleten, die von den verschiedensten Basisgruppen herausgegeben wurden und das ganze Land überschwemmten. Sie enthielten eine große Menge von bis dahin unbekannten Fakten über die Auseinandersetzungen während und vor allem vor der Kulturrevolution. Das Material war zum Teil von den Roten Garden zusammengetragen, meist aber ihnen durch Parteikader gezielt zugespielt, um der jeweils konkurrierenden Fraktion Schläge zu versetzen. Allerdings waren diese Schriften im höchsten Maße polemisch und oft auch ein ganzes Stück von den Tatsachen entfernt. Zudem ist gerade von diesen Schriften der radikalen Linken nur relativ wenig auf verschlungenen Pfaden (nicht selten über westliche Geheimdienste) in zugängliche Archive gelangt. Es erforderte also eine ganze Menge Fingerspitzengefühl und Gesamtüberblick, dieses Material so gegeneinander abzuwägen und zusammenzustellen, daß ein einigermaßen realistisches Bild der historischen Abläufe gezeichnet werden kann.

Versucht hat das insbesondere **Rainer Hoffmann**, auf dessen ungemein faktenreiche Bücher sich meine Arbeit vor allem stützt (Die einzelnen Titel sind in den Anmerkungen genau zitiert). Er hat dazu Archive in den USA, Hongkong und Japan sowie die englischsprachige Chinaliteratur ausgewertet. Seine Sympathie gilt denjenigen, die unter der Restauration in China am meisten zu leiden hatten und die im Frühjahr und Sommer 1967 die radikale Speerspitze der Rebellenbewegung bildeten, die aber – nach Meinung Hoffmanns – ebenso zum Scheitern verurteilt waren wie die maoistische Gesellschaftskonzeption im Ganzen, weil sie den ökonomischen und technologisch-strukturellen Sachzwängen der chinesischen Mangelgesellschaft nichts entgegenzusetzen hatten.

Lesenswert sind nach wie vor die Schriften von **Charles Bettelheim** über die politische und vor allem ökonomische Entwicklung Chinas, obwohl auch Bettelheim damals (ähnlich wie eine ganze Reihe anderer Autoren: Myrdal, Daubier, Broyelle) ein sehr unkritisches Verhältnis zu den jeweiligen Schwenks der chinesischen Führung an den Tag gelegt hat.

Die „Neueste Geschichte Chinas" ist die maßgebliche Darstellung von sowjetischer Seite. Sie dokumentiert vor allem, wie tief der Schrecken der Kulturrevolution den realsozialistischen Philistern immer noch in den Knochen steckt. Als Nachschlagewerk ist das DDR-Handbuch „Die Volksrepublik China 1949 - 1979. Eine kommentierte Chronik" ganz praktisch (und preiswert).

Unter der bürgerlichen Chinaliteratur habe ich Bücher von **Jürgen Domes** benutzt, der im Gegensatz zu vielen anderen ziemlich differenziert und konkret schreibt und dabei ebenfalls viel chinesisches Material verarbeitet.

Zum Schluß will ich noch zwei wenig bekannte Bücher empfehlen, die sich sehr interessant und spannend lesen:

William Hintons „Fanshen" – Dokumentation über die Revolution in einem chinesischen Dorf"' (2 Bände, Frankfurt 1972) handelt eigentlich gar nicht von der Kulturrevolution, sondern von der Bodenreform Ende der 40er Jahre. Es gibt aber einen Eindruck davon, wie das Leben für den allergrößten Teil des chinesischen Volkes vor der Revolution aussah und welche Fortschritte dieses Volk demgegenüber – trotz allem! – bis heute erkämpft hat. Vor allem jedoch dokumentiert das Buch, wie widersprüchlich und schwierig der Prozeß der Umgestaltung, des „Fanshen", an der Basis ablief und wie schnell sich neue Besitz- und Machtstrukturen herausbilden konnten, die die KP Chinas und die aufs Land geschickten Arbeitsgruppen sehr differenziert und in enger Fühlung mit den aktiven Bauern bekämpfte.

Das **„Shanghai Journal"** von Neale Hunter (Boston 1969) wurde leider nie ins Deutsche übersetzt. Hunter hat die Januarrevolution in Shanghai als Lehrer am Fremdspracheninstitut miterlebt und schildert sehr genau und eindrucksvoll die politischen Kämpfe und Stimmungen dieser Zeit, ohne in die sonst bei solchen Berichten übliche Sensationsgeilheit oder Parteinahme für diejenige Fraktion, die sich letztlich durchgesetzt hat.

Das große Roll-back

Die Schüler und Studenten, Arbeiter und Bauern, die in der Kulturrevolution zu Millionen auf die Straßen gingen und das politische Bild Chinas beherrschten, rebellierten nicht gegen einen abstrakten, nur auf die ideologische Ebene beschränkten Revisionismus, der irgendwo ganz oben in der Staats- und Parteiführung um sich zu greifen drohte. Sie rebellierten vor allem gegen die Restauration bürgerlicher Verhältnisse und Praktiken, die sie selbst tagtäglich am Arbeits- oder Ausbildungsplatz erfahren hatten. Viele von ihnen hatten schon in den Jahren zuvor gegen diese Verhältnisse protestiert und waren von massiven Repressionen betroffen gewesen.

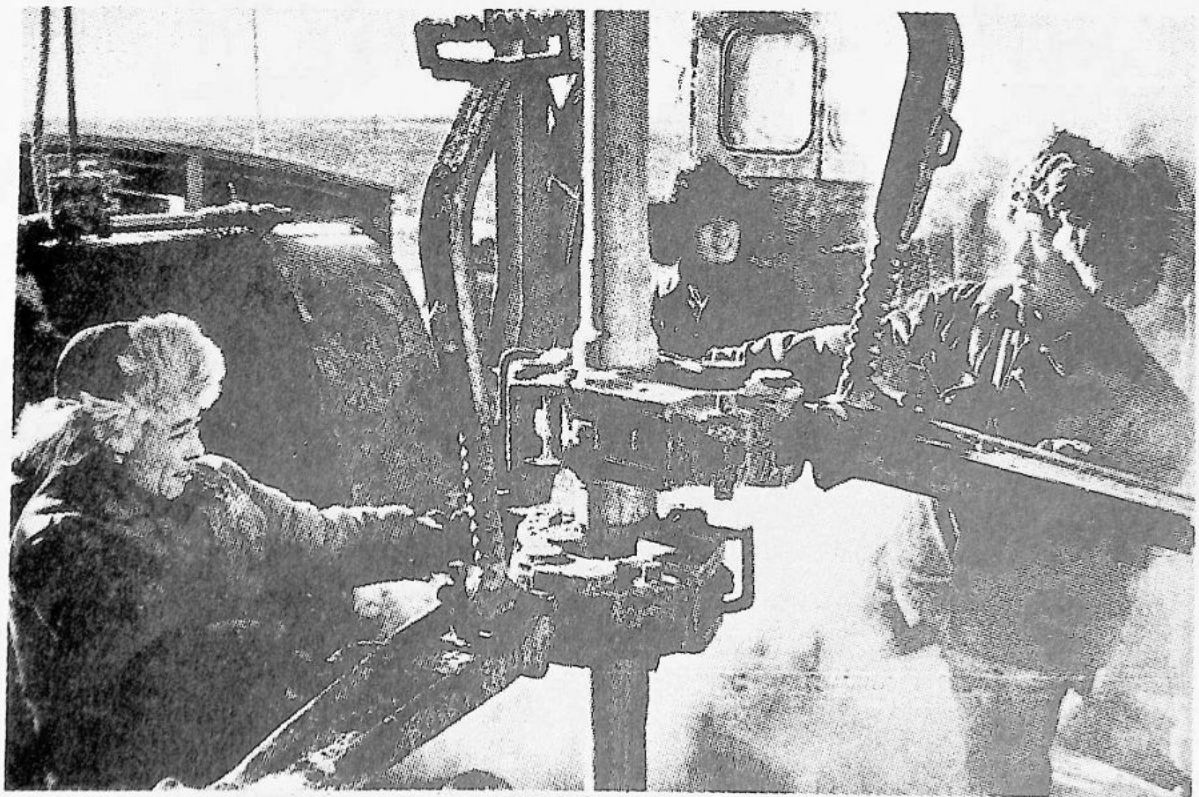
Nach dem angeblichen „Scheitern" der maoistischen Politik der „Drei Roten Banner" um 1960 (Generallinie des sozialistischen Aufbaus, „Großer Sprung" nach vorn in der Industrie und Einrichtung den Volkskommunen) waren die Rechten in Partei- und Staatsapparat auf allen Ebenen und in allen gesellschaftlichen Bereichen (1) dazu übergegangen, emanzipatorische Ansätze des „Großen Sprungs" zurückzudrangen und der „Steigerung der Produktion" unterzuordnen. Dabei griffen sie auf „bewährte" kapitalistische Methoden zurück und entwikkelten sich selbst zu einer „Neuen Bourgeoisie", die mehr und mehr Machtpositionen an sich brachte.

Auf dem Lande ...

... waren die Volkskommunen die wesentliche Neuerung des „Großen Sprunges" gewesen. Wichtige Bestandteile der Volkskommunen wie die Volkskantinen und andere Gemeinschaftseinrichtungen mußten nun aufgegeben oder reduziert werden. Die Produktionsbrigade (die nächstkleinere Einheit) übernahm alle wesentlichen politischen und ökonomischen Funktionen der Volkskommune. Andererseits wurden Privatland und private Viehzucht ebenso wie privater Handel und private Kleinbetriebe wieder zugelassen. Viele Bauern arbeiteten praktisch nicht mehr für die Kommune, sondern stürzten sich in alle möglichen Privatgeschäfte. Die Folge war eine rasche **Klassendifferenzierung**, denn diejenigen Familien, die ihre Produktion steigern konnten, waren auch bei der Kreditvergabe und den staatlichen Lieferungen bevorzugt und konnten sich verstärkt im Handel betätigen. Unter der Hand bildete sich eine Schicht reicher Bauern und Händler heraus, die sich zunehmend mit den neu aufs Land geschickten Technikern und Agrarfachleuten zu einer neuen ländlichen Bourgeoisie verband.

Zugleich verloren die armen Bauern an Einfluß in Parteikomitees und Verwaltung. Die zumeist von ihnen getragenen Volksmilizen verkümmerten. Oftmals gerieten sie in erneute Abhängigkeit (bis hin zu faktischen Pachtverhältnissen!) von der sich herausbildenden Kulakenklasse. Andere mußten sich als Wanderarbeiter verdingen oder in den Städten Arbeit suchen.

Begleitet und angeheizt wurde die Restauration durch Aussagen von Parteirechten wie dem Finanzminister und stellvertretenden Vorsitzenden der staatlichen Plankommission, Li Xiannian: *„Wenn wir die Bauern*



Die Erschließung der Erdölfelder von Datjing spielte Anfang der 60er Jahre eine wichtige Rolle bei der Verselbständigung Chinas gegenüber der Sowjetunion.

selber machen lassen, dann wird sich die Mehrheit dafür entscheiden, zu privatwirtschaftlichen Verhältnissen überzugehen" (2). Offen wurde propagiert: *„Es gibt nun einmal Kommunemitglieder, die über viel Arbeitskraft und finanzielle Mittel verfügen und die zudem Erfahrung in privater Geschäftsführung besitzen. Laßt sie ihre eigene Wirtschaft betreiben und so schnell wie möglich Resultate erzielen"* (3).

Getreu der von Deng Xiaoping ausgegebenen Devise: **„Wir sollten alles mitmachen, was die Produktion hebt. Ob schwarz oder weiß, alle Katzen sind gute Katzen, wenn sie nur Mäuse fangen!"**, wurde auf der Ende Februar '62 stattgefundenen „Westgebäude-Konferenz" des erweiterten Politbürovorstandes (an der Mao nicht teilnahm) die Bearbeitung der Felder wieder an Einzelfamilien zurückgegeben.

Das Ausmaß der Reprivatisierung war erheblich: Zwar betrug der Anteil des Privatlandes an der gesamten Nutzfläche 1962 nur 5 - 10 %. Jedoch wurden 30 % des Getreides auf diesem Land erzeugt (4). 80 % aller Schweine, 90 % des Geflügels und der überwiegende Teil der Gemüselieferungen wurden auf Privatland produziert (5). Im Durchschnitt lagen die Anteile des privaten Einkommens am bäuerlichen Gesamteinkommen zwischen 30 und 42,5 % (6). Dabei gab es regionale „Spitzen"; in Guizhou und Sichuan soll beispielsweise der Anteil des privaten Ackerlandes größer als der der Kollektive gewesen sein (7).

Dieser nunmehr geradezu galoppierenden Entwicklung bürgerlicher Verhältnisse auf dem Lande stellte ab Sommer '62 Mao den Aufruf entgegen: **„Nie den Klassenkampf vergessen!** *... Die sozialistische Gesellschaft umfaßt eine ziemlich lange geschichtliche Periode. Während dieser Geschichtsperiode sind Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe immer noch vorhanden; der Kampf zwischen den zwei Wegen, dem des Sozialismus und dem des Kapitalismus, geht weiter, und die Gefahr einer kapitalistischen Restauration bleibt bestehen. ... Von nun an müssen wir jährlich, monatlich, täglich darüber sprechen ..."* (8). Das sollte Aufgabe der **„Sozialistischen Erziehungsbewegung"** sein.

Gemäß den „Ersten Zehn Punkten", die Mao im Mai '63 durchsetzte, sollten die armen und unteren Mittelbauern zum Kampf gegen die „neuen bourgeoisen Elemente" mobilisiert werden, *„um eine vollständige und sorfältige Überprüfung des Rechnungswesens, der Lagerhäuser, des Eigentums und der Arbeitspunkte"* (das waren die konkreten Ansatzpunkte für die Klassenprivilegien der „neuen Bourgeoisie") vorzunehmen. *„Entscheidungen und Verfügungen bei allen wichtigen Problemen müssen durch volle Diskussionen unter den Massen gemacht werden. Während des Ablaufs der Bewegung muß den Massen Gelegenheit gegeben werden, ihre Ansichten voll zur Geltung zu bringen, Kritik an Fehlern und Mängeln zu üben, schlechte Leute und Handlungen offenzulegen"*. Träger der Massenbewegung sollten eigenständige Organisationen armer und unterer Mittelbauern sein.



Die Produktion kleiner Maschinen gehört zu den Aufgaben der Volkskommunen. Hier werden Dieselmotoren für die Dörfer hergestellt.

Quasi als Ausführungsbestimmungen für die „Ersten Zehn Punkte" wurden im September '63 unter Leitung von Deng Xiaoping und Peng Zhen die „Zweiten Zehn Punkte" erstellt. Die Fraktion um Liu Shaoqi exerzierte dabei klassisch vor, wie bei verbaler Anerkennung der Direktiven Maos die Zielsetzung der Sozialistischen Erziehungsbewegung in ihr direktes Gegenteil verkehrt wurde.

Nach den „Zweiten Zehn Punkten" mußte die Führung der SEB fest in den Händen der Kreisparteikomitees liegen. *„Ob Organisationen armer und unterer Mittelbauern ihre normale Arbeit ausführen können und ob sie immer sinnvoll fungieren können, wird durch die Parteiführung entschieden"*. Die zur Umsetzung der Kampagne auf die Dörfer geschickten Arbeitsgruppen der Partei mußten sich in erster Linie auf die örtlichen Partei-Einheiten beziehen. Damit war aber oftmals der Bock zum Gärtner gemacht. Die lokalen Parteikader, denen die Kontrolle über die Bewegung übertragen wurde, waren nämlich selbst in vielen Fällen schon Bestandteil der ländlichen Bourgeoisie geworden. *„Während der ganzen Bewegung sollte die Aufmerksamkeit darauf verwandt werden, die politische Begeisterung und die Arbeitsfreudigkeit der Massen zu kanalisieren, um die Kollektivwirtschaft und die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion (einschließlich der kollektiven Nebenproduktion) zu konsolidieren"* (9). Die Steigerung der Produktion wurde von den Parteirechten zum einzigen Kriterium über den Erfolg oder Mißerfolg der SEB erhoben.

In der Praxis konnten sich die Arbeitsgruppen oft nicht einmal ein einigermaßen realistisches Bild von den Klassenverhältnissen im jeweiligen Dorf machen, da ihnen gefälschte „Statuslisten" vorgelegt wurden, in denen die neuen Kulaken als arme Bauern firmierten. Die Organisationen armer und unterer Mittelbauern blieben unter strenger Kontrolle der lokalen Parteileitung, nicht selten wurden auch reiche Bauern mit der Führung dieser Verbände betraut.

Keineswegs angesagt waren kritische Diskussionen: *„Wenn die Massen die Funktionäre kritisieren, können diese die Massen nicht mehr erfolgreich führen. Es ist in Ordnung, wenn die höheren Gremien die Funktionäre kritisieren. Wenn dies aber die Massen tun, wird alles chaotisch werden"* (10). Präziser kann das direkte Gegenteil von Massenlinie überhaupt nicht formuliert werden.

Weitere Versuche der Parteilinken, mit Kampagnen „Lernt von der Volksbefreiungsarmee" und dem „23 Punkte-Beschluß" (der sich erstmals gegen „Machthaber, die den kapitalistischen Weg einschlagen" richtete), revolutionäre Massenkämpfe zu initijeren, wurden letztlich in ähnlicher Weise unterlaufen.

Mehr als alles andere beweist das Verhalten der Rechten in Partei und Regierung in diesen konkreten Kämpfen, daß sie keineswegs die Politik seit 1961 als (durch die Verhältnisse erzwungenen) befristeten Rückzug sahen. Ein Vergleich mit der von Lenin konzipierten „Neuen Ökonomischen Politik" in der Sowjetunion, die mit wirtschaftlichen Zugeständ-

nissen an die rückständigen Bauernmassen die Grundlage für das Klassenbündnis Arbeiter – Bauern für den Aufbau des Sozialismus sichern sollte, ist so nicht möglich.

In der Industrie ...

... wurde versucht, eine Steigerung der Produktion mit materiellen Anreizen und kapitalistischem Management durchzusetzen. Der Ausbau der materiellen Anreize ging Hand in Hand mit dem Abbau politischer Schulung und Diskussion in den Betrieben. Das wurde auch ganz klar formuliert als politische Linie ausgegeben: *„Die Kader, die politische Arbeit betreiben, sollen sich auch um die Probleme der Wirtschaft bekümmern, besonders über die wirtschaftlichen Pläne der Partei. Sie müssen sich ganz klar darüber sein, daß die Wirtschaft den Vorrang vor politischen Fragen besitzt"* (11). Und der stellvertretende Minister für das Bauwesen, Liu Yü-ming, erklärte: *„Wir müssen die Gehaltsstufen ausweiten. Wir brauchen eine Politik, die die politische Arbeit mit materiellen Anreizen verbindet"* (12).

In den Betrieben entwickelte sich eine schärfere Differenzierung. Ein ausgeklügeltes Bonus-, Prämien- und Akkordsystem wurde eingeführt. Besonders ausgezeichnete Arbeiter, Angestellte und Kader erhielten auch andere Sondervergünstigungen, etwa bessere Wohnungen. Die Lohnskala verbreiterte sich.

Ein breiter Angestelltensektor wuchs heran, der Überwachungs- und Leitungsfunktionen wahrnahm. In der Pharmazeutischen Industrie etwa verdoppelte sich die Zahl der Angestellten innerhalb von weniger als fünf Jahren (13). Während der Kulturrevolution stellte ein Arbeiterrebell dazu fest: *„Alle Betriebsleiter und Chefs, alle Direktoren und Werkmeister sollen zum Teufel gehen! All diese Überwacher haben an der produktiven Arbeit sowieso nicht teilgenommen. Für jeden Arbeitsgang gab es 7 Meister und einen Sekretär, die [illegible] Sache nur zuschauten"* (14).

Daneben bildete sich eine „Arbeiteraristokratie" der festangestellten Facharbeiter heraus, die relativ hohe Löhne erzielte und eine gute soziale Versorgung (Sozialversicherung, Krankenversorgung, Wohngelder, Kinderzuschüsse etc.) genoß.

Die Kosten der ganzen Entwicklung trugen zwei Gruppen in der Arbeiterklasse, die Vertragsarbeiter und die Jungarbeiter bzw. Lehrlinge.

Mit der Ausweitung des „zweistufigen Arbeitssystems" wurden neben den festangestellten (Fach-) Arbeitern auch Vertragsarbeiter eingestellt, die meist vom Land kamen, jederzeit wieder entlassen werden konnten und weder Kündigungsschutz noch die sonst üblichen sozialen Absicherungen besaßen.

Damit konnten die Betriebsdirektoren Einstellungen und Entlassungen ganz nach kapitalistischen Prinzipien regeln. Im Plandokument für den 3. Fünfjahresplan wurde gefordert, die Einzelbetriebe sollten bemüht sein, die „regulären Arbeiter" um ca. 30 % zu verringern und durch die weit weniger kostspieligen Vertragsarbeiter zu ersetzen (15). 1964



Wandzeitungen und Diskussionen im Betrieb – während der Kulturrevolution eine Selbstverständlichkeit

und 1965 erreichte der Anteil der Saisonarbeiter in manchen Industriezweigen, so in der Wasser- und Energiewirtschaft, ca. 50 %, und bei Arbeiten, die keine Qualifikation erforderten, sogar 80 - 100 %. (16). Die Zahl der festangestellten Stammarbeiter betrug damals 11 - 12 Millionen.

Auch Lehrlinge und Jungarbeiter hatten unter der Differenzierung in den Betrieben zu leiden. Da die Zahl der Jugendlichen in China sehr hoch ist (die Bevölkerung wächst jährlich um 16 Millionen Menschen!), andererseits aber nur eine begrenzte Zahl von (qualifizierten) Arbeitsplätzen zur Verfügung stand, mußten die Jugendlichen oftmals, anstatt eine solide Ausbildung zu erhalten, Handlangerdienste leisten und gaben häufig noch lange nach Beendigung der Ausbildungszeit billigste Arbeitskräfte ab.

Für den industriellen Aufbau insgesamt propagierte Liu Shaoqi das Prinzip: *„Ihr müßt von den Kapitalisten lernen, Banken im westlichen Stil eröffnen, den Komprador spielen. Sie haben Erfahrung, ihr müßt von ihnen lernen"* (17).

Den Betrieben müßte mehr Spielraum für ein eigenständiges Management eingeräumt werden. Zugleich wurde durch die Bildung von großen Trusts eine Zentralisierung auf mittlerer Ebene gefördert (1965/66 gab es in China 12 nationale und 27 örtliche – den Provinzbehörden unterstellte – Trusts). Als einziger Maßstab der industriellen Entwicklung galt die Produktionsleistung eines Betriebs; ja, noch weitergehend hieß es: *„Ungeachtet der Tatsache, daß das Gewinnprinzip seine Mängel hat, ist es schließlich der Qualitätsmaßstab für die gesamte Arbeit des Unternehmens"* (18).

Das System der strikten Ein-Mann-Leitung (d.h. ein einziger Kader ist für die Leitung eines Betriebs, einer Abteilung etc. nach oben verantwortlich) wurde wiedereingeführt, nachdem es 1954/55 abgeschwächt und in der Periode des „Großen Sprungs" völlig abgeschafft und durch das Prinzip der kollektiven Leitung ersetzt worden war. Im Verlauf eines oder mehrerer Jahre fanden in immerhin 40 % der in einer Studie untersuchten Betriebe Wahlen zur Betriebsleitung statt, vor allem in den relativ kampfstarken Eisen- und Stahl-Großbetrieben. Dabei stand allerdings in der Regel nur ein Kandidat für einen Posten zur Wahl (19).

Die Leitung der Betriebe lag immer ausschließlicher bei den Betriebsdirektoren, während der Einfluß der Betriebsparteikomitees immer mehr zurückging. Das von Deng Xiaoping gelenkte Parteisekretariat sprach an die betrieblichen Basisorganisationen der Partei ausdrücklich die Empfehlung aus, in Produktionsangelegenheiten äußerste Zurückhaltung zu üben. Auch innerhalb der Parteikomitees vollzog sich ein Wandel; die schon erwähnte Studie spricht davon, daß in der Mehrheit der untersuchten Betriebe kein einziger Arbeiter im Parteikomitee war, in

den übrigen nicht mehr als etwa 10 % (20).

Die neue Politik in der Industrie zeitigte noch ein weiteres Ergebnis: Die während des „Großen Sprungs" entstandenen kleineren Industrie- und Infrastrukturprojekte, vor allem auf dem Lande, ließ man allmählich absterben. So waren bis 1961 von einzelnen Volkskommunen Lokalbahnen mit einem Schienennetz von etwa 4000 Kilometern gebaut worden. Damit sollte die ländliche Infrastruktur von der Basis her entwickelt werden. Nach der revisionistischen Wende wurden die Mittel schrittweise gekürzt und schließlich ganz gestoppt, die Bahnen wurden eingestellt oder langsam verfallen gelassen.

Damit wurde auch eines der Hauptziele der Politik des „Großen Sprung" liquidiert: der Versuch nämlich, die „Ausbeutung" des Landes zugunsten einer raschen Akkumulation für den Aufbau der industriellen Zentren zumindest teilweise durch die Entwicklung von Industrien zu ersetzen, von denen die Bauern auch unmittelbar selbst profitierten.

Verwaltung

Die natürliche Hauptbasis für die Herausbildung der „neuen Bourgeoisie" in China waren die staatlichen Apparate. Begünstigt wurde das durch die konkrete Entwicklung der chinesischen Revolution. Als die KPCh in den letzten Jahren vor ihrem endgültigen Sieg 1949 von ihren Ausgangsbasen auf dem Lande her in die Städte einrückte, sah sie sich vor enorme Anforderungen gestellt, was qualifizierte Kader für die Übernahme von technischen- und Verwaltungsfunktionen anging. Beispielsweise gab es in Kanton, einer Stadt mit 1,5 Mill. Einwohnern, zur Zeit der Befreiung nur etwa 100 Parteimitglieder. Aus dieser Mangelsituation heraus mußte eine große Zahl alter bürgerlicher Bürokraten auch in leitende Positionen einfach übernommen werden. Dadurch gab es starke Einflüsse bürgerlicher Praktiken und Verhältnisse in den Verwaltungsapparaten.

Auch später waren diese „Spezialisten" wohlgelitten. Chen Pixian, einer der Sekretäre des Pekinger Stadtkomitees, versicherte ihnen: *„Ihr braucht an der sozialistischen Revolution gar nicht teilzunehmen, wenn ihr nur keine Opposition betreibt. ... Es gibt Leute, die ein anderes Temperament haben und ihr Denken nicht ändern wollen; wenn sie keinen aktiven Widerstand leisten und mit der Partei gehen, ist alles in Ordnung"* (21).

Die forcierte Herausbildung neuer Kader konnte an der bestehenden Situation nur wenig ändern (zum System der Ausbildung siehe unten). Durch die Vorherrschaft bürgerlicher Verhältnisse und Praktiken konnten oftmals „an sich" antibürokratische oder „Anti-Rechtsabweichler"-Kampagnen zu Kampagnen zur Säuberung der Bürokratie von unbequemen Kritikern umgedreht werden. Arbeiter- und Bauernkader, die noch in der Tradition des revolutionären Guerillakrieges standen, wurden als „Rechtsabweichler" etc. bezeichnet und zur Umerziehung aufs Land oder in die Fabrik geschickt. „Säuberungslisten" stellten sicher, daß diese Kader nicht anderswo wieder eingestellt wurden.

Ein besonders krasses Beispiel für diese Ausrichtung war der Bereich der Sicherheitsbehörden und der Justiz, der unter der Leitung von Luo Ruiqing (zugleich Generalstabschef der VBA) stand. Während der Kulturrevolution ging der „Fall der beiden Chen" breit durch die rotgardistische Presse. Chen Po und sein Stellvertreter Chen Kun übernahmen nach der Befreiung die Leitung der Sicherheitsbehörde in Kwangtung. Im Gegensatz zur Zentrale in Peking verfolgte die Kantoner Behörde in ihrer Politik die Massenlinie. Ende 1949 ernannte daher der am sowjetischen Vorbild orientierte Luo Ruiqing seinen Vertrauten Tan Chengwen zum Behördenchef, Chen Po wurde zum Stellvertreter degradiert. Tan zog eine ganze Reihe von Beamten aus Peking nach sich und setzte sie in wichtige Positionen ein. Als das nicht ausreichte, um die Politik der Behörde grundlegend zu ändern, setzte Luo eine geheime Fünfer-Kommission (unter Vorsitz von Tan) ein, die Chen Po eine Agententätigkeit nachweisen sollte. Das zusammengestoppelte Material war aber derart fadenscheinig, daß zahlreiche Kader an diesen Methoden Kritik übten. Sie wurden nun ihrerseits auf die schwarzen Listen gesetzt und im Laufe der folgenden Jahre aus ihren Ämtern verdrängt, manche auch aus der Partei ausgestoßen.

Die Kampagne wurde weitergeführt, das ganze zu einem „schweren Fall von internationalen Spionage- und Agentencliquen" aufgebaut. Als der Fall schließlich vor Gericht gebracht wurde, war das Beweismaterial so miserabel, daß Luo selbst in Kanton erscheinen mußte, um doch noch die Terrorurteile gegen die beiden Chen durchzudrücken: Chen Po erhielt 10 Jahre Einzelhaft, Chen Kun 8 Jahre.

Das in den Behörden verbreitete Klima bezeichneten die Rotgardisten später als „Sklavenmoral": *„Die bürokratische Elite hat nichts anderes im Sinn, als daß die Kader blindlings und absolut den Befehlen von oben gehorchen ... Sie will die Parteimitglieder und Revolutionäre in zahme Ja-Sager verwandeln, die jeden Befehl entgegennehmen"* (22). Einer der mittleren Kader stellte später selbst fest: *„Wir waren darauf abgerichtet, nur ja und Amen zu sagen. Alles kam darauf an, als ein gutes Parteimitglied und ein guter Kader zu gelten"* (23). Kritik oder gar revolutionäre Rebellion waren nicht gelitten, es galt die absolute Autorität des jeweiligen Vorgesetzten.

Die Provinzparteichefs hatten sich oftmals die gesamte Partei- und Verwaltung untergeordnet und regierten sie wie „unabhängige Königreiche". Um „ihre" Bürokratie zu säubern, mußten sich die Verwaltungschefs auf allen Ebenen willfährige „Helfershelfer" schaffen, die die Schmutzarbeit für sie erledigten und dafür in die entsprechenden Positionen gehievt wurden; brachten sie die geforderten Leistungen, konnten sie sich einer raschen Beförderung sicher sein.

Hoffmann spricht von einem „ausgedehnten Patronagesystem", das z.T. sogar *„ganz an den Praktiken der alten Patrimonalbürokratie anknüpft, der Familienversorgung eine wichtige Amtspflicht bedeutet"* (24). Gerade die Besetzung von Posten nach dem Verwandschaftprinzip wurde von den Roten Garden immer wieder angegriffen.

Als Instrument der realen Machtausübung innerhalb der staatlichen Apparate fungierten oft an den Parteikomitees vorbei sogenannte „Bürokonferenzen", in denen die Parteispitze zusammen mit ausgewählten bürgerlichen Fachleuten im kleinen Kreis die anstehenden Entscheidungen fällte. Dabei konnten die bürgerlichen „Spezialisten" ihre „Fachkompetenz" voll zur Geltung bringen.

Gesteigerten Ausdruck fand die Korrumpierung der Führungskader in den „Klubs für höhere Kader". Wichtige Themen wurden dort außerhalb der eigentlichen Strukturen der Partei und der Kontrolle der Basis völlig entzogen von führenden Parteikadern und bürgerlichen Spezialisten erörtert. Im Club des Pekinger Stadtkomitees z.B. verkehrten regelmäßig Deng Xiaoping, Peng Zehn, Luo Ruiqing und Wan Li (einer der stellvertretenden Bürgermeister) sowie weitere Mitglieder des Stadtkomitees und die Chefs der Kommunistischen Jugendliga. Die neue Elite, die im Club ein und aus ging, verstand – den Schilderungen der Rotgardisten zufolge – durchaus zu leben. Man ließ sich das Mittagessen oder die Abendtafel aus den ersten Hotels

kommen, lud Künstler etwa der Peking-Oper zu Privatvorstellungen etc. Von einer Reihe von führenden Funktionären wurde bekannt, daß sie ein ausgesprochenes Luxusleben mit Sportwagen, Villen, Jagdpartien oder Festgelagen führten. Von der Yenan-Zeit, in der auch die höchsten Kader die Lebensbedingungen und die Not des Volkes teilten, war nicht viel übrig geblieben.

Das Erziehungswesen ...

... war der zentrale Ansatzpunkt für die Kulturrevolution. Hier waren die völlig gegensätzlichen Positionen schon seit Anfang der 50er Jahre offen formuliert und ausgetragen worden, so daß die Rotgardisten 1967 von einem „17jährigen Kampf zwischen den beiden politischen Richtungen an der pädagogischen Front" sprachen. Die Kämpfe im Vorfeld der Kulturrevolution hatten hier die größte Schärfe erreicht. Auch sind diese Auseinandersetzungen erheblich besser dokumentiert als die in anderen gesellschaftlichen Bereichen.

Ein erstes Schulsystem war in China bereits während des Bürgerkrieges in den befreiten Gebieten, besonders in Yenan, aufgebaut worden. Es war eng an den Notwendigkeiten des Guerilla-Krieges ausgerichtet, verband theoretisches Studium mit praktischer Arbeit zur Erwirtschaftung des Lebensunterhalts und einer intensiven politischen Schulung und Diskussion.

Nach der Befreiung mußte ein landesweites Erziehungssystem aus dem Boden gestampft werden, das möglichst rasch und zahlreich die Kader für den Aufbau Chinas (vor allem auf wirtschaftlichen Gebiet) ausbilden sollte. Dafür wurde das sowjetische Erziehungssystem direkt übernommen, sowjetische Fachleute waren als Berater beim Aufbau der Schulen und als Lehrer tätig, das Lehrmaterial wurde einfach aus dem Russischen übersetzt usw. In der Anwendung brachte das Sowjet-Modell einen extremen Wettbewerb unter den Schülern, massiven Leistungsdruck und eine zunehmende Entpolitisierung des Unterrichts. Zugleich wuchs die Entfremdung der Schüler und Studenten von den realen Lebensbedingungen der Massen, das Studium wurde reine Fachbüffelei.

Schon 1950 griff Mao die „Verbürgerlichung" der Schulen und Hochschulen an und kritisierte die Massenferne, zu der diese Art von Ausbildung führte. Zunächst konnte er sich damit jedoch nicht durchsetzen. Erst 1957-60 wurden die Verhältnisse an den Schulen von Grund auf umgestaltet. Die Schüler sollten direkt an der Produktion teilnehmen, die Schulen sollten eigene Betriebe haben, auf dem Lande ihre Lebensmittel selbst produzieren. Jede Fabrik sollte einer Schule werden, jede Schule eine Fabrik.

1961/62 setzten sich dann erneut die Rechten durch. Schon 1959 war auf einer Konferenz zur Erziehungsarbeit gefordert worden: „Das Studium muß an erster Stelle stehen" (25). Die Hochschullehrer und die Ministerialbürokratie jammerten über angeblichen Verfall der Lernmoral und niedriges Niveau der Ausbildung.

Am 7.2.61 konnten sie auf einer Sondersitzung des ZK zu Erziehungsfragen die „Sechzig Punkte zur höheren Erziehung" durchsetzen. Darin wurde das ganze höhere Erziehungswesen auf das Ziel der Qualifizierung von Spezialisten festgelegt.

Zur inhaltlichen Ausrichtung bemerkte der stellvertretende Ministerpräsident und Kulturminister: *„In unserem Land besitzt das Bürgertum mehr Bildung und Wissen als irgendeine andere Klasse. Wenn wir nicht vom Bürgertum lernen, wird es nicht möglich sein, das Bildungsniveau der proletarischen und ländlichen Massen zu heben"* (26). Die alten bürgerlichen Pauker wurden geradezu gehätschelt: *„Wer sein Leben lang als Erzieher tätig war, sei es als Lehrer, sei es als Schulleiter, der wird bei uns hoch geehrt werden. Es ist in der Tat nur der Fachmann, der eine Schule kompetent verwalten kann und gute Schüler hervorbringt"* (27). Außer den Ehren wurden für diese Leute auch Prämien und Sondervergünstigungen bei „guter Leistung" eingeführt.

Den „Fachmännern" wurde auch wieder die inhaltliche Gestaltung der Lehrmaterialien übertragen; diese liefen hinaus auf die *„einseitige Betonung von Wissen und Können sowie eine hochgradige Schwächung der politischen Bewußtseinsbildung ... Die Frische, unkonventionelle Unterrichtsweise aus der Zeit der Erziehungsrevolution wurde nun vollständig beseitigt"* (28).

Schulangelegenheiten wurden vielerorts wieder von den Schulleitern allein entschieden, während die Parteizellen an den Schulen an Einfluß verloren, oder aber der Schulleiter selbst wurde zum Sekretär der Parteizelle bestellt und verwandelte diese allmählich von einer politisch-ideologischen Kontrollinstanz zu einem rein administrativen Ausführungsorgan.

Das maoistische Erziehungsprinzip „halb arbeiten, halb studieren" wurde ebenfalls abgebaut. Zhou Yang, stellvertretender Leiter der Propagandaabteilung des ZK und hoher Kulturfunktionär, kritisierte: *„Es wird zuviel Politik betrieben. Die Studenten sind zu sehr mit der Produktion beschäftigt"* (29). Die von Schülern und Studenten betriebenen Unternehmen wurden praktisch vollständig eingestellt.

Im Bericht der 41. Konferenz der Parteifraktion im Erziehungsministerium (vom Juni 62) wurde schließlich das neue Prinzip verkündet: *„Die Prüfungsergebnisse sind nicht nur der Maßstab für den akademischen Standart (des Schülers), sie zeigen auch den Grad der politischen und moralischen Reife an"* (30).

Dazu die betroffenen Schüler: *„Unter diesem System beherrscht und bestimmt die Note alles. Schüler und Lehrer stürzen sich in die Sackgasse der Notenjagd. Der Schüler kämpft um Noten, der Lehrer unterdrückt durch Noten. Man kann sagen: 'Noten und immer wieder Noten, das ist das Schicksal der Schüler. Prüfungen und immer wieder Prüfungen, das ist die Bibel der Lehrer.' Die Noten sind Mittelpunkt aller schulischen Arbeit geworden"* (31).

Zusammen mit dem wachsenden Leistungsdruck wurden immer mehr verfeinerte Ausleseverfahren eingeführt. In den Oberschulen wurde unterschieden zwischen Schülern, die nach dem Schulabschluß eine Stufe vorrücken durften, und solchen, die bestimmt waren, in die Produktion zu gehen. Diese Unterscheidung wurde später bereits am Ende der Unterstufe getroffen, so daß viele Schüler von jeder weiteren Ausbildung ausgeschlossen waren. Je höher ein Student aufstieg, desto mehr wuchs die Konkurrenz: nur einer von zehn Bewerbern wurde für die Oberschule akzeptiert, und auf der Stufe der Universität wurden die Chancen, die gegen eine Aufnahme sprachen, mit 30 zu eins eingeschätzt (32).

Von den ausgesiebten Jugendlichen wurden viele zwangsweise aufs Land geschickt, um den Bauern zu helfen. Sie fanden dort oft sehr harte Bedingungen vor, wurden von den lokalen Kadern unter Druck gehalten und z.T. gegen die alteingesessenen Bauern ausgespielt. Während der Kulturrevolution strömten diese Jugendlichen in die Städte zurück und standen bei den dortigen Kämpfen oft in vorderster Front (33).

Über diese "Regelung" des Schulabgangs hinaus wurde auch der Zugang zu den Oberschulen (zu den Unis sowieso) auf eine kleine Elite eingeschränkt. Das Instrument dazu war das ab Frühjahr 1964 von Liu Schaoqi propagierte "System der doppelten Erziehung". Die Schüler wurden in "Ganztagsschüler" und "Arbeitsschüler" aufgespalten; letzte sollten gleichzeitig lernen und in der Produktion tätig sein. In der Praxis

dieser "Arbeitsschulen" allerdings wurde der ursprüngliche Ansatz Maos in sein Gegenteil verkehrt: statt Instrument für die Bildung von politischem Bewußtsein bei den zukünftigen Führungskadern wurden die meist fern von den städtischen Zentren liegenden "Arbeitsschulen" Abstellgleise für die ausgesiebten Arbeiter- und Bauernkinder, wo zudem oft auch kaum noch studiert, dafür aber um so mehr billige Arbeit geleistet wurde.

Widerstand gegen die Verschickungen wurde mit administrativen Maßnahmen scharf unterdrückt. Als sich 600 Schüler aus Arbeitsschulen aus der Umgebung Kantons weigerten, in die Produktion zu gehen und auf der Fortsetzung ihrer Ausbildung bestanden, wurde eine Kampagne gegen "Anti-Partei-Elemente" angesetzt. Die sechshundert fast durchweg Kinder von Arbeitern oder Bauern, die sich schon in der Vergangenheit als "Aktivisten im Studium der Werke des Vorsitzenden Mao Zedong" bei den Behörden unbeliebt gemacht hatten, wurden als "Anti-Partei-Elemente" gebrandmarkt und zwangsweise aufs Land verfrachtet. Erst Ende 1967 wurde ihr Fall öffentlich bekannt und sie selbst rehabilitiert.

Überhaupt war die logische Folge des Leistungs- und Auslesedrucks in den Schulen, daß gerade Arbeiter- und Bauernkinder rasch ausgesiebt wurden, während Kinder aus dem Bürgertum und der mittleren und oberen Kaderebene, die die entsprechende Unterstützung und Förderung aus dem Elternhaus erfuhren, die Oberschulen und Universitäten bevölkerten.

Verstärkt wurde der elitäre Charakter des Erziehungssystems dadurch, daß auch innerhalb der einzelnen Schularten eine bestimmte Zahl von "Schlüsselschulen" ausgewählt wurde, auf die menschliche Arbeitskräfte und materielle Mittel konzentriert werden sollten (34).

Ihren extremsten Ausdruck fand die Elitebildung in den besonderen Schulen für Kaderkinder.

Diese Schulen waren in den 40er Jahren in den befreiten Gebieten entstanden als Internate für Kinder, deren Eltern im Bürgerkrieg kämpften. Nach der Befreiung forderte Mao 1952 folgerichtig die Abschaffung bzw. Umwandlung dieser Sonderschulen. 1955 wurde ein entsprechender Erlaß des Staatsrats verabschiedet. In der Praxis hatte dieser Beschluß jedoch kaum Auswirkungen, es gab lediglich organisatorische Umstellungen oder Umbenennungen an diesen Schulen, die speziellen Aufnahmebeschränkungen aber blieben. Die Untätigkeit der Schulleitungen wurde vom Ausschuß für Kultur und Erziehung beim Staatsrat gedeckt; in der Folge wurden sogar neue Schulen eingerichtet. Erst recht nach dem Abbruch des "Großen Sprungs": allein im Jahre 1961 errichtete man eine Reihe von Sprachschulen, in denen Kaderkinder mehr als 85 % der Schüler stellten (35).



Am 1. Mai 1967 feiern die Rotgardisten Mao Zedong

Die Schüler in diesen Sonderschulen waren in jeder Hinsicht privilegiert: materiell waren die Schulen weit überdurchschnittlich ausgestattet, intensive Betreuung durch das Lehrpersonal (das Schüler-Lehrer-Verhältnis betrug 6 :1 gegenüber 28-35 : 1 in normalen Schulen) war gewährleistet; Versorgung durch zahlreiche Bedienstete, auserlesene Verpflegung (auch während der Notzeit 59-61), zusätzliches Taschengeld von 18 - 25 yüan pro Monat – während z.B. ein Arbeiter auf einer Staatsfarm 12 yüan zur Verfügung hatte. Die vorgeschriebenen Einsätze zur körperlichen Arbeit auf dem Lande hatten für diese Schüler den Charakter eines gemütlichen Ausflugs.

Als Absolventen der Schulen wurden sie ohne weitere Prüfungen an den Universitäten aufgenommen und konnten in aller Regel mit einem höheren Funktionärsposten rechnen.

Die Gesinnung, die an diesen Schulen gezüchtet wurde, faßten die Rotgardisten später folgendermaßen zusammen: *„Die Kinder der Funktionäre sind der Gesellschaft und den arbeitenden Menschen entfremdet. Sie vergleichen das Essen, die Kleidung, die Autos, sie achten auf die Stellung des Vaters... sie entwickeln ein intensives Gespür für Privilegien, ein Gefühl der eigenen Überlegenheit. Sie betrachten sich als 'wohlgeboren'"* (36).

In den Sonderschulen für Kaderkinder hatte sich die „neue Bourgeoisie" in China dergestalt ein Medium zur Vererbung ihrer Privilegien an ihre leiblichen Nachkommen geschaffen.

Die Parteilinke und Mao selbst haben immer versucht, der Verbürgerlichung des gesamten Erziehungswesens entgegenzusteuern. Sie maßen diesem Bereich zentrale Bedeutung bei: *„Um zu gewährleisten, daß unsere Partei und unser Land nicht die Farbe wechseln, müssen wir nicht nur eine richtige Linie und eine richtige Politik haben, sondern auch Millionen von Nachfolgern der revolutionären Sache des Proletariats erziehen und ausbilden ... Kurz, das ist eine äußerst wichtge Frage, eine Schicksalsfrage unserer Partei und unseres Landes, eine Frage auf Leben und Tod. Für die revolutionäre Sache des Proletariats ist das eine Frage von fundamentaler Bedeutung für Jahrhunderte, Jahrtausende, für Zehntausende Jahre. Auf Grund der in der Sowjetunion vor sich gegangenen Veränderungen hegen die Imperialistischen Propheten die Hoffnung auf eine ‚friedliche Evolution' der chinesischen Partei in der dritten oder vierten Generation. Wir werden die Prophezeiung der Imperialisten zuschanden machen. Wir werden von oben nach unten, überall und ständig unsere Aufmerksamkeit auf die Erziehung und Ausbildung der Nachfolger der revolutionären Sache lenken"* (37).

Die Art und Weise, wie diese politische Linie (bei verbaler Anerkennung) in der Praxis sabotiert und der Widerstand an der Basis von der Schul- und Hochschulbürokratie zu ersticken versucht wurde, sagt viel über die Klassenverhältnisse in China vor der Kulturrevolution aus.

Anregungen und Direktiven Maos wurden oft zwar scheinbar angenommen, aber nicht in die Praxis umgesetzt: Die Vorschläge würden beraten ... aber man dürfe nichts überstürzen ... man müsse vorsichtig zu Werke gehen, um nichts kaputt zu machen ... Die Vorschläge Maos wurden den Schulleitern von der Hochschulbürokratie dann *„nicht als bindende Direktiven, sonder als Diskussionsbeiträge zugeleitet, die zu interpretieren ins Belieben der jeweiligen Behörde gestellt ist"* (38). Und die wußte schon selbst, was sie zu tun hatte.

Darüberhinaus wurden auch wichtige Dokumente wie Maos „Dezember-Erklärung" (1963) oder seine „Frühlingsfest-Rede" (1964), in denen er den Revisionismus im Erziehungswe-

sen scharf angriff, von den Rechten im Politbüro stillschweigend kassiert und unter Verschluß gehalten. Auch in umgekehrter Richtung wurde der Informationsfluß eingeschränkt: Als eine Führerin der Linken an der Pekinger Universität, die Philosophiedozentin Nie Yuanzi, sich bei Mao über die Repression durch das Uni-Rektorat und das Pekinger Sadtkomitee beschwerte, wurde der Brief von Liu Shaoqi abgefangen und an den Chef des Stadtkomitees Peng Zhen weitergeleitet (der ihn unterschlug).

Ein Beispiel: Repression und Widerstand an der Pekinger Universität

In den Schulen und Universitäten selber war die Studentenbewegung vielfältigen Repressionen bis hin zu Schulausschlüssen und Strafversetzungen der führenden Aktivisten unterworfen. Am besten dokumentiert (39) sind die Auseinandersetzungen an der Uni Peking (Beida).

Diese Elite-Universität wurde von Lu Ping nach der Devise ,,Wir müssen die Universität Moskau einholen und überholen; die Universität Moskau muß unser Ziel sein" geleitet; sie war völlig auf die Ausbildung von ,,Spezialisten" ausgerichtet. Im Zuge der strengen Auslese war die Einschreibung von Studenten aus Arbeiter- und Bauernfamilien von 66,8 % im Jahre 1960 auf 37,7 % im Jahre 1962 reduziert worden.

1964 formierte sich an der Beida eine Linke, die mit ihren Forderungen nach politischen Diskussionen im Unterricht und mit ihren Aktionen den normalen Studienablauf störte.

Im Juli 1964 setzte das Stadtkomitee deshalb eine Untersuchungskommission ein. Eine Reihe von Spitzenfunktionären wurde zur ,,Befriedung" der Uni entsandt, darunter Deng Tuo, einer der Sekretäre des Pekinger Stadtkomitees und Vertrauter Peng Zhens. Als Mao seine ,,23 Punkte" zur Sozialistischen Erziehungsbewegung veröffentlichte, eskalierten die Auseinandersetzungen erneut: die Studenten forderten eine Erziehungsrevolution.

Das Stadtkomitee dreht den Spieß um: Lu Ping, der Leiter der Hochschule, erschien absprachegemäß auf einer Sitzung des Stadtkomitees und beschuldigte die Linke, die ,,23 Punkte" zu verletzen. Auf seine Aufforderung hin wurden Arbeitsgruppen an die Beida geschickt, ,,um die Fehler zu korrigieren". Aber auf den Diskussionsforen, die einberufen wurden, konnten zahlreiche Kader von der Linken überzeugt werden, so daß Peng Zhen den Arbeitsgruppen die Anweisung erteilen mußte, ,,die Debatten zu stoppen". Am 2. April 1965 beriefen er und Lu Dingyi die sogenannte ,,Konferenz im Nationenhotel" ein, auf der vor allem diskutiert wurde, wie die Sozialistische Erziehungsbewegung an der Beida wieder unter Kontrolle gebracht werden könnte. Die Linken wurden als ,,Anti-Partei-Elemente" diffamiert, während sich Peng Zhen und Lu Ping als die wahren Vertreter der Parteilinie darstellten. Die alte Arbeitsgruppe wurde aufgelöst und eine Neunergruppe eingesetzt, der auch Lu und andere leitende Uni-Bürokraten angehörten. Im Juli wurde eine zweite Konferenz im Nationenhotel zusammengerufen, zu der 80 der kritischen Parteimitglieder zitiert wurden sowie 200 andere, die die revisionistische Linie stützen sollten. Sieben Monate lang (bis Januar 66) wurden die Parteilinken auf dieser Konferenz traktiert, sie sollten zugeben, daß sie ,,Karrieristen" und Mitglieder einer ,,Anti-Partei-Clique" seien. Die Führerin der Linken, Nie Yuanzi, wurde häufig verhört und auf verschiedene Weise mit administrativen Maßnahmen schikaniert. Zusätzlich wurden im Oktober 65 nahezu 6000 Studenten aufs Land geschickt, von wo sie z.T. erst mit dem Aufflammen der revolutionären Kämpfe im Mai 66 zurückkehren konnten.

Obwohl sich die Bürokratie mit dieser Repressionswelle zunächst durchsetzen konnte, blieb ein linker Kern erhalten, der im Sommer 66 den Sturm der Kulturrevolution wieder entfachen konnte.

Die Klassenverhältnisse in China vor der Kulturrevolution

Sowohl im Produktions- als auch im Reproduktionsbereich dominierten 1965 bürgerliche Verhältnisse und Praktiken. Eine ,,neue Bourgeoisie" (mit der Hauptbasis in den staatlichen Apparaten selbst) hatte sich etabliert und übte scharfe Repressionen gegen die sich herausbildenden Potentiale des Widerstands aus.

Die bürgerlichen Verhältnisse sprangen zwar im Bereich von Kultur und Erziehung am schärfsten ins Auge; sie waren jedoch keineswegs auf diese Bereiche beschränkt, sondern hatten ihre Grundlage in den bestehenden Produktionsverhältnissen. Auf dem Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus blieben auch in China in der sozialistischen Gesellschaft unter der Diktatur des Proletariats die Formen der kapitalistischen Arbeitsteilung weitgehend intakt.

Die scharfe Trennung in den Betrieben zwischen leitenden und ausführenden Funktionen — auf der einen Seite die allein für die Verwaltung der Betriebe und des öffentlichen Lebens verantwortlichen Spezialisten, auf der anderen Seite die Arbeiter, die zu arbeiten und möglichst wenig zu diskutieren hatten — die Trennung zwischen Kopf- und Handarbeit, schließlich die wachsenden Unterschiede zwischen den industriellen Metropolen und dem Land, das (ohne entsprechende Gegenleistungen) die Lebensmittel und Rohprodukte für die Versorgung der Städte zu liefern hatte — das war die objektive Basis für die Weiterexistenz bürgerlicher Verhältnisse und Praktiken und damit auch die objektive Basis für die Weiterexistenz einer Bourgeoisie. Diese wurde gebildet durch *,,alle diejenigen, die im System der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion eine Stellung einnehmen, die der der Bourgeoisie entspricht, und die dort trotz des Bestehens der Diktatur des Proletariats eine bürgerlich gesellschaftliche Praxis entwickeln"* (40).

Daher existierten auch 17 Jahre nach der Befreiung in China noch Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe, wie Mao immer wieder betonte. Der ,,Große Sprung" war eine Offensive des Proletariats und der einfachen Bauern unter der Führung der KPCh gewesen, über die bloße Verstaatlichung der Betriebe und Neuaufteilung des Landes hinaus die tatsächliche Vergesellschaftung der Produktion voranzutreiben. Mit dem ,,System der doppelten Beteiligung" sollten die Arbeiter an der Betriebsführung und die leitenden Kader an der Produktionsarbeit teilnehmen. Mit der ländlichen Industrialisierung von der Basis her sollte der Trennung von Stadt und Land entgegengearbeitet und das Klassenbündnis von Arbeitern und Bauern gefestigt werden.

Das roll-back der bürgerlichen Kräfte in der gesamten Gesellschaft und insbesondere in den staatlichen Apparaten (wo sich bürgerliche Verhältnisse und Praktiken naturgemäß am ehesten halten und entwickeln konnten) spiegelte sich in der KPCh wieder, wo die revisionistische Linie in den Jahren nach 1959 beherrschenden Einfluß gewann.

Materielle Basis dieses Prozesse war die tendenzielle Verschmelzung des Parteiapparates mit den staatlichen Apparaten. Einzelne Formen dieser Verschmelzung wurden oben beschrieben: die Behörden-, Betriebs- und Schulleiter, die in Personalunion den Posten des Leiters der jeweiligen Parteiorganisation einnahmen, womit die Kontrollfunktion der Parteiorganisation illusorisch wurde; die ,,Bürokonferenzen" und ,,Klubs für höhere Kader", in denen die bürgerlichen Spezialisten Einfluß auf die führenden Parteimitglieder und deren praktische Politik nahmen.

Zugleich wurde das demokratische Leben innerhalb der Parteiorganisationen eingeschränkt oder kam ganz zum Erliegen. *,,In unserer Parteizelle konnten wir andauernd die Belehrung vernehmen: ‚Der Partei muß gehorcht werden. Die Führung des Parteikomitees steht für die Führung der Gesamtpartei, denn die Parteiführung ist niemals abstrakt. Ihr müßt Instrumente sein, die auf Parteiweisung handeln.*

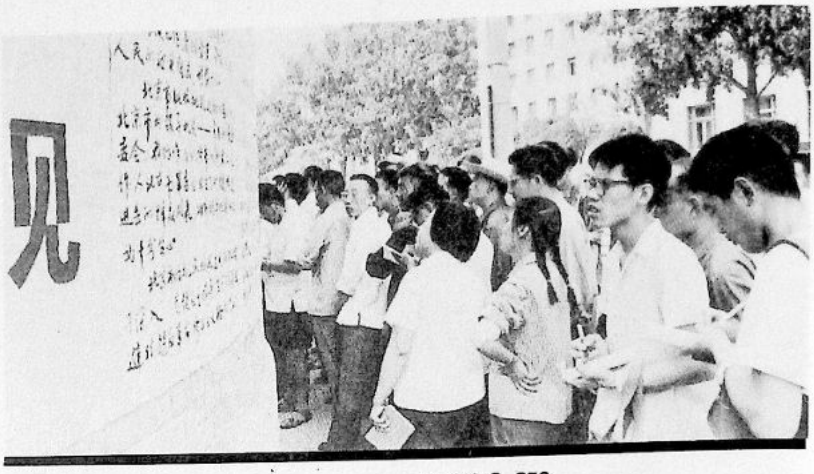
Was die Partei auch befiehlt, müßt ihr ausführen. Auch wenn eine bestimmte Entscheidung falsch sein sollte, sollt ihr sie durchführen. Das erfordert die organisatorische Disziplin der Partei, dies entspricht dem Wesen der Partei'.", so beschrieb später ein Parteimitglied in Peking das herrschende Klima (41).

Innerhalb der Partei gewann deren Verwaltungsapparat zunehmend an Bedeutung. Die Sekretäre der Parteikomitees waren nur mehr nach ,,oben' verantwortlich und brauchten immer weniger vor ihrer Basis Rechenschaft abzulegen. Gegen die Kritiker wurde mit Verleumdungen (wobei sich die umfangreichen Personaldossiers bezahlt machten, über die die Partei-Sekretäre verfügten) und mit administrativen Maßnahmen vorgegangen.

Auf zentraler Ebene fand die tendenzielle ,,Überlagerung" der Partei durch ihren Verwaltungsapparat Ausdruck im wachsenden Einfluß des ZK-Sekretariats. Während vom 8. Parteitag 1956 bis 1962 zehn ZK-Plenen stattfanden, folgte das 11. Plenum erst 1966 nach dem Ausbruch der Kulturrevolution. Anstelle des ZK als höchstem politischen Gremium der Partei zwischen den Parteitagen wurden zu einer Reihe von Themen ,,zentrale Arbeitskonferenzen" einberufen — ausgerichtet vom ZK-Sekretariat, das unter der Leitung von Deng Xiaoping stand . . .

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß in der Führung sowohl des Staates als auch der Partei am Vorabend der Kulturrevolution Vertreter der ,,neuen Bourgeoisie" beherrschenden Einfluß erlangt hatten. Sie arbeiteten am Ausbau der bestehenden bürgerlichen Verhältnisse und Praktiken und unterdrückten jeden Versuch zu deren revolutionärer Veränderung (nebenbei verschafften sie sich auch allmählich die ihrer Klassenstellung entsprechenden Privilegien). Die KPCh war damit als Gesamtpartei weder objektiv in der Lage noch willens, den revolutionären Prozeß voranzutreiben. Der Kampf der Massen zur revolutionären Umwälzung der noch bestehenden oder wieder hergestellten Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnisse mußte sich vielmehr gegen das ,,bürgerliche Hauptquartier" an der Spitze von Staat und Partei selber richten.

In den bis dahin gelaufenen Auseinandersetzungen hatte sich eine organisatorische Kraft, die die (völlig zersplitterten) Kämpfe hätte führen und zusammenfassen können, nicht einmal in Ansätzen herausgebildet. Aus einer relativ isolierten Position heraus mußte Mao, gestützt nur auf seine persönliche Autorität und eine kleine Zahl Linker in der Parteiführung, versuchen, diese Funktion zumindest teilweise zu übernehmen und den Sturm der Kulturrevolution anzufachen.



Anmerkungen

1 Bis auf die Armee, die nach der Übernahme des Verteidigungsministeriums durch Lin Biao eine gewisse Sonderentwicklung durchmachte, die an dieser Stelle noch nicht behandelt werden soll.

2 Die Pekinger Kommune, 21.4.67; zit. nach: Rainer Hoffmann/Entmaoisierung in China. Zur Vorgeschichte der Kulturrevolution. München (1972). S. 43

3 Handbuch zum Zeitgeschehen (chin.), Nr. 3-4, S. 12; zit. nach: Rainer Hoffmann/Maos Rebellen. Sozialgeschichte der chinesischen Kulturrevolution. Hamburg 1977. S. 62

4 Domes S. 129

5 Hoffmann/Rebellen. S. 185, Anm. 125

6 Jiri Kosta, Jan Meyer/Volksrepublik China. Ökonomisches System und wirtschaftliche Entwicklung. Frankfurt 1976. S. 188

7 Far Eastern Economic Review, 1.2.68

8 Mao Tse-tung/,,Band V". Hamburg 1977 S. 183

9 Beide Dokumente ausführlich zitiert bei: Rüdiger Machetzki/Chronologie des innerparteilichen Linienkampfes in der Kommunistischen Partei Chinas 1949 - 1965. Hamburg 1973. S. 135-144

10 Hubei Ribao, 20.12.64; zit. nach: Adrian Hsia/Die chinesische Kulturrevolution. Zur Entwicklung der Widersprüche in der chinesischen Gesellschaft. Neuwied, Berlin 1971. S. 135

11 Li Xiannian, lt. Die Pekinger Kommune, 27.5.67; zit. nach: Hoffmann/Entmaoisierung. S. 118

12 Gewitterflut (Peking), 24.2.67; zit. nach: ebd. S. 117

13 ebd. S. 123

14 Die Rote Fahne (Pekinger Luftfahrtakademie), 10.2.67; zit. nach: Hoffmann/Kampf zweier Linien. S. 45

15 Arbeiterkampfblatt (Kanton),2.2.68; zit. nach: Hoffmann/Rebellen. S. 179

16 Neueste Geschichte Chinas. Von 1917 bis zur Gegenwart. Berlin (DDR) 1979, S. 299

17 lt. Die Pekinger Kommune, 21.4.67; zit. nach: Hoffmann/Entmaoisierung. S. 120

18 Pekinger Volkszeitung, 19.7.62; zit. nach: Kosta, Meyer S. 182

19 Barry M. Richman/Industrial Society in Communist China. New York 1969. S. 255 f.

20 ebd. S. 256

21 lt. Rotgardisten Kampfblatt (Shanghai) 25.1.67; zit. nach: Hoffmann/Entmaoisierung. S. 40

22 Die Pekinger Kommune, 12.4.67; zit. nach: ebd. S. 111

23 t'i-yü chan-hsien, 18.3.67; zit. nach: Hoffmann/Rebellen. S. 34

24 Hoffmann/Entmaoisierung. S. 109

25 chiao-hsüeh p'i-p'an, 20.4.67; zit. nach: ebd. S. 145

26 Die Erziehungsrevolution (Peking), 6.5.67; zit. nach: ebd. S. 149

27 Lu Dingyi, ebd.

28 ebd.

29 chiao-hsüeh p'i-p'an, 20.4.67; zit. nach: ebd. S. 151

30 ebd.

31 Sturmblatt des 1. August (Kanton), März 68; zit. nach: ebd. S. 59

32 Yomurai (Jap.), 25.6.66; zit. nach: Victor Nee, Don Layman/Das Problem der Trennung von Hand- und Kopfarbeit in der chinesischen Kulturrevolution. Frankfurt 1969. S. 30

33 Dieser Verschickungspraxis lag allerdings ein reales Problem zugrunde: die chinesischen Städte wuchsen wegen der gegenüber dem Lande besseren Lebensbedingungen in geradezu atemberaubendem Tempo. Die Arbeits- und Ausbildungsplätze waren demgegenüber beschränkt. Dieses Problem war aber politisch nicht durch bloßes Abschieben des ,,Überschusses" an Jugendlichen zu lösen, sondern durch politische Überzeugungsarbeit für einen sinnvollen Einsatz bei der forcierten Entwicklung des Hinterlandes.

34 Pekinger Volkszeitung, 17.12.67; zit. nach: Layman, Nee S. 31

35 Sturmblatt des 1. August (Kanton), Januar 68; zit. nach: Hoffmann/Entmaoisierung. S. 155. Lediglich die Volksbefreiungsarmee kam der Aufforderung zur Auflösung der Schulen 1963 weitgehend nach.

36 Die Erziehungsrevolution, 10.4.67; zit. nach: ebd. S. 159

37 Mao Tse-tung, zit. nach: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung. Westberlin 1970. S. 532 f.

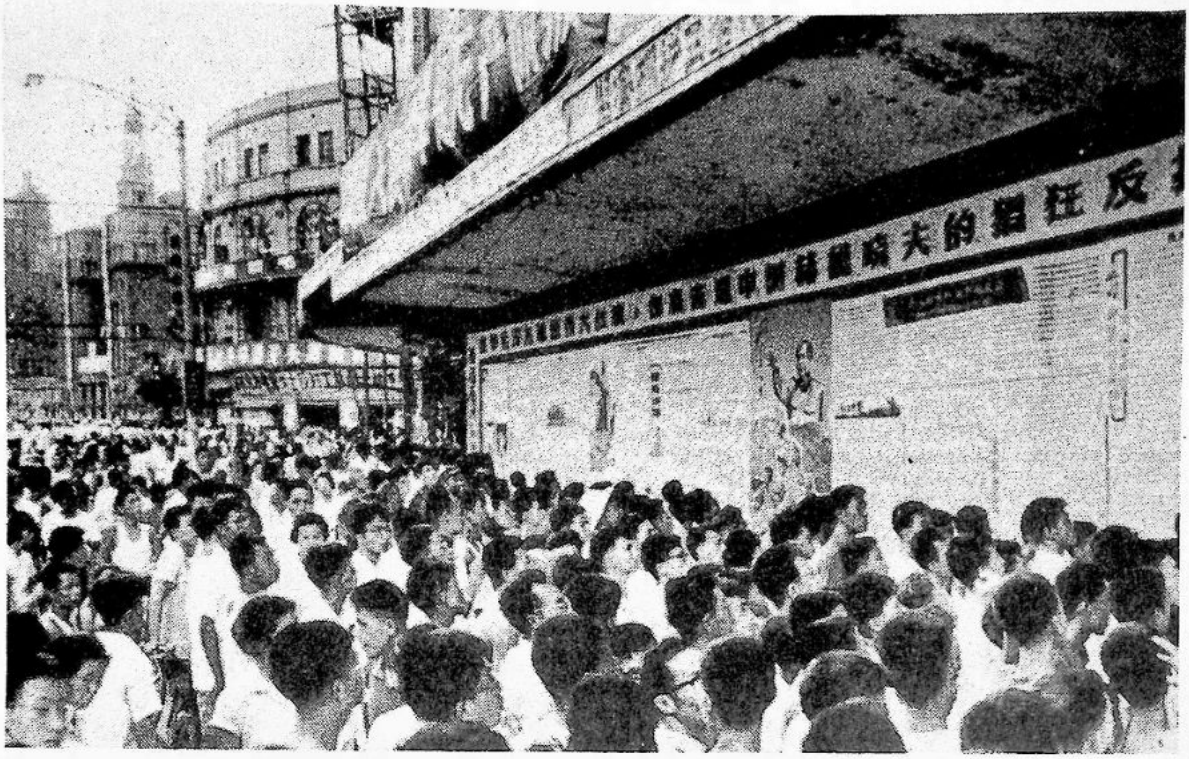
38 Hoffmann/Entmaoisierung. S. 50

39 ebd. S. 52 - 55 sowie Nee, Layman S. 33 - 40

40 Charles Bettelheim/Die Klassenkämpfe in der UdSSR. Band I. 1917 - 1923. Westberlin 1975. S. 120

41 t'i-yü chan-hsien, 11.3.67; zit. nach: Hoffmann/Kampf zweier Linien. S. 77

»Die Massen sich selbst befreien lassen!«



Wandzeitung — Propaganda- und Kommunikationsmittel der Kulturrevolution. Seit 1980 in China verboten.

Der Kulturrevolution als Massenbewegung gingen recht akademische und abgehobene Debatten im Bereich von Kunst und Literatur voraus. Die Parteirechte hatte ihre beherrschende Stellung im Kultur- und Propagandawesen genutzt, um eine Reihe literarisch verbrämter Kritiken an der Politik Maos in Massenmedien, Film und Theater vorzutragen.

Ein Beispiel für die rechten Vorstöße war das Stück „Hai Rui wird entlassen" des Pekinger Vizebürgermeisters Wu Han. Es war eine historisch verkleidete Aufforderung zur Rehabilitierung des 1959 degradierten Verteidigungsministers Peng Dehuai, einem Parteigänger Liu Shaoqi's; Mao wurde darin als despotischer Machthaber gezeichnet.

Gegenpositionen zu der offiziellen rechten Kulturpolitik wurden in den zentralen Medien zunächst nicht zugelassen. Eine von Mao unterstützte Kritik an Wu Han's Stück durch Yao Wenyuan („Viererbande") mußte daher zuerst am 10. November 1965 in der Shanghaier „Wenhui Bao" veröffentlicht werden. Bereits am Tag darauf beschwerte sich der Bürgermeister von Peking, Peng Zhen (nach Deng Xiaoping 2. Sekretär des ZK und auch im Ausland bekannter Funktionär), über den Angriff auf seinen Stellvertreter. Erst nach mehrwöchigem Tauziehen wurde Yao Wenyuan's Artikel auch in der Pekinger Presse und in einigen der Regionalzeitungen übernommen; zum Teil nicht ohne redaktionelle Kommentare, die die Auseinandersetzung auf eine rein akademische Kontroverse um die Richtigkeit in der historischen Darstellung eingrenzen sollten. Das offizielle Organ der KPCh, die Pekinger „Volkszeitung", druckte den Artikel erst am 30. November und lediglich als Diskussionsbeitrag ab.

In den nächsten Wochen und Monaten entwickelte sich eine Literaturkampagne, die vor allem gegen Schriftsteller in der näheren Umgebung des Pekinger Stadtkomitees gerichtet war und die an den Schulen und Universitäten einige Diskussionen hervorrief.

Nachdem das Pekinger Stadtkomitee zunächst die Angriffe der Rechten auf Mao voll und ganz gedeckt hatte, sah es sich im Frühjahr 1966 gezwungen, sich demagogisch an die Spitze der Kritik-Kampagne zu stellen. Der von Liu Shaoqi (Staatspräsident und Hauptvertreter der Rechten) beherrschte Ständige Ausschuß des Politbüros setzte am 5.2.66 eine „Gruppe Kulturrevolution beim ZK" unter Leitung Peng Zhens (!) ein. Zwei Tage nach ihrer Gründung veröffentliche diese Gruppe ihren Bericht, worin jede politische Relevanz der Literaturkritik abgestritten wurde. Diese sogenannten „Februarthesen", die von Peng Zhen in eigener Regie erstellt worden waren, wurden als Dokument des ZK verteilt.

Parallel dazu fand am 2. - 10. Februar in Shanghai ein Forum über Literatur und Kunst in der Volksbefreiungsarmee statt, das von Jiang Qing („Viererbande") geleitet wurde. Dort wurden die Widersprüche im Kulturbereich als antagonistisch und als scharfer Klassenkampf gekennzeichnet.

Während des ganzen März und April hielten die Auseinandersetzungen und fraktionellen Treffen in der Parteiführung an. Erst Mitte Mai konnte die Parteilinke auf einer 14 Tage dauernden erweiterten Konferenz des Politbüros die Verabschiedung des wichtigen „Rundschreibens des ZK der KPCh vom 16. Mai 1966" durchsetzen, in dem die Peng-Zhen-Thesen zurückgewiesen wurden und die Auflösung des Fünferausschusses bekanntgegeben wurde. In dem Dokument (das parteiintern bis auf die Ebene der Kreisparteikomitees verteilt werden sollte) wurde angekündigt: *„Unser Land steht jetzt vor einem Aufschwung in der Großen Proletarischen Kulturrevolution"*.

Die Parteikomitees auf allen Ebenen müßten darangehen, eine Massenbewegung zu entwickeln, deren Ziel *„in einer Kritik an Wu Han und einer beträchtlichen Anzahl von anderen parteifeindlichen Elementen und antisozialistischen Vertretern der Bourgeoisie und in ihrer Verurteilung besteht"* Über den Februar-Bericht heißt es dort: Die Thesen *„nehmen die bürgerlichen Rechten in Schutz und bereiten dadurch die öffentliche Meinung auf die bürgerliche Restauration vor ... Der Kampf gegen die revisionistische Linie ist keineswegs eine unbedeutende Sache, sondern eine Sache von erstrangiger Bedeutung, die das Schicksal, die Perspektiven und das künftige Ant-*

litz unserer Partei und unseres Staates sowie auch die Weltrevolution betrifft". Und weiter: ,,*Die Vertreter der Bourgeoisie, die sich in die Partei, in die Regierung, in die Armee und in die verschiedenen Bereiche der Kultur eingeschlichen haben, sind ein Häuflein von konterrevolutionären Revisionisten; sie werden, wenn die Zeit dafür reif ist, die politische Macht an sich reißen und die Diktatur des Proletariats in die Diktatur der Bourgeoisie umwandeln. Wir haben bereits einige dieser Leute durchschaut; es gibt aber noch welche, die wir nicht durchschaut haben, manche erfreuen sich immer noch unseres Vertrauens und werden zu unseren Nachfolgern ausgebildet, z.B. Leute vom Schlage Chruschtschows, die sich jetzt in unserer nächsten Nähe eingenistet haben*" (1).

Von der Schärfe der erhobenen Vorwürfe, vom ganzen dramatischen Tonfall her war das Rundschreiben eine offene Kampfansage an die Parteirechten. Doch blieben die Ursachen des Konflikts zunächst weitgehend im Dunkeln. Statt (Ansätzen) einer konkreten Analyse der vorhandenen politischen — und Klassenwidersprüche wurde eher der Eindruck erweckt, als gelte es, eine finstere Verschwörung zu zerschlagen. (,,Häuflein konterrevolutionärer Revisionisten ... haben sich eingeschlichen ... werden, wenn die Zeit dafür reif ist, die Macht an sich reißen..."). Auch absurde Behauptungen wie: die Rechten würden ,,keine Bücher und Zeitungen lesen", konnten bloß desorientierend wirken.

W e r denn nun konkret gemeint war, w a s eigentlich konterrevolutionär war, blieb offen. Taktisch mag dahinter — abgesehen von den Mehrheitsverhältnissen im ZK — die Überlegung gestanden haben, die Rechten zu verunsichern, untereinander zu spalten und einzeln nacheinander anzugreifen (was ja im folgenden erstmal auch ganz gut geklappt hat). Aber als politische Orientierung blieb es doch überaus mager, und davon, daß es ,,*zum großartigen Programm für die ganze Bewegung*" (2) geworden wäre, kann nun wirklich keine Rede sein.

Das praktische Ergebnis der Konferenz war die Bildung einer neuen Gruppe für Kulturrevolution beim ZK unter Leitung von Chen Boda (3).

Die ersten Roten Garden

In der folgenden Zeit breitete sich die zunächst spontan in Peking entstandene Schüler- und Studentenbewegung rasch über das ganze Land aus. Die ersten Roten Garden formierten sich.

Als Beispiel für die Entwicklung dieser Bewegung kann die Pekinger Elite-Universität Beida dienen (4). Dort eskalierten die Auseinandersetzungen, als am 25. Mai Nie Yuanzi und andere eine große Wandzeitung aufhängten, in der sie die Ablenkungs- und Repressionsmaßnahmen von drei führenden Bürokraten in der Universitätsverwaltung scharf angegriffen: ,,*Die Abhaltung von Massenversammlungen, das Ankleben von Wandzeitungen mit großen Schriftzeichen sind die beste Form des Massenkampfes. Ihr 'führt' die Massen nicht dazu, große Versammlungen abzuhalten, Wandzeitungen mit großen Schriftzeichen anzukleben, und schafft verschiedene Tabus. Bedeutet das nicht, daß ihr die Revolution der Massen unterdrückt, ihnen verbietet, die Revolution zu machen und ihre Revolution bekämpft? Wir werden euch nie erlauben, das zu tun! Ihr schreit danach, 'die Führung zu verstärken' und 'fest auf dem Posten zu stehen'. ... Bis heute versucht ihr noch, verzweifelt und hartnäckig Widerstand zu leisten. Ihr wollt noch immer 'fest' auf eurem 'Posten stehen' und die Kulturrevolution sabotieren.*" Die Wandzeitung schloß mit dem Aufruf an ,,alle revolutionären Intellektuellen": ,,*Wir müssen alle finsteren Elemente und konterrevolutionären Revisionisten chruschtschowschen Typs entschlossen, gründlich, restlos und vollständig vernichten und die sozialistische Revolution zu Ende führen*" (5).

Die Masse der Studenten reagierte zunächst verblüfft und ängstlich; bald aber waren die Wände mit zusätzlichen Wandzeitungen bedeckt. Lu Ping eilte an die Uni und ließ die Verfasser der Wandzeitung durch Mitglieder der Kommunistischen Jugendliga als ,,Renegaten", ,,parteifeindliche Elemente", ,,Strebertypen" etc. anpöbeln, und die Parteibürokratie verteidigen. ,,Um sechs Uhr abends", erzählte Nie später, ,,waren unsere Wandzeitungen von vielen Wandzeitungen überklebt, die uns beschimpften. Um sieben Uhr waren wir besiegt (das heißt, in kleinen Gruppen eingekreist, ausgeschrieen) und physisch geschlagen" (6). In einer Massenversammlung am Abend wurden die Linken niedergebrüllt, einzelne Redner verprügelt. Die ganze Nacht wurde auf dem Campus gekämpft.

Die Auseinandersetzungen wurden in den nächsten Tagen weitergeführt. Auf eine persönliche Intervention Maos hin wurde die Wandzeitung am 1. Juni im Radio gesendet, zunächst in Peking und dann im ganzen Land. (Mao nannte sie später eine ,,Deklaration der Pekinger Volkskommune im 20. Jahrhundert". Ihre Bedeutung übertreffe ,,bei weitem die der Pariser Kommune" (7). Damit hatten die rebellierenden Studenten plötzlich die Autorität der offiziellen Medien hinter sich. Dies führte auf breiter Ebene zu einem Stimmungsumschwung. Am folgenden Tag fanden Massendemonstrationen statt, von ,,Universitätsstudenten und Oberschülern, ebenso von Kadern, Arbeitern und sogar einigen Bauern, die Wandzeitungen mitbrachten und Reden hielten, um so die Revolutionäre an der Beida zu unterstützen" (8). Noch in der Nacht wurde der Sturz des Pekinger Stadtkomitees und die Absetzung von Lu Ping und seiner Stellvertreterin bekanntgegeben.

Durch die Absetzung Peng Zhens, der eines der bekanntesten Mitglieder der obersten Parteiführung gewesen war, wurde in der breiten Öffentlichkeit zum ersten Mal klar, daß es in der Parteispitze scharfe Widersprüche geben mußte (wenn auch die Hintergründe wohl für kaum jemanden zu durchschauen waren; bisher hatte sich die Parteiführung nämlich nach außen hin völlig einheitlich gegeben).

Die Entscheidung löste wahre Begeisterungsstürme aus; überall wurden Lieder gesungen und revolutionäre Parolen gerufen, die Studenten diskutierten in kleinen Gruppen miteinander oder hielten Ansprachen. Mehr und

Eher peinlich ...

Bei der Seefahrt verläßt man sich auf den Steuermann

,,Bei der Seefahrt verläßt man sich auf den Steuermann.
Jedes Wachstum hängt von der Sonne ab.
Von Regen und Tau bewässert, sprießende Saaten erstarken.
Die Revolution benötigt die Lehre Mao Tse-tungs.

Den Fischen unentbehrlich das Wasser,
Den Melonen unentbehrlich die Ranken,
Den revolutionären Massen unentbehrlich die Kommunistische Partei,
Mao Tse-tungs Lehre ist die nie untergehende Sonne".

(Peking Rundschau, 7.1.68)

Das war eines der Lieder, die von den Roten Garden besonders gerne und oft gesungen wurden.

Aber auch in den offiziellen Medien war diese peinliche Art blinder Verherrlichung Trumpf: So war etwa jeder Ausgabe der ,,Peking Rundschau" ein Mao-Bild mit der Unterschrift: ,,Unser großer Lehrer, großer Führer, großer Oberkommandierender und großer Steuermann" vorangestellt.

Sicher hat der Personenkult um Mao viel zur Mobilisierung und Begeisterung der meist noch sehr jungen Rotgardisten beigetragen. Später, als sich 1967 und 1968 die Auseinandersetzungen zuspitzten, behinderte die unangreifbare Autorität, die jeder (angeblichen oder tatsächlichen) Mao-Äußerung zukam, jedoch die Herausbildung einer politisch-ideologisch eigenständigen linken Strömung unter den Rebellen.



Bürokraten „auf dem kapitalistischen Weg" werden mit „Schandhüten" herumgefahren

mehr Arbeiter und Bauern kamen auf den Campus. Über 100.000 Blätter Wandzeitungen wurden in der ersten Juni-Woche aufgehängt — mit Anklagen gegen führende Uni-Bonzen ebenso wie gegen die gesamten Lebensbedingungen der Studenten. Rechte Parteifunktionäre und reaktionäre Professoren mußten sich vor Massenversammlungen verantworten und wurden verschiedentlich dazu verdonnert, in den Gärten Unkraut zu jäten.

„Arbeitsgruppen" sollen die Bewegung unter Kontrolle bringen

Aufgeschreckt durch diese Vorgänge beschloß auf Liu Shaoqi's Initiative hin eine Zentrale Arbeitskonferenz der KPCh Anfang Juni, „Arbeitsgruppen" an alle Oberschulen und Unis in Peking zu entsenden. Sie sollten die Studenten- und Schülerbewegung wieder unter Kontrolle bringen.

Ab etwa dem 7. Juni übernahm eine Arbeitsgruppe „die Führung der Kulturrevolution an der Pekinger Universität". Spätestens am 12. Juni hörten die Massendemonstrationen auf, und die Arbeitsgruppe schloß die Pforten der Beida. Nun kam nur noch hinein oder hinaus, wer sich ausweisen konnte. Massenversammlungen mit Anklagen gegen führende Funktionäre wurden verboten. Als die Linke am 18. Juni dennoch eine „Kampfversammlung" gegen Lu Ping und andere abzuhalten wagte, war die Antwort eine ganze Reihe von Ausschlüssen aus Partei und Jugendliga und sonstige Repressionen gegen die Beteiligten.

Dazu bedienten sich die Arbeitsgruppen (an der Beida ebenso wie an anderen Hochschulen) auch rechter Studenten. In festen Gruppen wurden sie eingesetzt *„als Saalschutz bei Großveranstaltungen, als Claqueure, als 'Fahndungsgruppen' beim Aufspüren verdächtiger Aktivisten, als Prätorianergarde zum Schutz von Angehörigen des Lehrkörpers, deren Veranstaltungen von Störungen durch maoistische Elemente betroffen oder bedroht sind. Dieser harte Kern von 'Reaktionären' war überall anzutreffen, wo es galt, linke Vorstöße abzufangen und einzudämmen"* (9). Auf „Kampfversammlungen" der Arbeitsgruppe wurde gegen führende Vertreter der Linken gehetzt und diese wurden gezwungen, „Selbstkritik zu leisten". „Rädelsführer" wurden von der Schule gewiesen. Wer Widerstand leistete, mußte mit Arreststrafen bis zu mehreren Monaten Dauer rechnen. In manchen Fällen wurde auch die Sicherheitspolizei eingeschaltet. „Die fünfzig Tage des weißen Terrors" — so wurde diese Periode später bezeichnet.

Nachdem die Arbeitsgruppe an der Beida die radikale Linke zunächst hatte unterdrücken und von der breiten Masse der Studenten isolieren können, gelang es dieser Anfang Juli, ihre Basis zu konsolidieren und wieder zu verbreitern, so daß die Arbeitsgruppe massiven Angriffen ausgesetzt war.

Als Mao am 18. Juli von Shanghai nach Peking zurückkehrte, leitete er eine Untersuchung des Vorgehens der Arbeitsgruppen ein. Am 24. Juli wurde auf einer erweiterten Sitzung der Zentralen Gruppe für Kulturrevolution beschlossen, die Arbeitsgruppen endgültig zurückzuziehen.

In der Beida wurde nach der Auflösung der Arbeitsgruppe damit begonnen, die Wahl eines kulturrevolutionären Komitees vorzubereiten, der ein Delegiertensystem nach den Prinzipien der Pariser Kommune zugrundeliegen sollte.

Das 11. ZK-Plenum

Wenige Tage später, vom 1. bis 12. August 1966, fand das 11. Plenum des 8. ZK der KPCh statt. Während des Plenums kam es in Peking zu Massendemonstrationen der Roten Garden. Mao selbst schlug eine Wandzeitung an mit der Überschrift *„Das Hauptquartier bombardieren!"* Darin griff er *„gewisse leitende Genossen — von der zentralen bis hinunter zur lokalen Ebene"* — an, sie hätten *„eine Diktatur der Bourgeoisie ausgeübt ..., die Revolutionäre eingekreist und unterdrückt, ... und einen weißen Terror errichtet"* (10).

Vorausgegangen war der Plenumssitzung ein monatelanges Tauziehen der verschiedenen Fraktionen in der KPCh-Führung, wobei Rechte und Linke ihren Einflußbereich in der Partei zu konsolidieren und auszudehnen suchten. Trotz der Erfolge der maoistischen Fraktion — Umbesetzungen in der Armeeführung, Sturz des Pekinger Stadtkomitees, Übernahme des ganzen Kultur- und Propagandaapparats aus den Händen von Lu Dingyi, Zhou Yang und Konsorten — hatten die Rechten auf dem 11. ZK-Plenum noch einen recht starken Einfluß.

Daran konnte auch die Tatsache nichts ändern, daß zu den Beratungen Vertreter der linken Massenorganisationen hinzugezogen wurden, während eine ganze Reihe von Rechten schon von vornherein fehlte. Mao bemerkte später, daß von seiten der Teilnehmer „viele bittere Worte" zu hören gewesen seien. Und ein gut informierter Beobachter sagte im Oktober 1966 über dieses Plenum: „Im ZK ist der Vorsitzende nur von einer Minderheit unterstützt worden. Wenn er nicht gut aufpaßt, wird er wieder in die Berge gehen müssen, um den Partisanen zu spielen" (11).

Der vom 11. Plenum beschlossene „16-Punkte-Beschluß", der eine Art Grundsatzdokument für die Kulturrevolution darstellte, spiegelt in seiner inneren Widersprüchlichkeit die Schwäche der radikalen Linken in der Führung der KPCh wider, die nur einen Kompromiß zuließ (12).

— Einerseits der Aufruf *„Laßt die Massen sich in dieser Bewegung selbst erziehen"* — *„Die Methode, in allem für sie zu handeln, darf nicht angewendet werden. Vertraut den Massen, stützt euch auf sie und achtet ihre Initiative. Befreit euch von der Furcht. Habt keine Angst vor Unordnung."* Ausdrucksmittel der Bewegung sollten „große Debatten" und „Wandzeitungen mit großen Schriftzeichen" sein (Punkt 4).

„Machtorgane der Kulturrevolution" sollten die spontan breit entstehenden Kulturrevolutionsgruppen, -komitees und -kongresse sein. Da der Kampf gegen die ideologischen Überbleibsel der alten Gesellschaft notwendigerweise sehr lang dauern werde, sollten diese Machtorgane *„keine zeitweiligen Organisationen, sondern permanente, ständige Massenorganisationen sein. Sie sind nicht nur für Universitäten, Schulen und Ämter geeignet, sondern im wesentlichen auch für Fabriken, Bergwerke, andere Unternehmen, städtische Distrikte und Dörfer"*. Für diese Machtorgane sollte *„ein allgemeines Wahlsystem ähnlich dem der Pariser Kommune"* eingeführt werden. Die Delegierten sollten von den

Massen jederzeit kritisiert und bei Unfähigkeit abgewählt oder ersetzt werden können (Punkt 9).

— Andererseits wurden in dem Beschluß Einschränkungen getroffen, die den „Machthabern auf dem kapitalistischen Weg" einen sehr weitreichenden Interpretationsspielraum in ihrem Sinne einräumten: In den Kulturrevolutionsgruppen, -komitees und -kongressen sollten sich *„die Massen unter der Führung der Kommunistischen Partei selbst erziehen"* (Punkt 9). Der Ausgang der Kulturrevolution werde *„davon bestimmt sein, ob die Parteiführung es wagt oder nicht, kühn die Massen zu mobilisieren"* (Punkt 3). Beim gegebenen Zustand der Partei eine ziemlich traurige Perspektive...

Zudem wurde festgelegt: *„Die Kultur- und Erziehungseinrichtungen und die leitenden Organe der Partei und Regierung in den Groß- und Mittelstädten sind Schwerpunkte der gegenwärtigen proletarischen Kulturrevolution."* In den Fabriken und auf dem Land sollte im wesentlichen die „Sozialistische Erziehungsbewegung" fortgeführt und sollte die Kulturrevolution nur dann entfaltet werden, *„wenn es die örtlichen Parteikomitees für zweckmäßig halten"* (Punkt 13). In den Streitkräften sollte die Kulturrevolution *„den Weisungen der Militärkommission des Zentralkomitees der KP Chinas und der Allgemeinen Politischen Abteilung der Volksbefreiungsarmee entsprechend durchgeführt werden* (Punkt 15).

Mit diesen Bestimmungen war in vielen Fällen der Bock zum Gärtner ernannt worden, was besonders schwerwiegend war, weil die Produktionseinheiten und die Armee entscheidend für die Machtfrage werden sollten.

Auch das Ziel der Kulturrevolution wurde nur sehr schwammig formuliert: Alle Kräfte müßten gegen *„die Handvoll ultrareaktionärer bürgerlicher Rechtselemente und konterrevolutionärer Revisionisten"* konzentriert werden, die „Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg" seien (Punkt 5). Darauf, daß sich eine neue herrschende Klasse herausgebildet hatte, als deren Repräsentanten diese „Handvoll" lediglich anzusehen war, wurde in keiner Weise eingegangen. Überhaupt fehlt in dem Text jede Analyse der Klassenverhältnisse in China.

Mit besonderer Begeisterung wurde schließlich später der folgende Punkt von den Rechten aufgegriffen: *„Das Ziel bei der großen proletarischen Kulturrevolution ist die Revolutionierung der Ideologie der Menschen, damit die Arbeit auf allen Gebieten mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher geleistet wird ... Jede Ansicht, die große Kulturrevolution der Entwicklung der Produktion entgegenzusetzen, ist falsch"* (Punkt 14). Diese Sätze lieferten oftmals eine willkommene Handhabe zur Unterdrückung linker Aktivitäten in den Produktionseinheiten, die als „produktionsschädigend" diffamiert wurden.

Die Bewegung breitet sich aus

Mit dem 11. Plenum und seinen Ergebnissen nahm die Rotgardistenbewegung einen enormen Aufschwung. Allenthalben schossen neue Organisationen aus dem Boden (13). Rotgardisten beherrschten das Bild der Straßen und Plätze. Von August bis November fanden acht Massenkundgebungen in Peking statt, auf denen — in Anwesenheit Maos — Lin Biao, Zhou Enlai, Chen Boda und Jiang Qing sprachen. Insgesamt nahmen daran 13 Millionen Rotgardisten teil. An jeder verfügbaren Wand Pekings prangten Mao-Sprüche und Mao-Bilder, Wandzeitungen und Karikaturen in jeder Größe. Flugblätter und selbstgemachte Zeitungen überschwemmten die Stadt. Führende Parteifunktionäre und Mitglieder der früheren „Arbeitsgruppen" wurden auf Wandzeitungen angegriffen, oft auch vor Massenversammlungen zitiert und mit spitzen weißen Papiermützen, auf denen ihre „Sünden" vermerkt waren, durch die Stadt gefahren. Gelegentlich mußten sie auch Prügel einstecken.

Durch den 16-Punkte-Beschluß waren die staatlichen Organe verpflichtet, die Roten Garden zu unterstützen. Diese erhielten kostenlose Verpflegung und Unterkünfte, konnten die Ver-

„Kritikversammlung" einer ländlichen Produktionsbrigade



kehrsmittel umsonst benutzen und wurden z.T. auch durch technische Ausrüstungen und Uniformen aus Armee- oder Milizbeständen unterstützt. Gruppen von Rotgardisten fuhren von Peking aus ,,zum Austausch von revolutionären Erfahrungen" und zum Vorantreiben der dortigen Bewegung in die Provinzen. Andere Gruppen machten sich aus allen Landesteilen auf den Weg in die Hauptstadt, um dort ,,revolutionäre Erfahrungen auszutauschen". So quollen im Herbst 1966 alle Eisenbahnzüge über von Jugendlichen mit Rucksäcken, Fahnen, Transparenten etc.

Das waren die Bilder, die sich ausländischen Presseberichterstattern bürgerlicher und revisionistischer Couleur boten, und die sie mit gelinden Panikgefühlen in ihre jeweiligen Heimatländer kabelten. Diesen Berichten folgend konnte es scheinen, als beherrschten die Rotgardisten vollständig die politische Szene in China. Doch hinter den Kulissen tobten scharfe Auseinandersetzungen, bei denen die Roten Garden längst kein so gutes Bild machten.

Auszug aus:
Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas über die Große Proletarische Kulturrevolution

Aus dem ,,Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas über die Große Proletarische Kulturrevolution" vom 8. August 1966:

...

4. Laßt die Massen sich in dieser Bewegung selbst erziehen

In der großen proletarischen Kulturrevolution können die Massen nur selbst sich befreien, und die Methode, in allem für sie zu handeln, darf nicht angewendet werden.

Vertraut den Massen, stützt euch auf sie und achtet ihre Initiative. Befreit euch von der Furcht. Habt keine Angst vor Unordnung. Vorsitzender Mao hat uns oft gesagt, daß Revolution nicht derart verfeinert, sanft, gemäßigt, gütig, höflich, zurückhaltend und großmütig sein kann. Laßt die Massen sich in dieser großen revolutionären Bewegung selbst erziehen und es lernen, zwischen richtig und falsch und zwischen korrekter und unkorrekter Handlungsweise zu unterscheiden Macht den größtmöglichen Gebrauch von den Wandzeitungen mit großen Schriftzeichen und von großen Debatten, um die Dinge auszudiskutieren, so daß die Massen die korrekten Ansichten erklären, die irrigen kritisieren und alle finsteren Elemente entlarven können. So werden die Massen imstande sein, im Verlauf des Kampfes ihr politisches Bewußtsein zu erhöhen, ihre Fähigkeiten und Talente zu fördern, zwischen Recht und Unrecht zu unterscheiden und zwischen dem Feind und uns eine deutliche Linie zu ziehen.

...

9. Kulturrevolutionsgruppen, -komitees und -kongresse

Im Verlauf der großen proletarischen Kulturrevolution begannen viele neue Dinge aufzutreten. Die von den Massen an vielen Schulen und Einheiten geschaffenen Kulturrevolutionsgruppen, -komitees und andere Organisationsformen sind etwas Neues und von großer historischer Bedeutung.

Diese Kulturrevolutionsgruppen, -komitees und -kongresse sind ausgezeichnete neue Organisationsformen, mit denen sich die Massen unter der Führung der Kommunistischen Partei selbst erziehen. Sie sind eine ausgezeichnete Brücke, über die unsere Partei mit den Massen engen Kontakt hält. Sie sind Machtorgane der proletarischen Kulturrevolution.

Der Kampf des Proletariats gegen die von allen Ausbeuterklassen in den vergangenen Jahrtausenden hinterlassenen alten Ideen, Sitten und Gewohnheiten und ihre alte Kultur wird notwendigerweise sehr, sehr lange Zeit dauern. Daher sollen die Kulturrevolutionsgruppen, -komitees und -kongresse keine zeitweiligen Organisationen, sondern ständige Massenorganisationen für längere Dauer sein. Sie sind nicht nur für Universitäten, Schulen und Ämter geeignet, sondern im wesentlichen auch für Fabriken, Bergwerke, andere Unternehmen, städtische Distrikte und Dörfer.

Es ist notwendig, ein allgemeines Wahlsystem ähnlich dem in der Pariser Kommune einzuführen, nach dem die Mitglieder der Kulturrevolutionsgruppen und -komitees und die Delegierten zu den Kulturrevolutionskongressen gewählt werden. Die Kandidatenlisten sollen nach gründlicher Erörterung von den revolutionären Massen aufgestellt und die Wahl soll vorgenommen werden, nachdem die Listen von den Massen wieder und wieder erörtert worden sind.

Die Massen sind berechtigt, die Mitglieder der Kulturrevolutionsgruppen und -komitees und die Delegierten zu den Kulturrevolutionskongressen jederzeit zu kritisieren. Wenn sich die Mitglieder oder Delegierten als unfähig erweisen, können sie nach Erörterung von den Massen durch Wahl ersetzt oder abberufen werden.

Die Kulturrevolutionsgruppen, -komitees und -kongresse an den Universitäten und Schulen sollen in der Hauptsache aus Vertretern der revolutionären Schüler und Studenten bestehen. Zugleich soll ihnen eine bestimmte Anzahl Vertreter der revolutionären Lehrer, Angestellten und Arbeiter angehören.

Die Gegenwehr der Parteibürokraten

Vor allem in den Provinzen kam die Bewegung nur sehr schwerfällig in Gang. Manche Provinzparteichefs hatten es verstanden, die von ihnen geleiteten Landesteile zu ,,Unabhängigen Königreichen" auszubauen. Sie kontrollierten die Wirtschaft in ihren Gebieten, und der gesamte Polizei- und Zwangsapparat stand fast ohne Ausnahme hinter ihnen. Zudem verkörperten sie — und zunächst n u r sie! — in den Augen der Massen die Autorität der Partei. Die vielerorts sehr schwachen Kräfte der Linken wurden — ZK-Beschluß hin, ZK-Beschluß her — in die Defensive gedrängt. Parallel dazu wurden Anordnungen und Informationen aus Peking ignoriert oder z.T. einfach nicht mehr weitergeleitet (14).

Die Reisen zum ,,Erfahrungsaustausch" und die Errichtung von übers ganze Land verteilten ,,Verbindungsbüros" der Roten Garden zu den Zentren der Bewegung war somit eine Überlebensfrage für die von Isolierung bedrohte Linke.

Doch auch in den Hochburgen sahen sich die Roten Garden massiven Widerständen gegenüber. Die alteingesessenen Bürokraten hatten eine Reihe von Abwehrmaßnahmen entwickelt, um sich linke Angriffe vom Leibe zu halten (15).

Wo es ihnen möglich war, setzten sie sich selbst (oder ihre Beauftragten) an die Spitze der Bewegung. Kader der zweiten oder dritten Garnitur wurden dann als ,,Kapitalistenfreunde" ,,scharf kritisiert" und notfalls zum Abschuß freigegeben. Ihre Chefs waren damit aus der Schußlinie und konnten unter der Hand dafür sorgen, daß die armen Opfer der Kampagne nach ,,öffentlicher Selbstkritik" wieder eine angemessene Stellung erhielten. Die Linke, die eine prinzipiellere Diskussion forderte, wurde dabei ins Abseits gedrängt.

Dort, wo sich die Rechten stark genug fühlten, gingen sie einen Schritt weiter und kehrten den Spieß um: Konsequente Linke wurden als ,,verkappte Konterrevolutionäre" diffamiert; aus ihren Kader-Akten, über die ihre Vorgesetzten verfügten, wurden alle möglichen belastenden ,,Beweise" (bis tief ins Privatleben hinein) konstruiert; schließlich wurden diese Linken öffentlich verurteilt und z.T. aus ihren Stellungen vertrieben. Eine Rotgardisten-Zeitung kommentierte: *,,Wenn sich jemand durch irgendwelche politischen Aktivitäten auszeichnete, wurde er von seinen Vorgesetzten*

von der Seite her angesehen. Die kleinsten Taten und Äußerungen eines solchen Menschen wurden vermerkt. Alle Phantasie wurde aufgeboten, Übertreibungen und Anschwärzungen nicht verschmäht. Das Ganze war eine scharfe Waffe, die von den vorgesetzten Stellen nach Belieben eingesetzt werden konnte. Ein solches Vorgehen mußte die Leute zu kleinlichen, vorsichtigen Wesen machen, die keinerlei Widerstand wagten" (16).

In der Verwaltung, wo sich mit dem Aufschwung der Schüler- und Studentenbewegung auch Widerstand bei den Jungkadern regte, verlief der Prozeß ähnlich: Ein „Kampagnenbüro" wurde eingerichtet bzw. das vorher schon bestehende in „kulturrevolutionäres Büro" umgetauft. Besetzt wurde es von der Parteifraktion. Bei der Kritikkampagne, die nun „schonungslos" geführt werden sollte, wußten die Angestellten schon, was angesagt war: Im Handelsministerium z.B. wurden zwar 21.000 Blätter Wandzeitungen angeklebt, aber nur drei davon wagten es, das eigentliche Machtzentrum, die Parteifraktion, anzugreifen (17).

Schwächen und Widersprüche in der Rotgardistenbewegung

Schließlich verstanden es die Parteifürsten vorzüglich, die Widersprüche innerhalb der Rotgardisten-Bewegung zu nutzen. Denn diese war keineswegs einheitlich: Die meisten Roten Garden wollten zwar eine Reform des Erziehungswesens und den Sturz von einzelnen reaktionären Figuren (vor allem aus ihrem näheren Umkreis). Sie waren jedoch nicht bereit, das existierende gesellschaftliche System und den revisionistisch versumpften Parteiapparat als Ganzes in Frage zu stellen: *„Die Radikalen sind falsche Vertreter der Maotsetungideen; sie kläffen wie Hunde gegen die ganze Partei. Aber was bleibt denn vom kommunistischen China, wenn die Partei untergeht?"* (18).

Die jeweiligen Autoritäten versuchten, diese Kräfte einzubinden, indem sie ihnen „Kontrollaufgaben" übertrugen und sie in diverse Gremien aufnahmen. Dazu kam, daß sich die Aktivitäten in vielen Rotgardisten-Verbänden immer mehr auf einen kleinen Führungskreis konzentrierten, während die Basis auf die politischen Entscheidungen zunehmend weniger Einfluß hatte. Diesen Führungskreis suchten nicht selten die örtlichen Parteichefs durch Geschenke von ‚Luxusgütern' (Motorrädern, Fotoapparaten etc.) zu bestechen. Zum Jahresende 1966 sah es so aus, daß Neale Hunter (der in Shanghai Fremdsprachen unterrichtete) feststellte: *„Von den Studentenorganisationen waren so viele unter Parteikontrolle geraten, daß der Begriff 'Rotgardist' kaum einen revolutionären Inhalt mehr hatte. Von den Millionen Rotgardisten in China war nur eine Minderheit radikal"* (19).

In einer ganzen Reihe von Fällen wurden „Rotgardisten"-Verbände sogar zu aktiven Kampfverbänden gegen den harten Kern der Linken hochgerüstet: Sie erhielten Büros, Druckmöglichkeiten, Autos, Uniformen und finanzielle Zuwendungen (20).

Diese Gruppen waren je nach Lage der Dinge aktive Schutztruppen der angegriffenen Parteichefs und Institutionen, oder aber sie nahmen die Aufgabe wahr, die rotgardistischen Verbände von innen heraus zu zersetzen und wieder unter Kontrolle der Parteiführungen zu bringen. Dabei traten sie mit allen revolutionären Attributen auf, versuchten die Linken im Dreschen von revolutionären Phrasen und Mao-Sprüchen zu übertreffen, und bezeichneten ihre Gegner stets als „reaktionär" und „konterrevolutionär".

Die radikale Linke hatte diesen „staatstreuen" Strömungen gegenüber einen recht schwachen Stand. Eine Rotgardistengruppe stellte zum zahlenmäßigen Kräfteverhältnis an den Pekinger Oberschulen fest: *„Nach den Untersuchungen, die wir angestellt haben, war die Zahl derer, die sich als Aktivisten an der Bewegung der Oberschüler beteiligten, so klein, daß es eine Schande ist. An jeder Schule waren es im Durchschnitt nur ein Fünftel bis ein Viertel der Schüler, ein geradezu unerträgliches Phänomen"* (23).

So gelang es angegriffenen Partei- und Verwaltungschefs öfters, eine weit überlegene Zahl von Studenten zu ihrer Verteidigung gegen linke Attaken zu mobilisieren. Bei einer Massenversammlung an der Shanghaier Fremdsprachenhochschule z.B. brach die übergroße Mehrheit in Rufe aus wie: „Es lebe der Parteisekretär!" und: „Wir werden das Parteikomitee verteidigen!" Die Linken, die einen Frontalangriff gegen die Parteileitung

Maos »Weisung vom 7. Mai 1966«

In einem Brief an Lin Biao legte Mao seine gesellschaftliche Konzeption dar. Ausgangspunkt war die Frage der landwirtschaftlichen Produktionsarbeit in der Armee. Einen entsprechenden Vorschlag Lin Biaos begrüßte Mao und schlug vor, ihn überall in der Armee diskutieren zu lassen. Weiter schrieb er:

„Über ihren Kampfauftrag hinaus kann die Armee alle möglichen anderen Arbeiten leisten ... Die Armee, diese große Schule, sollte eine politische, militärische und kulturelle Ausbildung vermitteln, aber auch in der Lage sein, eine landwirtschaftliche Nebenproduktion sowie mittlere und kleinere Industrien zu betreiben und Produkte zu erzeugen, die teils den Eigenbedarf der Armee decken, teils mit dem Staat gegen Produkte gleichen Werts auszutauschen sind. Diese große Schule ist ferner in der Lage, Massenarbeit zu leisten und sich an der sozialistischen Erziehungsbewegung in Betrieben und Dörfern zu beteiligen. Auch nach Beendigung der sozialistischen Erziehungsbewegung besteht jederzeit die Notwendigkeit und Möglichkeit einer Massenarbeit, die Armee und Volk dauerhaft zusammenschweißt. Darüber hinaus sollte die Armee jederzeit teilhaben an dem Kampfauftrag der Kulturrevolution, die Bourgeoisie zu kritisieren. Auf diese Weise verbinden sich die rein militärischen Aktivitäten mit all diesen anderen Tätigkeiten, nämlich dem Studium, der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion und mit der Arbeit im Dienste der Volksmassen".

In gleicher Weise sollten auch Industriearbeiter und Kommunebauern neben ihren jeweiligen Haupttätigkeiten in der Produktion sich politisch, kulturell und militärisch weiterbilden, sollten jederzeit bürgerliche Tendenzen bekämpfen und, wo es die Bedingungen erlaubten, landwirtschaftliche bzw. industrielle Nebenproduktion betreiben (wie etwa auf den Ölfeldern von Daqing).

Für Studenten und in den Handelsorganen tätige Personen sollte Entsprechendes gelten; eine langwierige, nur-theoretische Ausbildung an den Schulen und Universitäten unter der Vorherrschaft bürgerlicher Intellektueller griff Mao scharf an. (zitiert nach Bettelheim, Macciochi u.a.: China 1972, Ökonomie, Betrieb und Erziehung seit der Kulturrevolution, Westberlin 1972, S.95ff)

Um was es bei den Vorschlägen Maos ging, war der Abbau der auch im Sozialismus zunächst noch weiterexistierenden kapitalistischen Arbeitsteilung mit den daraus resultierenden Widersprüchen zwischen Hand- und Kopfarbeit, zwischen industriellen und landwirtschaftlichen Arbeiten und zwischen führenden und ausführenden Tätigkeiten sowie der Trennung der Armee als staatlichem Gewaltinstrument vom Volk.

Während der Kulturrevolution spielte die „Weisung vom 7. Mai" als programmatischer Bezugspunkt der linken Rotgardistengruppen und revolutionären Rebellen eine wichtige Rolle. Sie forderten die Verwirklichung von Maos Vorschlägen und „erwarte(te)n ihre Befreiung nur in einer neuen Gesellschaft, wie sie in der Direktive vom 7. Mai skizziert wird und die sich von der bestehenden Gesellschaft unterscheidet" (Proletarische Allianz Hunan).

vorbereitet hatten, wurden völlig isoliert (24).

Dazu kam, daß viele linke Organisationen in ihrer Gründerzeit alle Kennzeichen des Sektierertums an den Tag legten.

Da wurde intensiv über eine „Theorie der Abkunft" diskutiert, wonach nur der ein „wirklicher" Revolutionär sein könne, der von Arbeitern, Bauern oder revolutionären Basiskadern abstamme. Dieser Theorie folgend wurde in verschiedenen rotgardistischen Organisationen strengstens über die „proletarische Reinheit" gewacht. Große Energien wurden darauf verschwendet, durch Hausdurchsuchungen „bürgerliche Elemente" zu entlarven, gehortete Kunstschätze aufzuspüren.

Eine wichtige Aufgabe sah man im Kampf gegen die Attribute bürgerlicher Kultur („westliche" Mode, Frisuren etc.). Gelegentlich wurden Jugendliche, die einen „bürgerlichen Lebensstil" verfolgt haben sollten, auf der Straße verprügelt, oder es wurden ihnen die Zöpfe abgeschnitten.

Solche sektiererischen Eskapaden dürften sich für eine Verbreiterung der Bewegung nicht eben positiv ausgewirkt haben.

Insgesamt war die rotgardistische Bewegung stark zersplittert, es gab eine Unzahl von verschiedensten Gruppen. Die Auseinandersetzung zwischen den Organisationen wurde fast überhaupt nicht anhand von konkreten Fakten geführt, um die wirklichen Differenzen und Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten, sondern mit pauschalen Bekenntnissen zu Mao und zur Revolution einerseits und mit Revisionismus-, Verrats-, etc. Vorwürfen an Adresse der anderen andererseits. Aktionsbündnisse zur Durchsetzung von einzelnen Forderungen scheint es nur selten gegeben zu haben, geschweige denn einen kontinuierlichen Prozeß der Auseinandersetzung und Zusammenarbeit zwischen den Organisationen.

Alles in allem war die rotgardistische Bewegung im Spätherbst 1966 in Stagnation und Niedergang begriffen.

Die Eindämmungspolitik der Parteispitze

Die Parteilinke, die sich um die Gruppe für Kulturrevolution beim ZK sammelte, war nicht in der Lage, diesem Prozeß entgegenzuwirken. Im Gegenteil: Sie trug Aufrufe und Maßnahmen von ZK, Staatsrat und zentralen Medien zur Eindämmung der Kulturrevolution mit oder nahm doch zumindest nicht dagegen Stellung (25).

— Bereits am 31. August 1966 forderte Lin Biao die Roten Garden auf, keine Gewalt anzuwenden.

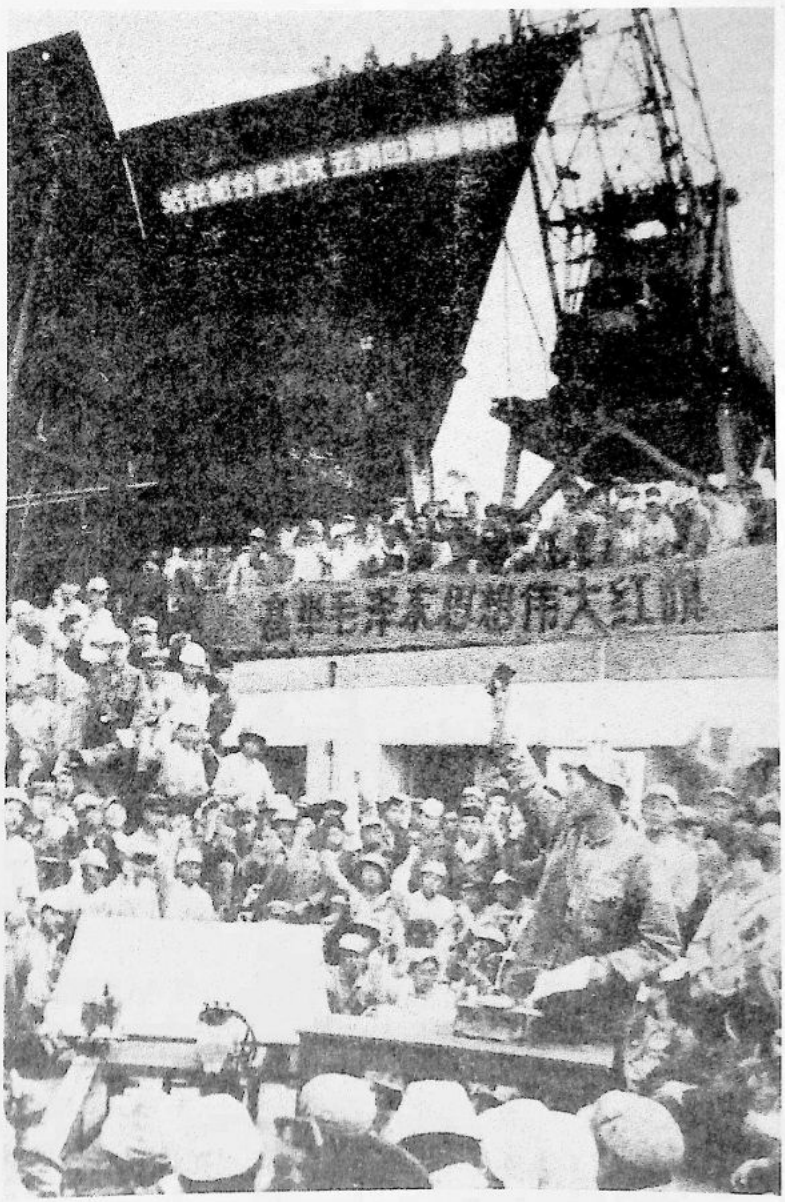
— Ein Erlaß des ZK und des Staatsrats (vom 6.9.66) verbot es den Rotgardisten, Archive zu beschlagnahmen und „Staatsgeheimnisse" zu veröffentlichen. Dieser Schutz wurde von der Partei- und Verwaltungsbürokratie für die Geheimakten in Anspruch genommen, die über linke Aktivisten angelegt worden waren. Das „schwarze Material" wurde trotzdem in großem Umfang von Roten Garden aufgespürt und vernichtet.

— Im November 1966 wurden die Rotgardisten aufgefordert, in ihre Heimatorte zurückzukehren und den „revolutionären Erfahrungsaustausch" vorläufig einzustellen. Obwohl diese Aufforderung mehrmals und mit großem Nachdruck wiederholt wurde, wurde sie zunächst kaum befolgt.

Schwerwiegender war das energische Bemühen von Partei- und Staatsspitze, die Kulturrevolution von den zentralen gesellschaftlichen Bereichen der Produktion fernzuhalten:

— In den Dörfern sollte es während der Herbsternte keine kulturrevolutionären Maßnahmen geben, damit die Produktion nicht beeinträchtigt würde; kritisierte Kader sollten keinesfalls von den Massen selbst, sondern nur von den übergeordneten Parteiorganen entlassen werden (Verordnung des ZK vom 14.9.66).

— In Betrieben und Verwaltungen sollten die Arbeiter und Angestellten für revolutionäre Aktivitäten *„nur die freie Zeit verwenden und die Arbeitszeit unberührt lassen. Niemand darf seinen Produktionsposten verlassen. Die Disziplin der Arbeit muß bewußt eingehalten werden"*. (26). Bei dem sogenannten „Anting-Zwischenfall" hatten sich Tausende von Arbeitern aus Shanghaier Großbetrieben aufgemacht, ins Zentrum der kulturrevolutionären Bewegung nach Peking zu fahren. Zhang Chunqiao („Vierer-bande") bewegte sie in langwierigen Verhandlungen zur Umkehr, und Chen Boda kabelte in einem Telegramm: *„Ich kann eure Begeisterung verstehen, nach Peking zu kommen. Aber ihr müßt auch den Anordnungen des Vorsitzenden Mao und des ZK Folge leisten. In dieser Angelegenheit sind zwei Prinzipien im Spiel, und das Sekundäre muß sich dem Primären unterordnen. Als Arbeiter ist eure*



Hauptaufgabe, zu arbeiten. Die Teilnahme an der Revolution ist lediglich zweitrangig. Deshalb müßt ihr an den Arbeitsplatz zurückkehren" (27).

— Schon im September 1966 ging an die Roten Garden die dringende Warnung: *„Weder Schülern noch Studenten ist es gestattet, als Rotgardisten in die Fabriken und die Dörfer zu gehen, um die Revolution anzufachen und die dortigen Organe in die Hand zu nehmen"* (28).

— Überhaupt sollten *„die breiten Massen der Arbeiter und Bauern den revolutionären Eifer, den sie aus der kulturrevolutionären Bewegung und der Sozialistischen Erziehungsbewegung gewonnen haben, dazu verwenden, die Produktionsarbeit voranzutreiben"* (29).

Bis zum Winter 66 war also die gesamte Führung der KPCh geschlossen darum bemüht, die kulturrevolutionäre Bewegung auf den Schul- und Hochschulbereich zu begrenzen (30). In den Fabriken und auf dem Land sollte die Kulturrevolution lediglich die verstärkte politische Schulung (durch das Studium der Werke Maos — außerhalb der Arbeitszeit) und die Steigerung des Produktionsausstoßes bedeuten. Die Zeitungen waren voll von Berichten, die betonten, wie der Kampf gegen die Kapitalistenfreunde in der Partei zur Übererfüllung des Solls geführt habe.

Der „Januar-Sturm"

Die künstlich aufrechterhaltene Trennung der Schüler- und Studentenbewegung von der werktätigen Bevölkerung trug ein Übriges zum Abflauen dieser Bewegung bei. Die Attacke gegen einzelne „Machthaber auf dem kapitalistischen Weg" in den Erziehungsapparaten und in der Partei- und Staatsführung hatte die Klassenmacht der neuen Bourgeoisie nicht in Frage stellen können. Diese hatte sich lediglich etwas zurückgezogen und wartete in sicheren Stellungen ab oder ging sogar zur Gegenoffensive über. Die Masse der Roten Garden (wo sie überhaupt noch aktiv waren) wandte sich mehr und mehr der Umgestaltung des eigenen „kleinbürgerlichen" Denkens zu und richtete sich mit den gegebenen Machtverhältnissen ein.

Das Organ der Linkskräfte an der Pekinger Luftfahrtakademie zog Bilanz: *„Was ist aus unserer Bewegung geworden? Wir sehen viele Organisationen, die nach einer anfänglichen Kritik an ein paar kapitalistenfreundlichen Autoritäten den revolutionären Schwung eingebüßt haben und nur ihren ‚guten Namen' erhalten wollen. Ihr unerschrockener Kampfesmut ist so ziemlich erloschen, alle Autoritäten gehören plötzlich zum revolutionären Hauptquartier, sie müssen geschont werden. Die alte Losung der radikalen Verneinung ist abhanden gekommen. Die Bewegung nimmt eine Wendung ins konservative Fahrwasser"* (31).

Die rotgardistische Phase der Kulturrevolution war gescheitert; das mußte auch die Parteilinke erkennen. Um die Machtverhältnisse grundsätzlicher in Frage zu stellen, mußten die großen Massen der Arbeiter und Bauern gegen die Bastionen der neuen Bourgeoisie in Partei- und Verwaltungsapparat mobilisiert werden. Nach mehrwöchigem unentschlossenem Taktieren der Gruppe für Kulturrevolution beim ZK erschien schließlich in der „Volkszeitung" vom 26.12.66 der Aufruf, in den Fabriken und Bergwerken eine „Hochflut der Kulturrevolution" einzuleiten. Der (möglicherweise unter Maos Anleitung verfaßte) „Appell an alle Einwohner Shanghais" vom 4.1.67 stand am Beginn des „Januar-Sturms", der mit der Errichtung der Shanghaier Kommune seinen Höhepunkt erreichen sollte.

Ein Freiburger Genosse

Anmerkungen

1
Zit. nach: Mao Tse-tung, Der große strategische Plan. Dokumente zur Kulturrevolution. Hg. v. Joachim Schickel, Berlin 1969, S. 127-137

2
Lin Biao: Bericht auf dem 9. Parteitag der KPCh (sozusagen die ‚offizielle' Auswertung der Kulturrevolution); in: Wichtige Dokumente der Großen Proletarischen Kulturrevolution, Peking 1970, S. 35

3
Daneben gehörten der Gruppe für Kulturrevolution Jiang Qing, Kang Sheng und Tao Zhu (später als Rechter „entlarvt") an. Neben Jiang Qing gab es drei weitere stellvertretende Leiter: Wang Renzhong, den Vertrauten von Tao Zhu; Liu Zhizhien, stellvertretender Chef der Allgemeinen Politischen Abteilung der Armee; Zhang Chunqiao, Sekretär der Shanghaier Parteiorganisation. Zudem müssen Wang Li, Guan Feng und Chi Benyu hinzugerechnet werden, alle drei Mitherausgeber des theoretischen Organs des ZK, „Rote Fahne". Nach .Rainer Hoffmann: Kampf zweier Linien, Zur politischen Geschichte der chinesischen Volksrepublik 1949-1977, Stuttgart 1978, S. 73 f.

4
Die Auseinandersetzungen an der Qinghua (technische Uni Peking) und einer Reihe von anderen Pekinger Hochschulen verliefen ziemlich ähnlich.

5
Zit. nach Schickel, S. 140 f. Zu den Auseinandersetzungen an der Pekinger Universität und zur Rolle der Arbeitsgruppen vgl. R. Hoffmann: Entmaoisierung in China, Zur Vorgeschichte der Kulturrevolution, München 1973, S. 52-55 und S. 75-86 sowie Victor Nee, Don Layman: Das Problem der Trennung von Hand- und Kopfarbeit in der chinesischen Kulturrevolution, Frankfurt 1971, S. 39-60

6
Im Gespräch mit Anna-Luise Strong, zit. nach Lee, Laymann, S. 44

7 Peking Rundschau, 7.2.67

8 Nee, Laymann, S. 46 f

9 Hoffmann, Entmaoisierung, S. 79

10 Zit. nach Schickel, S. 145

11
Zit. nach Rainer Hoffmann: Maos Rebellen. Sozialgeschichte der chinesischen Kulturrevolution, Hamburg 1977, S. 31 + 167

12 Zit. nach Schickel, S. 155-166

13
Eine von Jürgen Domes zusammengestellte, keineswegs vollständige Liste umfaßt für Peking, Shanghai, Guangdong, Guanxi, Hunan und Hubei allein 1417 verschiedene rotgardistische Organisationen. (Jürgen Domes: Die Ära Mao Tse-tung. Innenpolitik in der Volksrepublik China, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1971, S. 247, Anm.11) Nach Schätzungen revisionistischer China-Forscher gab es 1966/67 20 Millionen Rote Garden.

14
Vgl. Hoffmann: Kampf zweier Linien, S. 74 ff

15 Vgl. Hoffmann: Rebellen, S.36-39

16
Pekinger Tageblatt, 4.2.67; zit. nach Hoffmann: Rebellen, S. 38 f

17 Vg. Hoffmann: Entmaoisierung, S.84 f

18
Kuei-yang hung-wei-ping, 20.10.66; zit. nach Hoffmann: Rebellen, S. 39

19
Neale Hunter: Shanghai Journal. An Eyewitness Account of the Cultural Revolution, Boston 1971, S. 133

20 Vgl. Hoffmann: Rebellen, S. 40 f

21 und 22 entfallen

23
Chung-hsüeh wen-ko-pao, 21.2.67; zit. nach Hoffmann: Rebellen, S. 42

24 Vgl. Hunter, S. 75

25
Die folgende Zusammenstellung stützt sich auf Domes: Ära, S. 153 ff; und Hoffmann: Rebellen, S. 20-27

26
Leitartikel der Pekinger Volkszeitung, 10.11.66; zit. nach Hoffmann: Rebellen, S. 24

27
Von einer Shanghaier Wandzeitung am 13.11.66, in der Sammlung der Library of Congress; zit. nach Hoffmann: Rebellen, S.24. Sehr ähnlich bei Hunter, S. 140

28
Leitartikel der Pekinger Volkszeitung, 14.9.66; zit. nach Hoffmann: Rebellen, S. 23

29

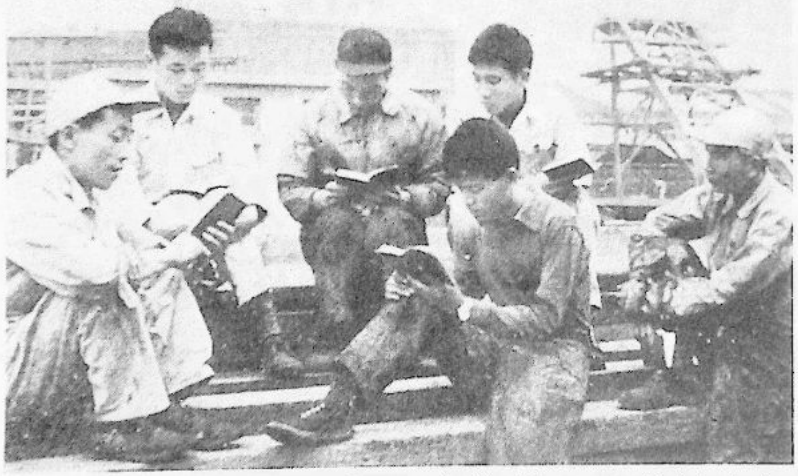
30 ebenda

Die innere Widersprüchlichkeit des 16-Punkte-Beschlusses scheint also nicht nur auf einen unausweichlichen Kompromiß mit den Rechten in der Führung der KPCh zurückzugehen, sondern auch auf die begrenzte Bereitschaft der Parteilinken, alle Schleusen der Kritik zu öffnen und die gesellschaftlichen Verhältnisse insgesamt in Frage stellen zu lassen.

31
Die „Rote Fahne" (Pekinger Luftfahrtakademie), 26.12.66; zit. nach Hoffmann: Rebellen, S. 45

Rebellion ist gerechtfertigt!

zur chinesischen Kulturrevolution



Gegen Ende des Jahres 1966 war die Kulturrevolution an einem Wendepunkt angelangt. Nach ersten Erfolgen der Parteilinken und der aus Studenten und Schülern entstandenen Roten Garden war es der Parteibürokratie gelungen, die gegen sie gerichteten Angriffe einzudämmen, sich hinter loyalen Rotgardistenverbänden zu verschanzen und ihre Machtbasis zu stabilisieren (1).

Ende Dezember begann daher die Parteilinke, die Bildung von Rebellenorganisationen auch in den Produktionseinheiten, die bis dahin ausdrücklich verschont werden sollten, zu propagieren und selbst mit voranzutreiben.

Schon ab November 66 hatten Arbeiter in den Pekinger und Schanghaier Großbetrieben, unterstützt durch studentische linke Rotgardistengruppen, begonnen, sich — zunächst noch illegal — zu organisieren (2). Ihre soziale Basis hatten diese Arbeitergruppen vor allem unter den Jungarbeitern und Lehrlingen, den Vertrags- und Zeitarbeitern. Deren soziale Lage war wesentlich schlechter als die der regulären Arbeiter, die (durch das Bonus- und Prämiensystem) oft Spitzenlöhne einstreichen konnten und auch in Bezug auf die Kranken-, Unfall- und Altersversicherungen besser gestellt waren (3).

Um die Jahreswende 66/67 traten diese Gruppen, die sich selbst ‚Revolutionäre Rebellen' nannten, mit der Gründung von überbetrieblichen Dachorganisationen in die Öffentlichkeit.

Dem Paukenschlag von Shanghai (zur „Kommune von Shanghai" folgt ein Artikel in einem der nächsten AKs) folgte nur wenig später der „Rebellensturm" auch in einer Reihe von anderen wichtigen Großstädten: Überall wurden öffentliche Gebäude, Zeitungen, Radiostationen, Fabriken und Versorgungseinrichtungen besetzt und die jeweiligen Parteimachthaber für abgesetzt erklärt. In Peking richteten sich die Angriffe gegen verschiedene Ministerien, deren Chefs eng mit der offenen Parteirechten und/oder mit Zhou Enlai verbunden waren, darunter vor allem das Ministerium für Öffentliche Sicherheit unter Xie Fuzhi sowie die Ministerien für Landwirtschaft und für die verschiedenen Industriezweige.

Die Verwirklichung der Massendemokratie

Es war die Zeit der extensiven Demokratie; nie zuvor seit der Zeit der Stützpunktgebiete im Befreiungskrieg war ein so großer Teil der Bevölkerung ins politische Geschehen aktiv mit einbezogen. Für die Bildung von politischen Organisationen in den Basiseinheiten gab es keinerlei Einschränkungen mehr. Jede Gruppe konnte ihre Meinung auf Wandzeitungen, Flugblättern und eigenen Zeitungen darlegen. Papier und Druckmöglichkeiten mußten von den staatlichen Stellen zur Verfügung gestellt werden. Tag und Nacht fanden in allen größeren Hallen und Sälen Diskussionen statt. In großem Umfang wurden Materialien über die politischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre veröffentlicht, die sich meist völlig hinter verschlossenen Türen, unter dem äußeren Anschein der Einheitlichkeit der Partei abgespielt hatten. Für viele der Rebellen entstand zum ersten Mal die Möglichkeit, sich ein einigermaßen zutreffendes Bild der politischen Verhältnisse in ihrer Einheit und im Staat überhaupt zu verschaffen (4).

Die scheinbar unangreifbare Autorität von Partei- und Verwaltungsfunktionären brach zusammen. Tausende und Abertausende von Leitungskadern, die sich durch ihre bürgerlichen Praktiken verhaßt gemacht hatten, wurden von ihren Posten abgesetzt und mit „Schandhüten" durch die Straßen gefahren oder mußten sich vor Massenversammlungen verantworten. Auch wo die Kader auf ihren Posten blieben, konnten sie meist nicht mehr schalten und walten wie bisher, sondern mußten ihre Arbeit unter den kritischen Augen der Rebellengruppen und der mobilisierten Massen verrichten.

An einigen Stellen wurden neue Formen der Machtausübung und der Basiskontrolle gesucht. Neben Shanghai wurde auch in Chengchow, Kaifeng, Loyang (Provinz Hunan) und Changchun (Provinz Jilin) versucht, die Volksmacht in Form von Kommunen zu organisieren.

„In dieser kurzen Periode wurde tatsächlich an einigen Orten, wenn auch noch nicht sehr gründlich, das wesentliche der ‚Volkskommune China' verwirklicht; die Gesellschaft befand sich

in einer Situation der ‚Massendiktatur' ähnlich jener der Pariser Kommune", schreibt die ‚Proletarische Allianz Hunan' in ihrer rückblickenden Analyse (5).

Die Kämpfe in den Betrieben und die Spaltung der Arbeiterklasse

Doch ist es den Rebellen nur in wenigen Fällen gelungen, tatsächlich (und nicht nur auf der Ebene von Proklamationen) ‚die Macht zu ergreifen'. Die Parteibürokratie machte Ende 1966 große Anstrengungen, um ihr ergebene Massenorganisationen in den Betrieben aufzubauen. Ob es die ‚Arbeiterscharlachgarden' in Shanghai waren, die ‚Rote Schutztruppe' in Peking oder Organisationen unter den verschiedensten Namen in Kanton, Wuhan und einer Reihe von anderen Provinzhauptstädten: Immer handelte es sich um Gruppen vor allem der neuen Arbeiteraristokratie, die gutbezahlten Facharbeiter und Techniker. Sie wurden geführt von Vorarbeitern, Meistern, Partei-, Betriebs- oder Gewerkschaftsfunktionären, die ihrerseits in enger, wenn auch gut getarnter Fühlung mit den jeweiligen Parteileitungen handelten.

Im Dezember hatten solche Arbeitergruppen vor dem 1. Ministerium für Maschinenbau in Peking gegen die anhaltenden ‚Arbeitsstörungen' durch die Rebellen protestiert. In Shanghai hatten sie dem ‚Arbeiterrebellenhauptquartier' blutige Straßenschlachten geliefert. Damals hatten die Betriebs- und Gewerkschaftsführungen die ‚Protestzüge' ermutigt, indem sie überaus freigiebig Reisescheine und -spesen verteilten. Zugleich wurden materielle Forderungen der Arbeiter bereitwillig erfüllt, wurden Sonderprämien und -bonusse ausgeschüttet; alles in der Absicht, die Arbeiter auf diese Weise für die Interessen der Bürokratie einzunehmen. Für die kostspielige Buhlerei um die Sympathie der Arbeiter wurden die betrieblichen Investitions- und Umlauffonds sowie die von den Gewerkschaften verwalteten Sozialfonds geplündert. Alle diese Maßnahmen wurden später (von der Linken) unter dem Begriff „Schwarzer Wind des Ökonomismus" zusammengefaßt. Sie verfolgten das Ziel, durch zunehmendes wirtschaftliches Chaos die zentralen Organe zum Durchgreifen zu zwingen.

Nach der ‚Machtergreifung' der Rebellen gingen die rechten Arbeiterorganisationen auf breiter Front zu Streiks und Sabotageaktionen über. Betroffen waren vor allem das Transportwesen (Eisenbahnen, Häfen), sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Auch ein nicht geringer Teil der Fabriken stand still (6). Damit war in Teilen des Landes die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Brennstoffen akut gefährdet, und die Produktionsausfälle nahmen für die Volkswirtschaft bedrohliche Ausmaße an. Da es gerade die nicht leicht zu ersetzenden Facharbeiter und Techniker waren, die die Streiks trugen, war es den jungen und oft in den Betrieben noch nicht fest verankerten Rebellengruppen schwer möglich, die Produktion wieder in Gang zu bringen. Nur in Shanghai gelang das in größerem Umfang, und auch dort nur um den Preis des Kompromisses mit den ‚Scharlachgarden' und der gleichzeitigen Ausgrenzung der „Ultralinken". Wo sie sich stark fühlten, gingen die rechten Arbeiterorganisationen sogar vom Streik zum Angriff über und vertrieben die Rebellen aus ihren gerade eroberten Positionen.

Der Grabenkämpfe in der Verwaltung

In den Büros und Verwaltungen sahen sich die Rebellen einer festgefügten Front aller dort Beschäftigten gegenüber. Die Zahl der jüngeren Kader aus den unteren Rängen, die schon in den Anfangsphasen der Kulturrevolution gegen ihre Vorgesetzten rebelliert hatten, war sehr gering, so daß sich die Rebellen nur in glücklichen Einzelfällen auf fest in den Büros verankerte Widerstandsgruppen stützen konnten. Das erleichterte es den Behördenchefs, die Rebellen als Eindringlinge von außen zu diffamieren und zu isolieren.

Die Rebellen versuchten, ihre zahlenmäßige Schwäche durch eine ‚Taktik der fliegenden Einsatzgruppen' auszugleichen: *„Man zog von einem Komplex zum anderen, um jedesmal eine kleine Gruppe, einen ‚harten revolutionären Kern' als die neue ‚reale Machtfraktion' zurückzulassen. Diese Methode hätte nur bei breiter Binnenunterstützung durch die unteren Kader Erfolg haben können. Bei der gegebenen Lage einer geschlossenen Abwehrphalanx waren die Behörden in dem heftig entbrennenden Kleinkrieg eindeutig im Vorteil. Ganz wie der Partisan inmitten einer ihm gewogenen Bevölkerung einen enormen Informationsvorsprung genießt und sich nach Belieben zurückzieht und ausweicht, konnten die Führungskader mit den bei ihnen stationierten Rebellen Katz und Maus spielen"* (7). Diese Führungskader organisierten ‚unterirdische Widerstandsgruppen', die von ihren Untergebenen weiterhin als die ‚echten' Vorgesetzten respektiert wurden, *„während die Rebellen mit einer Unmenge von Akten, die ihnen als den neuen Volkskommissaren zur Prüfung vorgelegt werden, voll beschäftigt und in Trab gehalten sind"* (8).

Rebellenabteilungen, die aufgrund ihrer isolierten Position für jede Verstärkung aus dem Büro selbst dankbar sein mußten, wurden nach allen Regeln der Kunst unterwandert, bis sie hoffnungslos von heimlichen Anhängern der alten Behördenchefs majorisiert waren. Dann wurden auf einer ‚Kampfsitzung' die Rebellen konterrevolutionärer Vergehen gegen die Massenlinie beschuldigt, kaltgestellt und oft auch ganz aus den Büros vertrieben. Auch die Korrumpierung von einzelnen, wenig klassenbewußten Rebellen durch das Versprechen, sie in Kaderpositionen aufrücken zu lassen, gehörte zu den Tricks der Büro-Bonzen.

Oder aber weitblickende Behördenchefs organisierten in ihrer Einheit selbst ‚Rebellengruppen' und inszenierten mit einigem Theateraufwand deren ‚Machtübernahme', während unter der Hand alles beim alten blieb. (So geschehen in einer ganzen Reihe von Pekinger Ministerien.)

Unter dem Deckmantel der vielerorts vollzogenen und enthusiastisch in Flugblättern, Zeitungen und Rundfunk gefeierten ‚Machtübernahme' vollzog sich also ein scharfer Klassenkampf in den verschiedensten Formen.

Die Zersplitterung der Rebellen

Eines der schwersten Handicaps der Rebellenbewegung in diesen Kämpfen war ihre Zersplitterung. Die politische Szene war für ‚Normalbürger' völlig unüberblickbar, und auch insider konnten wohl kaum erklären, was die einzelnen Gruppen trennte und worin sie übereinstimmten. Um ein Beispiel zu nennen: Allein in dem Großkomplex der Jiangnan-Werften in Shanghai gab es über 90 verschiedene, sich gegenseitig bekämpfende ‚Rebellengruppen' (9). Das allgemein nicht hohe politische Niveau begünstigte Cliquenkämpfe und eine Mentalität, der es vor allem anderen um die Stabilisierung und Ausweitung des eigenen Einflußbereichs ging. Aktionseinheit war nicht angesagt, und die ‚Vereinigten Hauptquartiere' der radikalen Linken hatten nicht allzuviel Einfluß auf die darin zusammengeschlossenen Basisgruppen. Ein Kommentator aus der Pekinger Qinghua-Universität:

„Zur Zeit macht sich ein extremer Demokratismus breit. Die einzelnen Gruppen tun so ziemlich, was sie wollen. Viele fordern nur die Demokratie, nicht den Zentralismus. Sie kümmern sich nicht um die Anordnungen der Gruppenführer und kommen und gehen, wenn sie gerade Lust dazu haben. Selbst im Einsatz gibt es kein gemeinsames Vorgehen, und alle fürchten die Fessel der Disziplin. Wenn jemand einschreiten will, um eine Versammlung zur Manöverkritik einzuberufen, heißt es überall sofort: ‚Was soll diese alte Masche! Wozu haben wir denn rebelliert?' " (10).

Im Grunde sind diese Kinderkrankheiten nicht verwunderlich, wenn man sich vor Augen hält, daß viele Organisationen innerhalb von zwei Monaten von einigen Dutzend oder hundert Aktivisten auf Tausende oder Hunderttausende von Mitgliedern angewachsen waren.

Formen der Doppelherrschaft als Ergebnis der Januarrevolution

Jedenfalls, die Folge der beschriebenen Kräftekonstellation — Zersplitterung und politische Unerfahrenheit auf der Seite des linken Massenansturms gegenüber starken, organisierten Kräften

der Rechten mit nicht unbeträchtlicher Basis in der Arbeiteraristokratie — war ein zunehmend erbittert geführter Kleinkrieg in den Städten um wichtige Verwaltungsschaltstellen, Versorgungseinrichtungen und Produktionsstätten, die mal in die Hände der einen und dann wieder in die der anderen Seite gerieten.

So waren die Rebellen nicht in der Lage, die eben laut proklamierte ‚Übernahme der Macht' auch tatsächlich zu vollziehen, was bedeutet hätte, die von ihnen eroberten Fabriken, Büros etc. tatsächlich zu kontrollieren, den Widerstand der ‚Scharlachgarden' zu brechen und deren Hintermänner politisch zu isolieren, um die Produktion und Versorgung der Bevölkerung wieder in Gang zu bringen. Die ‚Scharlachgarden' und die alte Parteibürokratie andererseits konnten — zumindest in Shanghai und einer Reihe von anderen Industrie-Metropolen — der neuen, vorwiegend proletarischen Massenbewegung nicht Herr werden, wie das noch mit der Schüler- und Studentenbewegung des Vorjahres weitgehend gelungen war. Es entstanden Formen der Doppelherrschaft, wobei keine der beiden Seiten in der Lage war, die andere niederzuwerfen.

Die Situation drängte dahin, in den Entscheidungskampf eine Kraft einzubeziehen, die sich bis dahin abwartend verhalten hatte: die Volksbefreiungsarmee (VBA).

Die Armee greift ein

In einem Brief vom 18.1.67 forderte Mao den Verteidigungsminister Lin Biao auf: *„Es ist notwendig, die Volksbefreiungsarmee einzusetzen, um die breiten Massen der Linken zu unterstützen ... Wann immer von nun an die wirkliche revolutionäre Fraktion von den Truppen verlangt, ihr zu helfen und sie zu retten, dann müssen alle dementsprechend handeln. Die sogenannte ‚Nichtintervention' ist falsch"* (11). Am 23.1. folgte ein ähnlich formulierter Erlaß des ZK, des Staatsrates, der Militärkommission des ZK und der KRG an alle Organe des Partei-, Staats- und Militärapparats (12).

W e r in dem ganzen Durcheinander sich bekämpfender Gruppen als die „wirkliche revolutionäre Fraktion" zu betrachten war, war aus keinem der Dokumente zu entnehmen. Es sollte sich in den folgenden Monaten zeigen, daß die regionalen Militärkommandanten diese (letztlich entscheidende) Frage sehr unterschiedlich, und zwar ganz entsprechend den eigenen politischen Positionen, beantworteten.

Von Teilen der Linken innerhalb und außerhalb Chinas wurde oft die VBA mit der Person Lin Biaos gleichgesetzt. Ein Rückblick auf die Geschichte der VBA zeigt jedoch, daß es in der Armee schon seit Mitte der 50er Jahre scharfe Widersprüche gegeben hatte.



Der Kampf zweier Linien in der Armee

Bei der Gründung der VR China war die VBA noch stark von den Erfahrungen des über 20-jährigen Befreiungskrieges geprägt: vom solidarischen Umgang der Soldaten untereinander, unabhängig von militärischen Rängen und von der Fähigkeit, durch die enge Verbindung mit dem Volk zu überleben und den gemeinsamen Kampf zu organisieren.

Fortgesetzte Kriegsdrohungen und -provokationen seitens Taiwans und der USA sowie Erfahrungen aus dem Korea-Krieg (1950/51) führten jedoch zu einer Umstrukturierung der Armee. Mit Hilfe der Sowjetunion und ihrer Berater wurde die „Modernisierung und Professionalisierung" der VBA, die Ausrüstung mit modernen Waffensystemen und auch eine „Weiterentwicklung des militärischen Denkens" (nach sowjetischem Modell) betrieben.

Einen traurigen Höhepunkt erreichte diese Entwicklung 1955 mit der Einführung eines Rangsystems und militärischer Ehrenzeichen. Gleichzeitig wurde die Wehrpflicht eingeführt und das egalitäre „Versorgungssystem" für alle Armeeangehörigen durch eine breitgefächerte Soldskala ersetzt. Anfang der 60er Jahre erhielten (einem Bericht Edgar Snows zufolge) ein einfacher Soldat umgerechnet 2,5o, ein Oberleutnant bereits 24, ein Oberst 62 - 64 und ein Marschall 360 - 400 US-Dollar (13).

Nach der Absetzung Peng Dehuais 1959 (infolge der Auseinandersetzungen über den Großen Sprung) war Lin Biao Verteidigungsminister geworden. Er versuchte mit einer Reihe von Kampagnen für das Primat der Politik in der Armeearbeit und mit einer Reihe von administrativen Veränderungen die eingetretene Verbürgerlichung der VBA zurückzudrängen. Der von der Militärkommission des ZK geleitete Apparat der Politkommissare gewann größeren Einfluß in den Einheiten — gegen den Widerstand der professionellen Militärs. Wie stark dieser Widerstand war, wird vielleicht daran deutlich, daß erst im Mai 1965 die Rangabzeichen in der Armee (und die Wehrpflicht) wieder abgeschafft wurden. Eine Reihe von Kampagnen zur ideologischen Schulung (14) wurde durchgeführt, ab 1964 mit Hilfe einer Zusammenstellung von Mao-Zitaten, die später als „Rotes Buch" weltberühmt wurde.

Gegen diese Neuerungen wandte sich der Generalstabschef der Armee, Luo Ruiqing, zugleich Sekretär des ZK und stellvertretender Verteidigungsmini-

ster, der die Berufsoffiziere repräsentierte. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Luo und Lin Biao (15), die um die Jahreswende 1965/66 mit der Absetzung Luos und seiner Ersetzung durch Yang Chengwu als Generalstabschef endeten.

Im 16-Punkte-Beschluß des ZK vom August 66 war die Kulturrevolution in der Armee ausdrücklich unter die Leitung des politisch-militärischen Apparats gestellt worden. Ob und wie die Auseinandersetzungen innerhalb der Armee bis Anfang 67 geführt wurde, dazu ist wenig bekannt. Am 14. Januar hieß es in einem Leitartikel der Armeezeitung, es sei von entscheidender Bedeutung, daß die KR auch in der Armee gründlich ausgetragen würde. Dabei müsse viel Widerstand gebrochen werden. *„Solchen Widerstand leistet vor allem die Handvoll Leute, die sich in die Armee eingeschlichen hat, die über Machtpositionen verfügt und die den kapitalistischen Weg geht, sowie äußerst wenige Reaktionäre, die an der bürgerlichen Linie festhalten"* (16).

Für die Art des Kampfes gegen diese bürgerlichen Offiziere wurden allerdings — nach einer kurzen Zeit der freien Kritik von Mitte Januar bis Mitte Februar — einschneidende Beschränkungen vorgeschrieben: Offene und freie Diskussionen, Wandzeitungen und breite Debatten sollte es nur auf der Ebene der Armeehauptquartiere, Militärregionen, Provinzmilitärdistrikte und -unterdistrikte geben, auf der mittleren Befehlsebene und in den Basiseinheiten aber ausdrücklich nicht. Dort sollte grundsätzlich nur mit der „Erziehung durch positive Beispiele" gearbeitet werden. Der „Austausch von revolutionärer Erfahrung" zwischen den Basiseinheiten untereinander und mit den Massenorganisationen war strikt verboten. Auch auf höherer Ebene sollte es keine eigenständigen kulturrevolutionären Kampforganisationen geben, sondern die Auseinandersetzungen sollten vom jeweiligen Parteikomitee angeführt werden. „Machtergreifungen" von unten durfte es nur in den Randbereichen (z.B. Militärakademien) geben, nicht aber in den eigentlichen militärischen Institutionen; auch dort mußten sie von oben bestätigt werden. Die Einheit und die durchgängige Befehlsstruktur der VBA sollte unter allen Umständen gewahrt bleiben (17).

Zwar wurden in den ersten Wochen des Jahres 1967 der Marschall He Long und eine Reihe seiner Anhänger, die offen gegen die Kulturrevolution Stellung bezogen hatten, entlassen. Doch sonst war in der Armeeführung alles beim alten geblieben.

Am 24.2. betonte ein Leitartikel der Armeezeitung unter dem Titel "Die Volksbefreiungsarmee — Pfeiler der Diktatur des Proletariats", daß die VBA *„in der gegenwärtigen Situation eine sehr wichtige historische Mission trägt"*. Zu deren Erfüllung, so wurde immer wieder betont, sei die *„Einheit des Denkens, des Willens und des Handelns"* unabdingbar, besonders bei der *„Unterstützung der revolutionären Massen"* und der *„konsequenten Unterdrückung von Konterrevolutionären"*. Von Kulturrevolution in der Armee gegen die bürgerlichen Armeeführer oder auch nur kritischer Diskussion über das konkrete Eingreifen in die Massenkämpfe (wer sind eigentlich am Ort die Revolutionäre, wer die Konterrevolutionäre) war in dem Artikel dagegen nicht die Rede (18).

Das Nicht-Zulassen bzw. Abwürgen der kritischen Diskussion schuf die Grundlage dafür, daß unter der Führung vor allem auf Ordnung und Sicherheit bedachter Offiziere Einheiten der Armee g e g e n die Massenbewegung eingesetzt werden konnten.

Das Eingreifen der Armee im Januar 67

Zum ersten Mal griffen Militärs in der Provinz Shaanxi in die Massenkämpfe ein. Am 14. Januar (also noch vor der entsprechenden Anweisung Maos!) setzte der dortige VBA-Kommandeur die Bildung eines „Rebellenoberkommandos" durch, das das alte Parteikomitee absetzte und dessen Macht übernahm. *„In diesem ‚Oberkommando' befinden sich nur wenige genuine Rebellen, dafür zahlreiche Vertreter von Massenorganisationen der Arbeiteraristokratie in den Taiyüaner Großbetrieben sowie Führungskader, die sich von der alkten Parteileitung um Wei Heng und Wang Chien abgesetzt und der Armee zugewandt hatten"* (19). Das „Rebellenoberkommando" sah sich heftigen Angriffen ausgesetzt, da es nur die ‚gemäßigte' Fraktion der Rebellenbewegung repräsentierte. Um seine Autorität zu unterstreichen, ließ daher Garnisonskommandeur Chen Jingyu, zweimal, am 28. und 30. Januar, Panzer durch die Straßen Taiyuans rollen. Es wurde sogar eine provisorische „Kommune" ausgerufen (am 4.2.), um den Linken den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die Auseinandersetzungen waren jedoch weiter so massiv, daß erst am 18. März das Provinzrevolutionskomitee (RK) gebildet werden konnte. (Die „Kommune" war stillschweigend wieder in der Versenkung verschwunden.)

Die 245 Mitglieder des RK setzten sich aus 118 Vertretern der Massenorganisationen, 68 Vertretern der VBA und 59 „revolutionären Kadern" zusammen. In dem „Ständigen Ausschuß" des RK, der faktisch die Macht ausübte, sah die Sache jedoch ganz anders aus: Dort saßen einem Vertreter der Rebellenbewegung zwei VBA-Vertreter und vier „revolutionäre Kader" gegenüber. Vorsitzender wurde Liu Kuoping, früher Vizegouverneur der Provinz und führender Mann auch schon des „Rebellenoberkommandos" (20).

Ebenfalls noch Mitte Januar verdrängte der Kommandeur der Militärregion Qinan, Yang Dazhi, die aus sechs radikalen Gruppen bestehende Rebellenallianz von den eroberten Machtpositionen in der Provinzhauptstadt Qingdao und ersetzte sie durch eine Dreier-Koalition unter dem Namen „Revolutionäres Rebellen Komitee" (21).

In Heilongjiang schließlich entstand Ende Januar das erste offizielle Revolutionskomitee (siehe unten). Unmittelbar nachdem die Pekinger Volkszeitung am 25.1. das Vorgehen in Shaanxi ausdrücklich begrüßt hatte, *„ergriffen Wang Jiaodao (VBA-Befehlshaber der Provinz) und der Erste Parteisekretär Pan Fusheng die organisatorische Initiative, mobilisierten die Arbeiter vornehmlich der Eisenbahndepots und der Metallindustrie und drängten die um das Harbiner Militär-Technikum herum konzentrierten Rebellen beiseite"* (22). Zu diesem Zeitpunkt hatten die Rebellen bereits in fast allen wichtigen Institutionen „die Macht ergriffen", waren aber mit dem Widerstand rechter Organisationen konfrontiert. Durch die Armee wurde nun einerseits der Widerstand der Rechten gebrochen, andererseits aber ihre breite Basis sowie eine ganze Anzahl ihrer leitenden Kader politisch in die neue Provinzverwaltung integriert, während die radikale Linke von vornherein ausgegrenzt blieb. Die Vertreter der Rebellengruppen spielten im RK eine zunehmend geringere Rolle und wurden auch auf der Ebene der einzelnen Betriebe und Institutionen zurückgedrängt. Chef des Provinz-RKs wurde Pan Fusheng, sein Stellvertreter Wang Jiaodao (23).

Immerhin hatten in den genannten Fällen die Militärs zumindest im nachhinein die Billigung der zentralen Instanzen (warum, wird weiter unten noch die Rede sein); ihr Vorgehen wurde in der Parteipresse als beispielhaft gepriesen. Anderswo stellten sich VBA-Kommandeure jedoch auch offen gegen die Politik der KRG (24).

Bei den Massenkämpfen in Guangzhou (Kanton) ließ sich der Chef der Großen Militärregion, Huang Yungshen, von rechten Verbänden als „Schlichter" anrufen und ließ die Rebellen durch seine „neutralen" Einheiten in drei Tage währenden Mann-zu-Mann-Kämpfen aus ihren Stellungen vertreiben. In dem von ihm ausgerufenen „Militärischen Verwaltungskomitee" waren „revolutionäre Kader" und Mitglieder rechter Massenorganisationen reichlich vertreten. Die Linke, die das „Militärische Verwaltungskomitee" in ihren Flugblättern heftig kritisierte, wurde mit einer Hetzkampagne („Konterrevolutionäre", „dunkle Elemente" etc.) in Presse und Radio belegt. In einer Nacht- und Nebelaktion, die in ganz China großes Aufsehen erregte, verhafteten schließlich Anfang März Sicherheitskräfte und Militärpolizei die wichtigsten Führer der Kantoner Linken und erklärten ihre Organisationen für aufgelöst (25).

Auch in anderen Regionen scheint dieser massive Einsatz staatlicher Machtmittel durch einen Militärkommandanten Nachahmer gefunden zu haben.

Ein undurchsichtiges Kapitel stellt das Verbot der sogenannten „nationalen Organisationen" dar, das am 12.2. vom ZK ausgesprochen wurde. Gemeint waren Gruppen, die sich nicht auf einen nur lokalen Organisationsrahmen beschränkten. Ihnen wurde vorgeworfen, durch eine kleine Gruppe von Söhnen und Töchtern höherer Kader aufgebaut und nach elitären Prinzipien geleitet worden zu sein, um die ‚Parteimachthaber auf dem kapitalisti-



schen Weg" in Schutz zu nehmen. Es ist heute schlechterdings unmöglich herauszufinden, inwieweit das stimmte oder inwieweit auch (oder vor allem) linke Kräfte von dem Verbot betroffen waren, die versuchten, die dringend notwendige nationale Koordinierung der zersplitterten Kämpfe zu schaffen (26).

Kulturrevolution und Armeeeinsatz auf dem Land

Auf dem Land nahm die Kulturrevolution einen anderen Verlauf als in den großen städtischen Zentren. In dem politischen Freiraum, der in den ersten Januarwochen entstanden war, gingen erhebliche Teile der Bauernschaft daran, ihre unmittelbaren materiellen Interessen gegen „den Staat" durchzusetzen.

Während der Restaurationsperiode von 1961-65 (und z.T. auch schon vor der Periode des Großen Sprungs) hatten sich zwei Widersprüche herausgebildet, die für einige Erbitterung unter den chinesischen Bauern sorgten (die immerhin 80 % des chinesischen Volkes ausmachen).

Einmal hatte die (Wieder-)Zulassung von Privatland, -handel und von freien Märkten dazu geführt, daß sich eine neue Schicht reicher Bauern herausbilden konnte, die eng mit den lokalen Partei- und Kommunestrukturen verflochten war, während gleichzeitig die Organisationen armer Bauern ihren politischen Einfluß einbüßten. Zugleich entstand wieder eine Schicht von Landarbeitern, *„zumeist junge Leute, die sich ihren Lebensunterhalt damit verdienten, daß sie den Arrivierten ihr angeschwollenes Familienland bestellen halfen oder beim regen Handelsbetrieb die Verlade- und Transportarbeit übernahmen, oder gar — durchaus illegal, aber trotzdem vorhanden — in eine Art Pächterverhältnis zur neuen ländlichen Oberschicht traten"* (27).

In der staatlichen Wirtschaftspolik hatte sich währenddessen ein Akkumulationsmodell durchgesetzt, das einseitig auf Kosten der Bauern ging. Durch die staatliche Handelsorganisation, der die Bauern den größten Teil ihres Getreideüberschusses zu relativ niedrigen Preisen verkaufen mußten, wurde das Kapital für die riesigen Industrie- und Infrastrukturinvestitionen abgeschöpft, die zum Aufbau der nationalen Volkswirtschaft notwendig waren. Da diese Gelder vor allem (mit Ausnahme der Großen-Sprung-Periode) in Großprojekte in den wenigen Industriezentren, und zwar ganz überwiegend in die Großindustrie, gesteckt wurden, brachten sie den Bauern keinerlei sichtbare Verbesserung ihres harten Lebens. Sie sahen sich durch „die Städte" ausgeplündert.

Dieser zweite Widerspruch wurde für die weitere Entwicklung bestimmend. In großen Teilen des Landes wurden „Sofortmaßnahmen" zur Hebung des bäuerlichen Lebensstandards gefordert, Getreideablieferungen verweigert und die alten Partei-, Rechnungs- und Verwaltungsbehörden vom Dorf verjagt. Das Getreide wurde dann auf lokalen freien Märkten verkauft, die überall aus dem Boden schossen.

Mancherorts ging man noch weiter: Nicht nur die Getreideüberschüsse wurden verteilt, sondern auch die kollektiven Guthaben der Kommunemitglieder, die Invbestitions- und sozialen Versorgungsfonds und die Saatgutlager. *„Vor allem im nordchinesischen Raum wurde die ‚Lehre von den drei Alles' propagiert (‚Alles aufessen! Alles aufteilen! Alles aufbrauchen!')"* (28).

Wenn R. Hoffmann das lediglich dem *„antiautoritären, antietatistischen Grundzug der Rebellenideologie"*, genährt durch *„uralte anarchistische Neigungen der chinesischen Bauernschaft"* (29) zuschreibt, ist das doch ein bißchen blauäugig. Die Wiederherstellung freier Märkte, die Ruinierung der kollektiven Wirtschaft und die teilweise Wiederaufrichtung kapitalistischer Produktionsverhältnisse mußte kurz über lang vor allem den reichen Bauern, die auch im Handel stark engagiert waren, zugute kommen. Die Verweigerung der Getreideablieferungen und die Zerschlagung der staatlichen Versorgungsorganisation mußte in kurzer Zeit zu einer schweren Versorgungskrise in den Städten führen. Kräfte, die auf eine offene Konterrevolution hofften, dürften mit vollem Einsatz an der Förderung solcher Tendenzen gearbeitet haben.

Der massive Einsatz von „Propaganda-Trupps" der VBA auf dem Land ab Februar 67 war anscheinend das einzige zur Verfügung stehende wirksame Mittel, zumindest die Frühjahrsbestellung der Felder im erforderlichen Umfang sicherzustellen. Andernfalls wäre eine miserable Ernte und eine katastrophale Hungersnot zu befürchten gewesen. Die offiziell ausgegebene Parole hieß nun: „Weniger feiern, weniger Revolution machen,

mehr produzieren" (30). *„Überall wo die VBA in die Dörfer einzieht, werden sogenannte ‚Produktionskomitees' gebildet, denen die alten Kader, vornehmlich die alten Finanzkader, angehören, und die, von den militärischen Einheiten sorgfältig überwacht, nahezu diktatorische Vollmachten erhalten"* (31). Revolution sollte nun nur noch per ideologischer Schulung und Steigerung der Produktion stattfinden.

Die wirklichen Widersprüche, die zu dem Aufstand der Bauern geführt hatten, wurden von den staatlichen Stellen und der KRG nicht angegangen. Das Problem der ungleichen Entwicklung von Stadt und Land, das eine enorme Sprengkraft für das Bündnis von Arbeitern und Bauern, und damit für die Grundlage jeder sozialistischen Entwicklung in China in sich barg, wurde in den vielen Veröffentlichungen dieser Zeit zur Kulturrevolution auf dem Land nicht einmal benannt (32).

Kurs auf Konsolidierung

Die leitenden Organe von Staat und Partei, die zu dieser Zeit eine Rolle in der Öffentlichkeit spielten — das ZK der KPCh, die Militärkommission des ZK, der Staatsrat und besonders die zentrale Gruppe für Kulturrevolution, die die wichtigsten Medien kontrollierte — hatten den Rebellensturm in den ersten Januarwochen selbst mit angefacht oder doch zumindest offiziell begrüßt. Im Februar wurde hier ein Kurswechsel deutlich — in Richtung einer Konsolidierung der „chaotischen" Verhältnisse im Land und in Richtung „geordneter Bahnen" für die Massenbewegung.

Der Januarsturm wurde durch die „Februar-Gegenströmung" und den „Schwarzen Märzwind" abgelöst, wie es die Rebellen ausdrückten.

„An der Revolution festhalten und die Produktion fördern!", hieß der Slogan, der Ende Jauar wieder groß in Mode kam. Die Betonung lag auf dem zweiten Halbsatz, und der bezeichnete auch das unmittelbare Ziel der Konsolidierungspolitik. Durch die Kämpfe in den Betrieben ebenso wie durch die Bauernaufstände war die Produktionstätigkeit in weiten Bereichen drastisch abgesunken oder ganz zusammengebrochen. Die zentralen Stellen setzten ihre ganze Autorität ein, diese Entwicklung zu stoppen und umzukehren. „Wirtschaftlichkeit bei der Revolution und Schutz des Staatseigentums" (33) rückten in den Mittelpunkt der „revolutionären Politik".

Die „Dreierverbindung"

In den Januartagen war die Parole aufgestellt worden „Alle Macht den revolutionären Rebellen!". *„Nur wenn alle Macht auf die revolutionären Rebellen übergegangen ist, wird es möglich sein, das geregelte Voranschreiten der umfassenden Demokratie unter der Diktatur des Proletariats zu sichern"* (34).

Nun hieß die Parole „Schließt ein großes Bündnis!". Institutionalisiert wurde dieses Bündnis in Form der „Dreierverbindung", die alle relevanten gesellschaftlichen Kräfte umfassen sollte: Die revolutionären Massenorganisationen der Rebellen, die örtlichen VBA-Garnisonen und die „revolutionären Kader", die aus den etablierten Führungsorganen hervorgegangen waren. Auf keines dieser drei Bestandteile könne verzichtet werden und keines dürfe in irgendeiner Weise vernachlässigt werden. Die Revolutionskomitees, die ausdrücklich als „provisorische Machtorgane", d.h. nicht als endgültige neue Form der Machtausübung bezeichnet wurden, wurden nach dieser Formel der Dreierverbindung aufgebaut. Nachdem das erste RK Ende Januar in Heilongjiang ausgerufen worden war, folgten bis April (danach trat eine Stockung bis zum August 67 ein) rasch aufeinander die Bildung von RKs in den Provinzen und Städten Shandong, Shanghai, Guizhou, Shaanxi und Peking. Für ihre Zusammensetzung ist die oben angeführte Mitgliederverteilung des Shaanxi-RK typisch: ca. 50 % Vertreter der Massenorganisationen und je ca. 25 % „revolutionäre Kader" und Armeevertreter — wobei die letzteren auf Führungsebene stets ein klares Übergewicht hatten.

Nach dem Vorbild der RKs sollten Organe der Dreierverbindung die Macht in allen gesellschaftlichen Bereichen übernehmen, und zwar auch wieder unter maßgeblicher Mitarbeit der VBA: *„In den Institutionen, wo die Machtentreißung notwendig ist, ist, von den oberen bis zu den unteren Ebenen, die Mitwirkung der Vertreter der Armee oder Volksmiliz bei der Bildung der ‚Dreierverbindung' unbedingt erforderlich. Sowohl in Fabriken und Dörfern, im Finanz- und Handelswesen als auch auf dem Gebiete der Kultur und im Bildungswesen (Hoch-, Ober- und Grundschulen), in Parteiorganisationen, Regierungsinstitutionen und Massenorganisationen muß so verfahren werden. Die Entsendung von Armeevertretern in alle Stellen auf Kreisebene oder höher und die Delegierung von Vertretern der Volksmiliz in alle Volkskommunen und alle ihnen unterstellten Abteilungen sind eine ausgezeichnete Maßnahme. Reichen die Armeevertreter nicht aus, können ihre Posten zeitweilig unbesetzt bleiben und später besetzt werden"* (35).

Die VBA wurde so damit betraut, den angepeilten gesellschaftlichen Kompromiß auf allen Ebenen und in allen Bereichen praktisch durchzusetzen. Sie allein hatte die Machtmittel in der (Hinter-)Hand, auf eine Eindämmung der allgegenwärtigen Kämpfe und des „Chaos" in den Einheiten zu drängen und sowohl den Großteil der Rebellen als auch die überwiegende Mehrheit der alten Kader in das „Große Bündnis" zu überführen (36).

Entsprechend fiel die politische Rückendeckung für die VBA aus: *„Die Haltung, die man gegenüber der Volksbefreiungsarmee einnimmt, ist gleichbedeutend mit der Haltung gegenüber der Diktatur des Proletariats und ist auch ein wichtiger Prüfstein dafür, ob man zum wirklichen revolutionären Flügel gehört oder nicht"*, schrieb die „Rote Fahne" von Maos Vertrautem Chen Boda (37).

Diese Heiligsprechung der VBA stand in krassem Gegensatz zu den vorhandenen Widersprüchen in der VBA und zu ihrem keineswegs durch und durch proletarischen Charakter.

Zwar, so hieß es, könnten einzelne Genossen der VBA Fehler begehen. Die Rebellen müßten dann *„in angebrachter Form den verantwortlichen Genossen der Armee die Lage auseinandersetzen und ihre Vorschläge unterbreiten. Jedoch dürfen sie keinesfalls diesen Genossen entgegentreten und erst recht nicht den Hauptstoß des Angriffes gegen die Volksbefreiungsarmee richten"* (38).

Zusammen mit den entsprechenden armee-internen Anordnungen wurde so jedem entschiedenen Widerstand gegen die bürgerlichen Tendenzen in der Armee und die Befehle rechter VBA-Kommandeure die Berechtigung abgesprochen. Eine entscheidende Stütze der Macht der neuen Bourgeoisie Chinas, die „bürgerlichen Machthaber in der Armee", wurde nicht nur unangetastet gelassen, sondern auch noch mit der Kontrolle der Rebellenbewegung betraut.

Die Anstrengungen zur Eindämmung des ungezügelten Rebellensturms finden sich auch in den Anordnungen wieder, die die Machtübernahme in zentralen Institutionen durch Rebellen von außen verboten. In den verschiedenen Organen und Abteilungen des ZK, dem Ministerium für öffentliche Sicherheit, dem Außenministerium, verschiedenen mit Rüstungsindustrie beauftragten Institutionen, dem Finanzministerium sowie den zentralen Massenmedien („Volkszeitung", „Rote Fahne", VBA—Zeitung und allen Rundfunkstationen) — also den zusammen mit der VBA wichtigsten Schaltstellen der Macht! — hatten nicht aus diesen Einheiten stammende Rebellen nichts zu suchen (39).

Die meisten dieser Institutionen wurden unter militärischen Schutz gestellt, ebenso die Parteiarchive und Geheimdokumente.

„Proletarische Disziplin" hieß das neue, vielzitierte Schlagwort; der alte Slogan „Rebellion ist gerechtfertigt!" war dagegen nur noch selten zu hören.

Die Kaderfrage

Bei der Bildung der RKs tauchte ein Problem auf, das in der Auseinandersetzung in den ganzen folgenden Monaten eine zentrale Rolle spielte: In der Januarrevolution war eine große Zahl von führenden Kadern von ihren Posten abgesetzt worden (40). Jetzt wurde in der Parteipresse immer wieder betont, die „revolutionären Kader" müßten „die Rolle eines Kerns und des Rückgrats" der neuen Machtorgane übernehmen (29). Entsprechend wurden die Rebellen in der Parteipresse aufgefordert: *„Die leitenden Kader, die an der proletarischen revolutionären Linie festhalten, sind wertvoller Besitz der Partei. Sie können zur Kerntruppe im Kampf um die Macht werden und in diesem Kampf auch die Führung*

übernehmen ... Wenn die revolutionären leitenden Kader sich erheben, ... so müssen die revolutionären Massenorganisationen sie unterstützen. Man muß berücksichtigen, daß diese Kader verhältnismäßig reiche Kampferfahrung haben, politisch reifer sind und recht gutes Organisationstalent besitzen. Ihre Zugehörigkeit zum Führungskern ist besonders günstig zur Machtergreifung und Machtausübung" (30).

In der Praxis wurde zur entscheidenden Frage (und deshalb habe ich oben den Ausdruck „revolutionäre Kader" stets in Anführungszeichen gesetzt), welche der Kader, die sich der Massenbewegung als neue Führer andienten, denn nun (anhand welcher Kriterien) als revolutionär angesehen werden konnten.

In der Presse wurde dazu immer wieder ein Mao-Wort zitiert: die weit überwiegende Mehrheit der Kader sei „gut oder verhältnismäßig gut". (Speziell von den Leitungskadern hatte Mao allerdings nicht gesprochen). Diesen Kadern müsse man vertrauen, wenn sie Selbstkritik übten und gegen die „Handvoll bürgerlicher Machthaber in der Partei" Stellung bezögen, auch wenn sie früher Fehler begangen hätten. Die Kader mußten lediglich vor einer Massenversammlung „das Tor durchschreiten", d.h. eine Selbstkritik ablegen; danach sollten sie von den Rebellen mit offenen Armen aufgenommen werden.

Wie billig ein solcher revolutionärer Persilschein oft zu haben war, wird am Fall des Gouverneurs von Guizhou, Li Li, deutlich, der vor seiner Aufnahme ins RK folgende „selbstkitische" Erklärung abgab: *„Im Anfang der Kulturrevolution habe ich die Dinge nicht richtig gesehen und dabei schwere Fehler gemacht. Selbstverständlich werde ich diese Fehler den proletarischen Revolutionären offenlegen und gründlich mit der alten bürgerlich-konterrevolutionären Linie brechen. Ich werde mich nun völlig auf die Seite der proletarisch-revolutionären Politik des Vorsitzenden Mao stellen, mit der proletarischen Revolution zusammenarbeiten, zusammen kämpfen, zusammen siegen"* (41). Damit hatte sich die Sache, und Li Li konnte seinen Platz als 2. Vorsitzender des RK einnehmen.

Besonders krass fiel die Rehabilitierungspolitik auf dem Land aus. Die Pekinger Zeitung verkündete als Leitsätze: „In den Dörfern geht jetzt alles darum, die in der Kulturrevolution entfesselten himmelhohen Energien für die Vorbereitung zur Frühjahrsbestellung einzusetzen und so die große geistige Macht der Maotsetungideen in eine gewaltige Produktionskraft zu verwandeln. ...Die ländlichen Führungskader auf allen Ebenen sollen sich Mühe geben und die Frühjahrsarbeit gut verrichten. ...Sie sollen aktiv unter die Massen gehen, mit ihnen zusammen arbeiten, die Arbeit energisch beaufsichtigen und so neue Verdienste erwerben. Selbst schwer verschuldete Kader können sich auf diese Weise Verzeihung erarbeiten" (42).

Aus dem Fangshan-Kreis im Pekinger Hinterland wird zum Beispiel berichtet, nach Ankunft des Armeekommandos seien alle Produktionsgruppenleiter und alle Brigadenführer sowie die Buchhalter und die speziellen Rechnungsführer für die Berechnung der Arbeitspunkte sämtlichst rehabilitiert worden (43). Alles blieb also beim Alten.

Anmerkungen

1) Siehe dazu AK 204, S. 43
2) Noch am 28.11.66 rückte in Peking die VBA aus, um eine Konferenz von linken Rotgardistenverbänden und Jungarbeitergruppen zu unterbinden (nach Rainer Hoffmann: Maos Rebellen. Sozialgeschichte der chinesischen Kulturrevolution, Hamburg 1977, S. 148)
3) Vgl.dazu AK 202, S. 41 f.
4) In dieser Zeit nach dem Januar 67 entstanden die ersten Analysen der Rebellen über die grundlegenden politischen und sozialen Konflikte der letzten 17 Jahre. Vgl. AK 202
5) Proletarische Allianz Hunan: Wohin geht China?, nach „Rote Fahne" der Kantoner Druckarbeiter, Nr. 5, März 1968; engl. Übersetzung in Survey of the China Mainland Press (SCMP), No. 4190 (4.6.68), S. 1 — 18; deutsch leicht gekürzt bei Klaus Mehnert: Peking und die neue Linke. Analyse und Dokumente, Stuttgart 1969, S. 80 — 96.
   Das Dokument liefert eine sehr umfassende Einschätzung der einzelnen Phasen der Kulturrevolution aus der Sicht der sogenannten Ultralinken. Die Proletarische Allianz Hunan kritisiert darin die Errichtung der Revolutionskomitees und greift namentlich Zhou Enlai und Hua Guofeng (damals noch Provinzmilitärbefehlshaber in Hunan) als Exponenten der bürgerlichen Restauration an. In seinem theoretischen Niveau liegt das Papier um Klassen über allem, was an offiziellen Parteidokumenten oder Analysen der späteren „Viererbande" (in der „Roten Fahne") veröffentlicht wurde.
6) Zum „Ökonomismus" und der rechten Arbeiterorganisationen vgl. Hoffmann: Rebellen, S. 77 — 85, und Jürgen Domes: Die Ära Mao Tse-tung. Innenpolitik in der Volksrepublik China, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1971, S. 160
7) Hoffmann: Rebellen, S. 87
8) Ebd.
9) Wenhuibao, 23.3.67; zit. nach Hoffmann: Rebellen, S. 90
10) Jinggangshan (Qinghua-Universität), 7.1.67; zit. nach Hoffmann: Rebellen, S. 89
11) Dongfanghong, Peking, 28.1.67, zit. nach Domes: Ära, S. 162
12) Siehe z.B. Current Background, No. 852, S. 49
13) Edgar Snow: The Other Side of the River, New York 1962, S. 28
14) Die meisten Kampagnen zielten allerdings weniger auf das politisch-ideologische Niveau und die Fähigkeit zur Kritik auch gegenüber den eigenen Offizieren, sondern vielmehr — anhand der Beispiele einzelner „Helden" (wie des 1963 ums Leben gekommenen „braven Soldaten" Lei Feng) — auf Pflichterfüllung, Opferbereitschaft und Heldenmut bei den einzelnen Soldaten.
15) Zwischen Luo Ruiqing und Lin Biao gab es auch weitreichende strategische Differenzen: Vgl. Luo Ruiqing: Gedenkt des Sieges über den deutschen Imperialismus! Führt den Kampf gegen den US-Imperialismus zu Ende! Peking 1965, und Lin Biao: Über den Sieg im Volkskrieg, Peking 1965. Während Luo gemeinsame Aktionen Chinas und der Sowjetunion zur Unterstützung Vietnams befürwortete, lehnte Lin Biao solche (von der SU vorgeschlagenen) Aktionen ab und propagierte den lang andauernden Volkskrieg. Vgl. auch: Die Volksrepublik China. Eine kommentierte Chronik, Berlin (DDR) S. 153 — 158
16) Jiefangzhun Bao und Xinhua, 14.1.67; nach SCMP No. 3862, S.2.
   Survey of the China Mainland Press (SCMP) und Current Background (CB) (beide herausgegeben vom US-Generalkonsulat in Hongkong) sowie Union Research Service (URS) (herausgegeben vom Union Research Institute, Hongkong), sind Übersetzungsdienste, die fast täglich (SCMP) bzw. zweiwöchentlich nach thematischen Schwerpunkten (CB, URS) Übersetzungen von Artikeln aus chinesischen Zeitungen und der Presseagentur Xinhua, Flugblättern etc. zusammenstellen (vergleichbar mit dem Monitor-Dienst der Deutschen Welle bzw. dem Summary of World Broadcast des BBC, die Übersetzungen von Rundfunksendungen verbreiten).
17) Anweisungen der Militärkommission des ZK vom 11., 16. und 21.2.67, nach CCP Documents of the Great Proletarian Cultural Revolution, Hg. v. Union Research Institute, Hongkong 1968, S. 267 — 269, S. 289 — 291 und 337 f.
   Mit diesen Anweisungen wurde der Befehl der Militärkommision vom 28.1. teilweise wieder aufgehoben, der Wandzeitungen und breite Debatten als Mittel des Kampfes ausdrücklich empfohlen hatte. Diesen letzteren Befehl hatte Mao als „sehr gut" bezeichnet.
18) Jiefangzhun Bao und Remin Ribao, 24.2.67; zit. nach SCMP, No. 3895, S. 1 — 3
19) Hoffmann: Rebellen, S. 92
20) Informationen zu Shaanxi nach Hoffmann: Rebellen, S. 92 f., Jürgen Domes: The Role of the Military in th Foundation of the Revolutionary Commitees 1967-68, in The China Quarterly, No. 44, S. 113 und 118, Philip Bridgham: Maos Cultural Revolution 1967: The Struggle to Seize Power, in The China Quarterly, No. 34, S. 12. Dokumente des „Rebellenoberkommandos" sind wiedergegeben in Joachim Schickel (Hg.): Mao Tse-tung — Der große strategische Plan. Dokumente zur Kulturrevolution, Hamburg 1969, S. 243 — 253 (Nachrucke aus Pekinger Rundschau)
21) Hoffmann: Rebellen, S. 93
22) Hoffmann: Rebellen, S. 94
23) Pan war 1958 als Provinzparteichef von Henan geschaßt worden, angeblich weil er gegen die Bildung von Volkskommunen eintrat. Seit Mai 66 war er Provinzparteichef in Heilongjiang (anstelle eines abgesetzten Peng Zhen-Anhängers), hatte eine Reihe von Repressionsmaßnahmen gegen die Roten Garden zu verantworten und war erst im Herbst 66, als sich der Zusammenbruch der alten Strukturen schon abzeichnete, auf die Seite der Rotgardisten „übergetreten". Die Ausrufung der Kommune von Harbin (der Hauptstadt Heilongjiangs) blieb ebenso wie in Shaanxi rein formal; am 27.2. wurde sie durch ein städtisches RK ersetzt, von dessen 25 Mitgliedern 21 der alten Partei- und Verwaltungselite angehörten. Informationen über die Vorgänge in Heilongjiang nach Margie Sargent: The Cultural Revolution in Heilungkiang, in The Cultural Revolution in the Provinces, Cambridge/Mass. 1971, S. 19 — 40; Domes: Role of the Military, S. 116, und Hoffmann: Rebellen, S. 94 und 201
24) Domes: Ära, S. 165, nennt 10 Provinzen, in denen die Militärkommandanten die Durchführung der Direktive Maos verweigerten: Jilin, Liaoning, Henan, Shaanxi, Qinghai, Hubei, Hunan, Guangdong, Sichuan und Gansu.
25) Vgl. Hoffmann:Rebellen, S. 118 — 125
26) Alle diese Organisationen, so hieß es, hätten „Diebstahl, Raub, Entführung, Schwindel, Ausschweifung, Totschlag und jedes andere Verbrechen" begangen, um den Kapitalismus zu restaurieren. Konkret hörte sich das dann allerdings so an: Dem Allgemeinen Nationalen Rebellen-Corps der Roten Arbeiter (einer Organisation der Zeit- und Vertragsarbeiter) wurde vorgeworfen, es hätte in Peking Ministerien gestürmt, Mitglieder der chinesischen Gesandschaften eingekreist und angegriffen und überall die Macht ergriffen. Weiter hätte es „ökonomistische" Forderungen nach besseren Löhnen gestellt. (Sportkampffront, Pekinger Sporthochschule, zit. nach SCMP No. 3913). Die Beschreibung der Aktionsformen und Forderungen paßt genauso auf eine radikal linke Gruppe.

Ein anderes Beispiel: Das Pekinger Vereinigte Aktionskomitee der hauptstädtischen Roten Garden (VAK) wird allgemein als übelstes konterrevolutionäres Komplott gehandelt, als Intime Freunde von Liu und Deng etc. R. Hoffmann (Rebellen, S. 144 — 152); dagegen zählt das VAK zu den ultralinken, basisdemokratisch-anarchistisch orientierten Gruppen, die die KRG von links kritisiert hätten, und verweist auf die Rolle der Führer des VAK als Rotgardisten der ersten Stunde, die schon im Sommer 66 heftigen Widerstand gegen die liuistischen Arbeitsgruppen geleistet hätten.

27) Hoffmann: Rebellen, S. 64
28) Hoffmann: Rebellen, S. 71
29) Ebd
30) Pekinger Zeitung, 8.2.67; zit. nach Hoffmann: Rebellen, S. 71
31) Hoffmann: Rebellen, S. 102
32) In den Jahren nach der Kulturrevolution wurde allerdings eine gewisse Dezentralisierung der Industrieansiedlung vorgenommen und damit auch das flache Land ein Stück weit in den wirtschaftlichen Aufbau mit einbezogen.
33) Leitartikel der Renmin Ribao, 26.1.67; zit. nach Schickel, S. 256
34) Lin Weiyen (Ostrotkommune, Geologische Hochschule Peking): Alle Macht den Revolutionären Rebellen, in Guangming Ribao, 24.1.67, zit. nach SCMP No. 3874. Einige Wochen später wurde die Ostrot-Kommune, die zum „Vereinigten Aktionskomitee" gehörte, von der Guangming Ribao wüst beschimpft.
35) Über die revolutionäre Dreierverbindung, Hongqi 5/67, zit. nach Schickel, S. 301
36) Allerdings wurde dabei, von einigen Ausnahmen abgesehen, mit Mitteln der „Überzeugung" bzw. des sanften politischen Drucks gearbeitet. Die VBA-Propagandateams in den Fabriken und auf dem Land waren in der Regel unbewaffnet; größere bewaffnete Auseinandersetzungen scheint es erst ab der zweiten Jahreshälfte gegeben zu haben.
37) s. Anm. 35
38) Ebd
39) ZK-Zirkular vom 21.2.67, nach CCP Documents, S. 337 f.
40) Die Proletarische Allianz Hunan spricht davon, daß 90 % der führenden Kader (darunter versteht man im allgemeinen die Kader ab der Ebene der Kreisverwaltungen und -parteikomitees, zahlenmäßig sind das 700.000 - 1.000.000 Menschen oder 0,1 %der Bevölkerung) in der Januarrevolution gestürzt worden seien. (Tatsächlich waren es — aufs ganze Land bezogen — wahrscheinlich erheblich weniger). Es habe sich gezeigt, daß diese Kader eine „privilegierte Klasse" bildeten und daß „die Beziehungen zwischen ihr und dem Volk insgesamt aus einer Beziehung zwischen Führern und Geführten zu einer solchen zwischen Herrschern und Beherrschten, Ausbeutern und Ausgebeuteten geworden waren, also aus einer Beziehung zwisschen gleichwertigen Revolutionären zu einer solchen zwischen Unterdrückern und Unterdrückten. Die Sonderprivilegien und hohen Gehälter dieser Klasse der 'roten' Kapitalisten gründeten sich auf die Unterdrückung und Ausbeutung der arbeitenden Volksmassen. Also mußte diese Klasse zur Verwirklichung der 'Volkskommune China' gestürzt werden" (zit. nach Mehnert, S. 83. Vgl. auch zu den Klassenwidersprüchen in China AK 202, S. 41 - 43).
41) Beijing Ribao, 24.2.67, zit. nach Hoffmann: Rebellen, S. 107
42) Beijing Ribao, 11.2.67, zit. nach Hoffmann: Rebellen, S. 102
43) nach: Die Bauernbewegung (hg. v. Redaktionskomitee der „Vierfachen Säuberung" — Rebellengruppe, Peking), 28.2.67, zit. nach Hoffmann: Rebellen, S. 104

Dem Anschein nach stand hinter dem Rebellensturm ebenso wie hinter der darauf folgenden Konsolidierungspolitik geschlossen die gesamte Führungsspitze der KPCh. Wichtige Dokumente wurden im Namen der vier höchsten Gremien abgegeben: ZK, Staatsrat, Militärkommission des ZK und KRG (Gruppe für Kulturrevolution beim ZK). Tatsächlich aber kann man (grob) von drei Fraktionen in der KPCh-Führung sprechen:

— Die harte Rechte um Liu Shaoqi und Deng Xiaoping hatte ihren Einfluß in Politbüro und ZK schon im Herbst 66 eingebüßt. (Namentlich kritisiert wurden Liu und Deng in der Parteipresse erst abApril 67). Ihre Anhänger in den Provinz- und Regionalparteikomitees waren bevorzugte Angriffsziele des Rebellensturms im Januar gewesen.

— Die Pekinger Ministerial- und Planungsbürokratie (1) mit dem Staatsratsvorsitzenden Zhou Enlai an der Spitze, der auch über gute Kontakte zu den Kommandeuren der wichtigsten Großen Militärregionen (Huang Yongshen in Guangzhou, Xu Shiyu in Nanking und Chen Xilian in Shenyang) verfügte. Auch Xie Fuzhi, Chef des chinesischen Sicherheitsapparats und faktischer Oberbefehlshaber der Pekinger Militärregion, muß dieser Fraktion zugerechnet werden.

— Die Parteilinke um Chen Boda und Jiang Qing, die nach dem Auschluß Tao Zhus (2) in der KRG klar dominierte und den Propagandaapparat beherrschte. Sie hatte mit Lin Biao einen wichtigen Verbündeten und somit Einfluß im politischen Apparat der VBA, der von der Militärkommission des ZK geleitet wurde.

Mao Zedong spielte die Rolle der alles überragenden Integrationsfigur. Er war d e r Bezugspunkt für die Roten Garden und die Rebellenbewegung, aber auch die (Liu-treuen) Scharlachgarden und selbstverständlich die Kräfte um Zhou brachten ihre Verehrung für den großen Vorsitzenden bei jeder sich nur bietenden Gelegenheit zum Ausdruck. Bei dem rasanten Autoritätsverfall der staatlichen und Partei-Strukturen war er ein Symbol (bzw. wurde dazu auch gezielt aufgebaut) nicht nur für den revolutionären Prozeß, sondern fast noch mehr für die staatliche Einheit und Souveränität Chinas: eine übergreifende Klammer für die vielfältigen, sich gegenseitig bekämpfenden Fraktionen und neuen und alten Machtzentren im ganzen Land. Maos öffentliche Äußerungen waren stets hinreichend grundsätzlicher Natur und für die konkrete Situation mehrdeutig auslegbar, so daß sie diese Konstruktion nicht gefährdeten (3).

Die Parteilinke und die Fraktion um Zhou hielten während der ganzen Zeit der Kulturrevolution eine Art Nichtangriffspakt ein. Es gab zwar immer Machtkämpfe hinter den Kulissen (und das nicht zu knapp); nach außen hin aber wurde die Einheit der Partei gewahrt — sowohl gegenüber der harten Rechten als auch gegenüber der Massenbewegung. (Auf Kundgebungen beispielsweise sprachen oft Zhou mit Chen Boda oder Jiang Qing gemeinsam zu den Roten Garden.)

Beide Fraktionen sahen offenbar Chancen, ihre Konzeption innerhalb der KPCh durchzusetzen, und scheuten vor dem Risiko einer offenen Spaltung der Partei und eines möglichen Bürgerkrieges zurück. So wackelig die Grundlage dieses seltsamen Bündnisses war, sie hielt doch bis 1976, als nach dem Tode Maos die Rechte (wieder vereint) endgültig die Verhältnisse in ihrem Sinne geklärt wissen wollte.

Die Fraktion um Zhou Enlai

In der Zeit des Rebellensturms hatte der linke Flügel um die KRG praktisch allein das öffentliche Bild der Parteipolitik geprägt. Gegen Ende Januar verschob sich das Kräfteverhältnis; das Steckenbleiben der Rebellenoffensive und das Chaos vor allem im wirtschaftlichen Bereich brachten frischen Wind für die ,,pragmatischen'' Rechten um Zhou. In den Januartagen hatten diese einen Tiefpunkt ihrer Macht erleben müssen; Finanzminister Li Xiannian, Außenminister Chen Yi, Erdölminister



Karikatur gegen Liu Shaoqi, 1967

Yu Qiuli, Landwirtschaftsminister Tan Zhenlin und andere waren massiven Angriffen der Rebellen ausgesetzt, ihre Ministerien wurden belagert, besetzt und durchsucht. Jetzt wurden sie wieder tonangeben in der Pekinger Politik.

Zhou Enlai war es gewesen, der schon ab Mitte Januar immer wieder von den Rebellen gefordert hatte, die Steigerung der Produktion in den Mittelpunkt ihrer Politik zu stellen. *„Der Premier bildet mit Li Xiannian,* (Planungschef) *Li Fuchun, Gu Mu* (Infrastrukturexperte) *und Yu Qiuli eine schwarze Front, in der es darum geht, die Schwierigkeiten in der Produktion hochzuspielen, um so die Revolution zurückzudrängen." (4)*

So wie diese Kräfte die Parole von der »Förderung der Produktion« angewandt wissen wollten, bedeutete sie die Beibehaltung und Stärkung der alten, in der Januarrevolution angegriffenen Produktionsverhältnisse.

Der Meinung der „Experten", der (in kapitalistischen Managementmethoden) erfahrenen Betriebs- und Wirtschaftsleiter und der Verwaltungsbürokraten sollte in der grundsätzlichen Gestaltung und tagtäglichen Leitung des Wirtschaftslebens wieder entscheidendes Gewicht verschafft werden. Entsprechend wurde auch großer Nachdruck auf einen schonenden Umgang mit den Kadern durch möglichst breite Rehabilitierungen gelegt.

Zhou stand für den „Reformflügel" der herrschenden chinesischen Staatsbourgeoisie. Solange die Strukturen der Pekinger Ministerialbürokratie und der großen Industriekomplexe arbeitsfähig blieben und ihre Verbündeten im Offizierscorps der VBA nicht angetastet wurden, war diese Fraktion durchaus bereit, unter recht weitgehenden Zugeständnissen mit der KRG eine nach außen hin gemeinsame Politik zu vertreten. Auf Betriebs- und Abteilungsebene bedeutete diese Kompromißbereitschaft, daß den Arbeitern eine reale Mitbestimmung eingeräumt wurde, vor allem, wo es um die Förderung der Produktivkräfte ging. Auf der politischen Ebene versuchte die Zhou-Fraktion, den größten Teil der Rotgardisten und Rebellenverbände in die neuen Machtstrukturen zu integrieren (5) und nicht, wie es Deng und Liu vorgezogen hätten, sie mit massiver Gewaltanwendung zu unterdrücken.

Die Politik der Parteilinken

Während das Taktieren der Kräfte um Zhou Enlai noch einigermaßen durchschaubar ist, wirft das Verhalten der Parteilinken Fragen auf, die wohl erst nach einer neuen revolutionären Entwicklung in China und einer Öffnung und Auswertung der geheimen Parteiarchive endgültig zu beantworten sein werden. War das Zurückweichen eine nur nach außen vorgetragene, zeitweilige taktische Entscheidung? Oder stand dahinter die Position, den Parteiapparat doch wesentlich von innen heraus reformieren zu können (mit der Massenbewegung als unverzichtbarer Unterstützung, die sich jedoch dem Kalkül des innerparteilichen Kräftemessens anzupassen hätte)? Oder führte die



Wandzeitung gegen Deng Xiaoping, 1967

Parteilinke ihre revolutionären Parolen etwa bloß im Munde, um sie *„als Zugpferd vor ihre ausgedehnten zentralen und lokalen Machtinteressen zu spannen"*, wie es R. Hoffmann unterstellt (6) und wie es die Parteigeschichtsschreibung seit der Ausschaltung der „Viererbande" 1976 nicht müde wird zu behaupten?

Welche Einschätzung der Lage die KRG selber hatte, und welche Einschätzungen sie nur aus taktischer Zurückhaltung oder Rücksichtnahme auf ihr Bündnis mit den Kräften um Zhou Enlai vertrat, läßt sich beim heutigen Informationstand nicht feststellen. Was man tun kann, ist: den Spielraum abzugrenzen, innerhalb dessen sie überhaupt Politik machen konnte, und einige Konsequenzen dieser Politik zu konstatieren.

Ausgangspunkt jedes Versuchs einer Analyse muß die Situation der Klassenkämpfe Ende Januar 1967 sein. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich gezeigt, daß die Rebellen über den Sturz einer Reihe von alten Parteibonzen hinaus nicht in der Lage waren, die Macht zu ergreifen und die Organisation des gesellschaftlichen Lebens selbst in die Hände zu nehmen.

Zwei Gründe, die eng miteinander verbunden waren, waren dafür entscheidend:

— Die Rebellengruppen setzten sich in erster Linie aus gesellschaftlichen „Randgruppen" zusammen (Zeit- und Kontraktarbeiter, Lehrlinge, Jungarbeiter, früher aufs Land verschickte Jugendliche und Gruppen radikalisierter Studenten und Schüler. Ein großer Teil der Arbeiterklasse (insbesondere die gutbezahlten Facharbeiter) sowie die Techniker, Meister etc. standen der Januarrevolution skeptisch bis militant feindlich (Scharlachgarden) gegenüber. In den ökonomischen und politischen Verwaltungsapparaten war es nur gelegentlich gelungen, einen Teil der unteren Verwaltungsangestellten zu gewinnen. Die Bauernbewegung war auf einem politisch-ideologischen und organisatorischen Stand, der — von Ausnahmen im Umkreis der Metropolen abgesehen — ein koordiniertes und politisch gezieltes gemeinsames Vorgehen auf absehbare Zeit ausschloß. Mit einem Wort, die gesellschaftliche Basis

für eine wirkliche Umwälzung war viel zu schmal.
— Das Fehlen von klar definierten politischen Zielen und die organisatorische Zersplitterung der Rebellen verhinderte die unbedingt notwendige Verbreiterung und Verstärkung der Stoßkraft der Bewegung. Die diversen Cliquenkämpfe dürften auf bis dahin Unentschlossene auch nicht gerade überzeugend gewirkt haben.

Der mit großem Enthusiasmus begonnene Rebellensturm war aufgelaufen; er drohte in völlig perspektivlosen Kleinkriegen auf der Ebene einzelner Betriebe, Verwaltungen und Stadtbezirke, in der allgemeinen Zerrüttung des Wirtschaftslebens und im sukzessiven Verfall jeglicher politischer und staatlichen Autorität zu enden. Die archaische Gewalt der Bauernrebellionen, deren letztliche politische Stoßrichtung noch völlig offen war, und der drohende Zusammenbruch der Lebensmittelversorgung mußten auch der Parteilinken schwerste Sorgen bereiten.

Bei der weiteren Paralysierung der Produktion und der Ausbreitung chaotischer Verhältnisse mußte mit Putschversuchen rechter Kräfte des Partei- und Staatsapparats mit massiver Unterstützung von regionalen Militärkommandanten gerechnet werden. Die Folge wäre nicht nur eine blutige Niederschlagung der Rebellenbewegung in den jeweiligen Zentren gewesen. Eine Spaltung der VBA und damit offener Bürgerkrieg im ganzen Land, die Entwicklung konterrevolutionärer Bestrebungen auf dem Land, die Lossagung einzelner Provinzen oder Militärbezirke von Peking und das Wiederaufleben „unabhängiger Reiche", das heißt der Zerfall der staatlichen Souveränität Chinas, waren nicht auszuschließen. In einer Zeit, wo der Vietnamkrieg eskalierte, Taiwan und die USA immer aggressivere Töne gegenüber der VR China anschlugen und auch die Spannungen mit der Sowjetunion sich verschärften, mußten solche Überlegungen für die Parteilinke eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen.

Die Bewegung einfach so weiterlaufen zu lassen oder gar zu versuchen, durch weiteres Anheizen in der Parteipresse das nicht wegzudiskutierende Steckenbleiben der Rebellenoffensive zu negieren, wäre über alle Maßen riskant und in der Tat unverantwortlich gewesen. Die Parteilinke konnte also gar nicht anders, als zum Rückzug zu blasen. Es konnte nur darum gehen, diesen Rückzug einigermaßen geordnet zu vollziehen und bestimmte Positionen zu erhalten; Zeit zu gewinnen für ein neues Sammeln der Kräfte und die Vorbereitung eines Ansturms, der die Machtfrage zugunsten der Rebellen eindeutig entscheiden konnte.

. Für die politische Klarheit der Massenbewegung hatte die konkrete Taktik der Parteilinken und die Art und Weise, wie sie ihre Politik begründete, allerdings sehr negative Konsequenzen: Die falsche Einschätzung des Kräfteverhältnisses Anfang Januar und die gewaltige Selbstüberschätzung der Rebellen hatten ihren Grund nicht nur in deren allgemeiner Unerfahrenheit, sondern auch in dem von der KRG geschürten Gefühl, sie vollstreckten mit ihren Aktionen den Willen Maos und (zumindest der großen Mehrheit) der KPCh-Führung. Nachdem es nicht gelungen war, die Bastionen der Partei- und Staatsbürokratie im ersten Anlauf zu überrennen, konnte die KRG nicht sagen: „Wir haben uns verschätzt, die Rechten waren stärker, als wir dachten; wir müssen uns zurückziehen, um einen neuen Anlauf vorzubereiten." Das wäre eine offene Kampfansage an die Zhou-Fraktion gewesen, der die Januar-Aktionen eh schon viel zu weit gegangen waren und für die klar war, daß es keine Wiederholung geben dürfe. Der Rückzug mußte im Gegenteil, das forderte die verquere Logik des politischen Kräftespiels, als der genau richtige Schritt zur Festigung der revolutionären Errungenschaften und als großer Sieg verkauft werden.

Bei der breiten Masse der Bewegung mußte das zu einer krassen Desorientierung führen; bei den politisch bewußtesten und radikalsten Teilen zu Resignation und Verbitterung, die z.T. so weit ging, daß die KRG schließlich von ultralinken Gruppen in Peking quasi als Hauptfeind angesehen wurde (7).

Die neue (von der Parteilinken mitvertretene) Kaderpolitik erklärte plötzlich die eingefleischten Bürokraten zu revolutionären Kadern, mit denen die Rebellen nicht nur zusammenarbeiteten, sondern deren Führung sie auch anerkennen sollten. Notwendig wäre es hier gewesen, breit die Frage der Beurteilung dieser Kader und einer möglichst effektiven Kontrolle von der Basis her zu diskutieren, also das schiere Gegenteil von vertrauensvoller Zusammenarbeit.

„Wer sind unsere Feinde? Wer sind unsere Freunde? Das ist die entscheidende Frage jeder Revolution. Es ist auch die entscheidende Frage der großen Kulturrevolution", schrieb Mao (8). Aber weder er selbst noch die KRG konnten darauf eine Antwort geben, die über Plattheiten hinausging. Statt einer Übernahme der alten, längst überholten Kategorien aus der Zeit des Bürgerkrieges — Volksfeinde sind: Bourgeois, Grundbesitzer, reiche Bauern, Konterrevolutionäre, schlechte Elemente und Gouomindang-Agenten — hätte eine Klärung der Frage nach Freund und Feind eine Analyse der Klassenverhältnisse im gegenwärtigen China voraussetzt. Sie hätte auch den Abschied von dem Dogma bedeutet, die Kulturrevolution sei „eine Revolution unter der Diktatur des Proletariats", in der ganzen Zeit der Gründung der Volksrepublik habe die Linie Maos (und nicht Dengs und Lius) geherrscht, und es seien lediglich einige Organe der Diktatur des Proletariats von Rechte ursurpiert worden (9). Die Propaganda der KRG ließ die neue Staatsbourgeoisie als Hauptträgerin der kapitalistischen Restauration im Dunkeln und vernebelte die Tatsache, daß für eine wirkliche Machtübernahme der Arbeiter und Bauern diese Klasse erst noch gestürzt werden mußte, daß also mit der Absetzung einiger hoher Funktionäre und einer Umgestaltung der Ideologie der Menschen die Sache keineswegs getan war.

Aus der Logik ihrer Rolle in Partei und Staat heraus allerdings mußte die Parteilinke solche Positionen vertreten. Sie konnte sich nicht offen gegen die von Zhou repräsentierten Kräfte wenden und gleichzeitig die Einheit der Partei aufrechterhalten, die schließlich die Grundlage für ihren eigenen Einfluß als unbestrittener Mentor der Kulturrevolution war. In diesem Dilemma steckte die Parteilinke, und sie konnte daraus nicht entkommen, solange sie nicht die Vorteile ihrer Rolle als „staatstragender Partei" aufgeben wollte. Ihr Handlungsrahmen war dadurch eng begrenzt. (Neben diesem Zwang zu weitgehenden taktischen Zugeständnissen scheinen allerdings auch eigene falsche Vorstellungen, was den Umfang, die Schärfe und die Unversöhnlichkeit der bestehenden Klassenwidersprüche angeht, eine wesentliche Rolle gespielt zu haben).

Vielleicht hätte es die Möglichkeit gegeben, über Geheimkontakte zu Rebellengruppen theoretische Anstöße zu geben und den politischen Klärungsprozeß in der Rebellenbewegung voranzutreiben. Dem „Corps des 16. Mai" um die KGR-Mitglieder Wang Li und Chi Benyu wurden solche Geheimkontakte zu „ultralinken" Gruppierungen nach ihrem Ausschluß aus der KRG (Herbst 67/Anfang 68) vorgeworfen. Viel gefruchtet scheinen sie jedenfalls nicht zu haben. Zumindest für Anfang 67 waren die Schriften von Verbänden des III. und IV. Rotgardistenhauptquartiers (um Jiang Qing bzw. Wang Li und Chi Benyu) platte Wiedergaben der KRG-Stellungnahmen und -politik. Diese Gruppen wurden zwar aus Parteikreisen mit Material gegen einzelne Rechte - auch aus der Zhou-Fraktion - versorgt. Aber dieses Material, z.B. Zitate aus den 30er und 40er Jahren, die den „revisionistischen" Charakter des Betreffenden „von Anfang an" beweisen sollten, waren kaum geeignet, den Blick für die konkreten Klassenverhältnisse zu schärfen, die sich in den letzten Jahren herausgebildet hatten. Ein weiteres Problem trat hinzu: Die Parteilinke konnte natürlich nicht nur verbale Zugeständnisse an den rechten Flügel machen, sondern mußte - wollte sie ihre Position nicht einbüßen - auch die Rotgardisten- und Rebellenbewegung dazu bringen, entsprechend zu handeln. Und gerade die radikaleren Kräfte unter den Rebellen zeigten für die Politik der Konsoliderung nicht viel Verständnis. Die Möglichkeit, (im Sinne eines zeitweiligen, taktischen Rückzugs) offen zu argumentieren und zu überzeugn, stand der KRG nicht offen. Also wurde versucht, die Rebellen mit allgemeinen Phrasen über die Schädlichkeit von „Egoismus, Cliquenmentalität, Ultrademokratismus, Gleichmacherei" etc. und unter Einsatz der persönlichen Autorität Maos und der KRG-Größen auf Kurs zu bringen.

Natürlich, Anlässe für solche Kritiken gab es mehr als genug. Aber was sollten denn die Rebellen mit der immer wieder propagierten Parole „Schließt ein großes Bündnis!" anfangen, wenn als politische Grundlagen für dieses Bündnis lediglich die „Ideen Mao Zedongs" angeboten wurden - auf die sich schließlich die rechten Schutztruppen der Parteibürokratie

und die Parteibonzen selber allesamt ganz genauso beriefen?

Für die oft anarchistisch angehauchten Rebellen dürften solche Pauschalkritiken nicht sehr überzeugend geklungen haben, und „Anweisung zum Handeln" konnten sie schon gar nicht sein. Insofern war wohl der Einsatz der VBA als jeweilige Interpretin und konkrete Durchsetzerin der Konsolidierungspolitik an Ort und Stelle der einzige Ausweg. (Wobei offen bleiben muß, wie weit die Linke das Ob und Wie des Militäreinsatzes überhaupt bestimmte, oder inwieweit sie diesem Einsatz vor allem zugestimmt hat, um die VBA allmählich in das politische Geschehen mit einzubeziehen, die Einheiten an der Basis mit der Diskussion in der Massenbewegung zu konfrontieren und damit möglichen massiven Interventionen einzelner Befehlshaber auf eigene Faust so gut es ging einen Riegel vorzuschieben.)

Jedenfalls mußte der Rückgriff auf Zwangsmaßnahmen eine weitere Entfremdung der KRG von den radikaleren Teilen der Bewegung mit sich bringen. Die Kluft vertiefte sich, und dadurch verringerten sich die (eh schon sehr begrenzten) Möglichkeiten einer politisch-ideologischen Einflußnahme der KRG weiter. Darüberhinaus sägte hier die Parteilinke einen Teil ihrer eigenen Basis bzw. einen wichtigen Bündnispartner ab - ein vorgang, der sich später mit der Verdammung der Hunaner „Ultralinken", des „Corps des 16. Mai", Chen Bodas und Lin Biaos wiederholte und schließlich die Ausschaltung der übriggebliebenen „Viererbande" relativ glatt über die Bühne gehen ließ.

Die Erfolge des taktischen Vorgehens der Parteilinken waren demgegenüber die Spaltung der Rechten und die schrittweise Ausschaltung der Hauptprotagonisten des „kapitalistischen Weges". Vor allem aber hatte es (bei allen Beschränkungen im Einzelnen) der Massenbewegung einen „legalen" Spielraum eröffnet, der noch eineinhalb Jahre vorher völlig undenkbar gewesen wäre. Ohne die Instrumentalisierung der Autorität der Partei durch die Parteilinke wäre eine Bewegung wie die Kulturrevolution unmöglich gewesen, jeder Widerstand hätte sich unter sehr viel schwereren Bedingungen entwickeln müssen. Daß auch im Frühjahr 67 die Parteilinke noch in der Lage war, Beschlüsse durchzusetzen, die der Massenbewegung ein Stück weit den Rücken freimachten, zeigt die Anordnung der Zentralen Militärkommission vom 6.4.67: Darin wurde den Armeekommandanten gewaltsames Vorgehen gegen Massenorganisationen und Verhaftungen von Rebellenführern verboten.(10)

Für die Zukunft der Kulturrevolution würde alles davon abhängen, ob es in den folgenden Monaten gelänge, die politische Klarheit über Freund und Feind in der Rebellenbewegung zu stärken und allmählich zu einer nicht an taktische Rücksichtnahmen gebundenen Führung der zersplitterten linken Bewegung zu gelangen.

Der Januar/Februar 67 war eine Wendemarke in der Kulturrevolution. Aber die endgültige Entscheidung über ihr weiteres Schicksal fiel erst im Sommer und im Herbst. Damit wird sich ein weiterer Artikel im AK beschäftigen.



1966: Große Studentendemonstration in Peking

Anmerkungen

1) Mindestens 388 Personen waren 1966 im Rang von Ministern oder Vizeministern. Der Zentralregierung unterstanden 90 Ministerien und Kommissionen direkt; der ganze Apparat beschäftigte über 60.000 Verwaltungsangestellte. (Vgl. Edgar Snow: Die lange Revolution, München 1975, S. 25)

2) Tao Zhu war als Chef des Südchina-Büros des ZK der KPCH einflußreiches Mitglied der KRG gewesen, bis er unter nicht ganz klaren Umständen um den Jahreswechsel 66/67 herum als Rechter „entlarvt" und gestürzt wurde.

3) Das Eingreifen Maos in die Tagespolitik beschränkte sich auf die Unterstützung und das Propagieren-lassen bestimmter Losungen, Ereignisse oder Dokumente, die allerdings im Einzelnen wichtige Anstöße oder Rückendeckung für die Bewegung waren. (So erhielten z.B. die Pekinger Wandzeitung vom Mai 66, die Shanghaier Januarrevolution oder auch die Parole „Rebellion ist gerechtfertigt!" durch Maos ausdrückliche Unterstützung ein gewaltiges Gewicht). Ansonsten soll Mao eine große Zahl von Gesprächen mit Vertretern der KRG und der Rotgardisten- und Rebellenverbände geführt haben. Berichte von diesen Gesprächen sind aber stets um drei Ecken herum überliefert und machen es schwer, eine zusammenhängende politische Position darin zu erkennen. Längere analytische Texte über Ziele, Verlauf und Ergebnisse der KR von Mao gibt es nicht (oder sie wurden zumindest nie veröffentlicht). Angesichts dessen, daß Mao immer als d e r überragende Führer der KR aufgebaut wurde, eine ziemlich bemerkenswerte Tatsache.

4) Wu Chuanqi, zit. nach Hoffmann: Rebellen, S. 96
Eine DDR-Quelle behauptet, im Jahre 1967 „habe eine Gruppe von Mitgliedern des Politbüros des ZK der KP Chinas, darunter Tan Zhenlin, Zhu De (Ural-Armeeführer), Yu Qiuli, Chen Yun (Handelsminister), Nie Rongzhen (Militärausschuß des ZK), ... die Rehabilitierung abgesetzter Funktionäre und die Beendigung der Kulturrevolution gefordert". („Kommentierte Chronik", S. 170).

5) Mit dem sogenannten II. Hauptquartier der Hauptstädtischen Roten Garden (dessen Hauptbasis an den Fachhochschulen lag) kontrollierten Zhou und Li Xiannian einen Teil der Bewegung unmittelbar. Über Verbindungsbüros konnten sie dadurch von innen heraus auf die Bewegung im ganzen Land Einfluß nehmen, wenn auch längst nicht in dem Ausmaß, wie Jiang Qing mit dem ihr nahestehenden III. Hauptquartier.

6) Hoffmann: Rebellen, S. 67

7) Vgl. Hoffmann: Rebellen, S. 143 - 148

8) Remin Ribao, 1.6.67, zit. nach Jerome Chen (Hg.): Mao Papers, München 1972, S. 184

9) Aus dieser Einschätzung heraus soll Mao den Schluß gezogen haben, die Losung „Die Diktatur des Proletariats gründlich verbessern!" sei reaktionär, sie ziele auf den Sturz der proletarischen und die Aufrichtung einer bourgeoisen Diktatur; tatsächlich könne die Diktatur des Proletariats nur partiell verbessert werden. Diese Äußerungen Maos zitierte Chang Zhunqiao in einer Rede anläßlich der Demontage der Shanghaier Kommune (s. SCMP No. 4147, S. 2). Egal, ob Mao das wirklich gesagt hat, oder ob Chang das nur unterschiebt - es schlug doch der alten (und richtigen!) Aussage ins Gesicht, die KR sei eine Revolution, in der eine Klasse eine andere Klasse stürzt. 52 S. CCP Documents, S. 409 - 411

Die Kommune von Shanghai

Die Zehnmillionenstadt Shanghai ist eines der größten Industriezentren Chinas; zugleich auch Verkehrsknotenpunkt, wichtiger Ausfuhrhafen und Verwaltungssitz für ganz Ostchina.

Diese herausragende ,,strategische'' Bedeutung, und die engen Verbindungen, die zwischen der KRG (Gruppe für Kulturrevolution beim ZK der KP Chinas) und der in den letzten Monaten des Jahres 1966 sprunghaft angewachsenen Massenbewegung in Shanghai bestanden, waren Voraussetzungen für die Vorreiterrolle, die Shanghai in der neuen Phase der Kulturrevolution ab Januar 1967 übernehmen sollte: Von hier aus nämlich wurde der ,,Rebellensturm'' zum Sturz der alten bourgeoisen Machthaber und zur vollständigen Machtergreifung der revolutionären Massenorganisationen eingeläutet.

Die Shanghaier Stadtverwaltung und Parteileitung lag in den Händen einer Bürokratenclique mit Bürgermeister Cao Diqiu und Ostchina-Parteichef Chen Pixian an der Spitze. Sie hatten es lange Zeit verstanden, alle gegen sie gerichteten Angriffe ins Leere laufen zu lassen. Dabei war ihnen das ,,Erste Hauptquartier der Shanghaier Roten Garden'' sehr von Nutzen, das von den Söhnen und Töchtern hoher Kader geleitet wurde und das von Anfang an die Parteimachthaber unterstützte (1).



Das radikale ,,Zweite Hauptquartier'' (auch: ,,Rote Revolutionäre'') wurde von der offiziellen Presse totgeschwiegen, seine Versammlungen wurden von Anhängern des ,,Ersten Hauptquartiers'' (I. HQ) öfters massiv gestört. Trotz einer Reihe von Aktionen gelang es den Roten Revolutionären nicht, ihre Isolierung zu durchbrechen.

So war im November 66, sechs Monate nach Beginn der kulturrevolutionären Bewegung, in der Shanghaier Stadtverwaltung noch immer alles beim alten. Nicht ein einziger der angegriffenen Kader hatte seinen Stuhl räumen müssen. Mit verbalradikaler Rhetorik und Flankenschutz durch das I. HQ konnten sich die örtlichen Parteiführer als die wahren Revolutionäre darstellen.

Parallel zu dem lebhaften Hin und Her der Auseinandersetzung an Schulen und Hochschulen hatte sich auch in der Arbeiterklasse Widerstand geregt. Zunächst im Untergrund breitete sich eine Organisation der Arbeiterrebellen über die ganze Stadt aus. Zu seiner offiziellen Gründungskundgebung konnte das ,,Revolutionäre Rebellen Hauptquartier der Shanghaier Arbeiter'' (ARHQ) bereits 20.000 Menschen mobilisieren (2).

Am 10. November, unmittelbar am Tage nach seiner Gründung, machte das ARHQ mit einer spektakulären Aktion auf sich aufmerksam: 2.500 Arbeiter besetzten im Shanghaier Bahnhof einen Zug, um nach Peking zu fahren und dort die Machenschaften des Shanghaier Stadtkomitees anzuprangern. Erst nach zähen Verhandlungen und dem Einsatz hoher und höchster Prominenz der KRG (Zhang Chunqiao, Chen Boda) gelang es, die Arbeiter, die bis nach Anting gekommen waren, an ihre Arbeitsplätze zurückzuholen. Der Preis dafür war die offizielle Anerkennung der neuen Organisation und das Versprechen, ihre Forderung nach materieller Unterstützung durch die Stadtverwaltung zu erfüllen.
Der ,,Anting-Zwischenfall'' gab den Anstoß für einen Beschluß der KRG vom 17.11., wonach es nunmehr offiziell erlaubt war, kulturrevolutionäre Organisationen auch in den Produktionseinheiten zu bilden (wenngleich deren Aktivitäten strikt auf die arbeitsfreie Zeit beschränkt sein sollten) (3).

Der Konflikt spitzt sich zu

Dennoch war die Linke noch schwach. Als Ende November 5.000 - 6.000 Rotgardisten das Gebäude der ,,Befreiungszeitung'' besetzten, wurden sie von einer zahlenmäßig weit überlege-

nen Menschenmenge eingekesselt und z.T. übel verprügelt.

Am 6.12., dem Tag nach dem Ende der Besetzung, formierten sich auf einer Massenversammlung mit mehreren hunderttausend Teilnehmern die „Scharlachgarden" als organisierte Hilfstruppe der alten Stadt- und Parteiführung (4).

Die soziale Hauptbasis der Scharlachgarden waren Arbeiter aus den Shanghaier Großbetrieben. In Shanghai hatte sich — wie in keiner anderen Stadt Chinas — eine Arbeiteraristokratie herausgebildet, die Spitzenlöhne bezog und von einem hervorragend ausgebauten Sozialsystem profitierte (5). Es fiel den Betriebsleitern und ihren Chargen nicht schwer, bei dieser Schicht der Arbeiterklasse Ängste anzuheizen, sie könnte ihre (relativen) Privilegien verlieren, und eine Machtübernahme der Rebellen würde das völlige Chaos bedeuten.

Letztlich konnte aber auch die massive Formierung der Rechten und die Hetzkampagne, die sie in Flugblättern und tausenden von Wandzeitungen in ganz Shanghai gegen die Rebellen entfesselten, nicht verhindern, daß die Linke mehr und mehr Zulauf bekam. Deren Potential waren besonders die Zeit- und Kontraktarbeiter, Lehrlinge und Jungarbeiter sowie vom Land zurückgekehrte Jugendliche (6). Praktisch ununterbrochen fanden Massenkundgebungen und Demos der Rebellen statt. Allmählich machte sich in der öffentlichen Meinung ein Umschwung zu ihren Gunsten bemerkbar.
Die Betriebsführungen suchten derweil die Arbeiter an sich zu binden, indem sie mit Sonderboni und Prämien nur so um sich warfen und ökonomische Forderungen aller Art bereitwillig erfüllten (7).

Ende Dezember trieben die Auseinandersetzungen auf einen Höhepunkt zu: Versammlungen (mit jeweils zigtausenden von Teilnehmern) folgten — vergebliche — Versuche beider Seiten, die Hauptquartiere der Gegner zu schließen. Ab dem 27. Dezember konzentrierten sich die Kämpfe auf das Sekretariat des Ostchina-Büros der Partei, in dem sich der Bürgermeister Cao Diqiu verschanzt hatte. Sie dauerten drei Tage und endeten mit einer Niederlage der Scharlachgarden. Diese Kämpfe wurden bereits mit einer solchen Härte geführt, daß es mehrere Tote und eine große Zahl von Verwundeten gab (8).

Als Konsequenz ihrer Niederlage beschlossen die Scharlachgarden, nach Peking zu ziehen und dort beim ZK über das „gewalttätige" Vorgehen der Rebellen Klage zu führen. Reisegelder und -ausweise wurden ihnen überaus großzügig von Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären zur Verfügung gestellt.

Die notwendige Folge dieses Massenexodus von mehr als 100.000 Arbeitern mußten schwere Einbrüche in der Produktion sein. Um dies zu verhindern, setzten die Rebellenorganisationen ebenfalls ganze Kolonnen von Lastwagen in Marsch. Bei Kunshan, einer kleinen Stadt, 40 km von Shanghai entfernt, holten sie die Scharlachgarden ein und konnten deren Hauptmacht nach erbitterten Kämpfen zur Umkehr zwingen. Bis auf eine kleine Gruppe, die sich nach Peking durchschlagen konnte, wurden die Rechten aufgerieben und vernichtend geschlagen. Ab Anfang Januar traten die Scharlachgarden als Organisation nicht mehr öffentlich in Erscheinung (9).

Die Angriffe der Rebellen richteten sich nun direkt gegen die Zentren der Parteibürokratie: am 3. Januar wurde Cao Diqiu vor einer Massenversammlung angeklagt und scharf kritisiert. Dasselbe Schicksal widerfuhr in den folgenden Tagen leitenden Kadern aus Schulen, Universitäten, Fabriken und Büros (10).

Der Rebellensturm

Die Entscheidung fiel mit der Machtübernahme einer Rebellengruppe innerhalb der „Wenhuibao" (einer bis dahin völlig staatstreuen Zeitung) am 3. Januar 1967. Sie wurde von nun an zum Sprachrohr des ARHQ. Der Vorstoß war zentral mit der KRG und auch mit Zhou Enlai abgesprochen worden (11).

Die Rebellen besetzten die Mehrzahl der öffentlichen Gebäude. Theatern, Kinos, Aulen, Sporthallen und Stadien wurden in Versammlungsräume umfunktioniert, wo fast ununterbrochen Dutzende von großen und kleinen Beratungen stattfanden, in denen die eingetretenen Umwälzungen und die nächsten Schritte der Massenorganisationen diskutiert wurden. Radio Shanghai wurde in Besitz genommen und sendete am 5. Januar die „Botschaft an das ganze Volk von Shanghai" (12). Darin wurden die „gewaltigen Siege" der Massenbewegung in Shanghai gerühmt, die die KR auf eine neue, höhere Stufe gehoben hätten. Die Führer der Scharlachgarden wurden scharf angegriffen, weil sie die einfachen Mitglieder getäuscht und zum Verlassen der Arbeitsplätze angestiftet hätten. Beim Umsetzen von Maos Parole „Entschlossen an der Revolution festhalten und die Produktion fördern!" müßten die Arbeiter nicht nur beim Festhalten an der Revolution, sondern auch in der Forderung der Produktion die Vorhut bilden. Deshalb müßten die Mitglieder der Scharlachgarden vor allem wieder zurück an ihre Arbeitsplätze gehen. Unterzeichnet war die Botschaft von 11 Gruppen (darunter vier auswärtigen), die alle in sehr enger Verbindung mit Zhang Chunqiao (13) standen.

Am nächsten Tag versammelten sich mehr als eine Million Menschen auf dem Volksplatz. Das Fernsehen übertrug die Veranstaltung in Kinos, Theater, Schulen und Universitäten. Chen Pixian, der Chef des Ostchina-Büros der KPCh, Cao Diqiu und eine Reihe anderer führender Funktionäre der Stadtverwaltung mußten vor dem Tribunal erscheinen. Ihre revisionistische Politik und ihre engen Verbindungen zu Liu Shaoqi und Deng Xiaoping wurden ebenso entlarvt wie ihr bourgeoiser Lebensstil. Unzählige Anklagen wurden vorgebracht, immer wieder unterbrochen von Sprechchören „Nieder mit Cao Diqiu!", „Nieder mit Chen Pixian!".

Demgegenüber erscheinen die tatsächlich gegen die Bürokraten beschlossenen Maßnahmen eher zahm: Nur Cao Diqiu verlor unmittelbar seine politische Macht und sollte künftig unter Aufsicht der Rebellen körperliche Arbeit leisten. Die führenden Revisionisten sollten schriftliche Geständnisse ablegen. Das ZK wurde aufgefordert, das Shanghaier Stadtkomitee vollständig zu reorganisieren. In der Zwischenzeit würden *„alle Sekretäre des Stadtkomitees, Mitglieder des Ständigen Ausschusses und leitenden Beamten der Abteilungskomitees ihre übliche Arbeit fortsetzen. Sie werden dabei von den Revolutionären Rebellen überwacht und es wird nicht geduldet werden, daß sie ihre Arbeit schlecht oder zu langsam erledigen"* (14).

Offensichtlich verzichteten die Rebellen zu diesem Zeitpunkt darauf, die Macht wirklich selbst zu ergreifen; sie legten stattdessen das weitere Schicksal des Stadtkomitees in die Hände des KZ und begnügten sich mit einer Kontrolle der einzelnen Beamten.

Kampf gegen den „Ökonomismus"

Der Widerstand der jetzt massiv bedrohten Staatsbourgeoisie ließ nicht auf sich warten. Klugerweise wich sie einer direkten Konfrontation mit den Rebellen aus und nutzte stattdessen hinter den Kulissen ihre beherrschende Stellung im Staats- und Parteiapparat und vor allem in den Betrieben aus, um Shanghai in ein wirtschaftliches Chaos ohnegleichen zu stürzen. Politisches Ziel dieser Aktivitäten war es, die Rebellen als völlig unfähig zur Organisierung der Produktion und zur Versorgung der Bevölkerung hinstellen zu können.

Anfang Januar wurde Shanghai von einer Welle „spontaner" Arbeitsniederlegungen und z.T. direkter Sabotageaktionen lahmgelegt Eine Vielzahl von Industriebetrieben (z.B die Großunternehmen der Werkzeugmaschinenbranche) lag still, weil Facharbeiter und Spezialisten nicht mehr zur Arbeit erschienen. Im Hafen, der immense Bedeutung für den nationalen und internationalen Frachtverkehr hat, und bei den Eisenbahnen ging nichts mehr. Durch gemeinsame Einsätze von Hafenpolizei und Scharlachgarden (die hier ihre Hochburg hatten) wurden die Rebellen vom Hafengelände und aus den Jiangnan-Werften verdrängt. Neben dem Transportwesen war die Elektrizitäts- und Wasserversorgung Angriffsziel der Rechten. Der Abzug gigantischer Summen von den Banken (die „Wenhuibao" spricht am 17.1.67 von 30 Millionen yuan, die für die Bestechung von Arbeitern ausgegeben worden seien) brachte das Bankwesen

an den Rand des Zusammenbruchs (15).

Die Rebellen reagierten auf diesen „schwarzen Wind des Ökonomismus" mit der am 9. Januar in der Wenhuibao veröffentlichten „Dringenden Bekanntmachung" (16). Das Shanghaier Stadtkomitee und seine Unterstützer wurden darin für das entstandene Chaos verantwortlich erklärt. Als Gegenmaßnahmen wurde verkündet:

- ★ Alle Rebellen sollten auf ihren Produktionsposten bleiben
- ★ Alle, die Shanghai zum Austausch revolutionärer Erfahrungen verlassen hatten, sollten umgehend zurückkehren. Alle Farhtausweise, die von bürgerlichen Autoritäten ausgestellt waren, wurden für ungültig erklärt.
- ★ Die Umlauffonds der Unternehmen und Regierungsinstitutionen wurden bis auf die notwendigen Ausgaben eingefroren
- ★ Lohnfragen sollten prinzipiell später behandelt werden.
- ★ Schülern und Studenten, die in die Fabriken gegangen waren, durften keine höheren Löhne ausbezahlt werden.
- ★ Wer öffentliche Gebäude mit Gewalt besetzte oder dazu aufrief, sollte bestraft werden.
- ★ Stärkung der Diktatur des Proletariats und harte Strafen für Konterrevolutionäre, Saboteure und Verbrecher.

Die Durchführung dieser Punkte sollte von den Rebellenorganisationen und den revolutionären Massen der Stadt sichergestellt werden Gleichzeitig wurde aber auch hervorgehoben: *„Das Stadtkomitee der Partei und das Büro für öffentliche Sicherheit sind verpflichtet, nach oben erwähnten Punkten vorzugehen"*. Insbesondere die Maßnahmen zur Verstärkung der Diktatur des Proletariats (Verhaftung von Konterrevolutionären etc.) wurde allein in die Hände des Büros für öffentliche Sicherheit gelegt.

Damit wurde eine sehr fragwürdige Politik fortgeführt. Schon am 7. Januar war unter der Regie von Zhang Chunqiao die erste einer ganzen Reihe von Sicherheitsverordnungen erschienen, die hartes Durchgreifen gegen Konterrevolutionäre und Verbrecher — bis hin zu Todesstrafe — ankündigte. Die Polizei, so hieß es darin, sei auf die Seite der revolutionären Linken übergegangen (17). Tatsächlich war aber der Sicherheitsapparat stets einer der wichtigsten Pfeiler des alten, Staatsapparats gewesen; seine Vertreter hatten im Interesse der alten herrschenden Klasse für Ruhe und Ordnung gesorgt. Der Versuch, sie in den Dienst der Rebellen zu stellen, mußte (zumindest) die Anwendung von nicht auf die Massen gestützten Methoden bei der Unterdrückung der „Konterrevolution" (und dazu wurde später vor allem die Ultralinke erklärt) zur Folge haben. Von einer Zerschlagung oder radikalen Umgestaltung des Sicherheitsapparats wurde auch später nichts bekannt, so daß angenommen werden muß, daß ein wichtiges Machtinstrument der Neuen Bourgeoisie dieser auch unter der Herrschaft der Rebellen nicht aus der Hand geschlagen wurde.

Die Wiederankurbelung der Produktion war das größte Problem, vor dem die Rebellen standen. Zhang Chunqiao, der am 6. Januar aus Peking zurückgekehrt war und faktisch die Leitung des ARHQ übernommen hatte, mußte offenbar feststellen, daß der Einsatz von Studenten und Rebellenabteilungen dazu nicht ausreichte. Am 10. Januar schon nahm er über Mittelsmänner Kontakt zu den Scharlachgarden auf und schlug der Arbeiteraristokratie und den Kadern so etwas wie eine große Koalition vor (18). Aber erst Ende Januar, als sich in der gesamtnationalen Politik der Kurs auf die Installierung der Revolutionskomitees abzeichnete, wurde man sich einig. Die Scharlachgarden verzichteten auf ihren „Wind des Ökonomismus", und viele Verbände der Scharlachgarden willigten ein, „der Revolution beizutreten": Sie wechselten den Namen und schlossen sich insgesamt den lokalen Sektionen des ARHQ an oder erklärten einfach ihre Organisationen zu dessen Bestandteilen.

Schon das „Einheitskomitee", das Chang gegen Ende Januar zusammenstellte, enthielt zahlreiche „Neurebellen". Als sich schließlich ab Mitte Februar die Abkehr von der Kommune abzeichnete, vollzog sich ein regelrechter Masseneintritt von „bekehrten Rechten", während zugleich die radikale Linke aus dem ARHQ verdrängt wurde (19).

Spaltung der Rebellenbewegung und Vorbereitung der Kommune

Die radikale Linke, das waren zunächst einmal die „drei Regimenter", die beim Anting-Zwischenfall zum erstenmal hervorgetreten waren. Besonders das von Geng Jinzhang geführte „II. Regiment" stand schon bei der Kunshan-Schlacht gegen die Scharlachgarden in vorderster Front und hatte mit über 520.000 Mitgliedern im Großraum Shanghai eine Massenbasis in den Betrieben und Stadtteilen, die die von Zhangs Anhängern weit übertraf.

Das II. Regiment arbeitete eng mit dem von Chen Honkang geleiteten „Dritten Hauptquartier der Arbeiterrebellen" zusammen. Zu Chens etwa 50.000 (nach anderen Angaben mehreren hunderttausend) Anhängern zählten viele nicht regulär Beschäftigte der verschiedenen Textilfabriken, Arbeiter aus der Arzneimittelfabrik Nr. 3 sowie zahlreiche Hilfskräfte aus dem ausgedehnten Hinterland Shanghais.

Die „Rotgarden-Armee" (oder „Rote-Fahne-Armee") bestand vor allem aus demobilisierten Soldaten und zählte Ende Januar gut 200.000 Mann. Daneben schlossen sich dem um den 15. Januar errichteten „Verbindungsbüro" von Geng Jinzhang noch eine Reihe von kleineren Verbänden an, sowie aus dem Studentenbereich das einflußreiche Verbindungsbüro der Chingkangshan-Rebellen der Pekinger Qinhua-Universität, und schließlich die Roten Revolutionäre als wichtigste Shanghaier Studentenorganisation.

Insgesamt 48 Verbände unterstützten das „Verbindungsbüro", während Zhangs „Einheitskomitee" kaum 30 Gruppen hinter sich hatte. Schwerer noch wog, daß das „Verbindungsbüro" gut drei Viertel aller Mitglieder des ARHQ repräsentierte (20).

Die Auseinandersetzungen zwischen der Führung des ARHQ und diesen Verbänden spitzten sich immer mehr zu. Schon Ende Dezember und dann sofort nach seiner Rückkehr nach Shanghai hatte Zhang Chunqiao kategorisch verlangt, die drei Regimenter müßten sich im ARHQ auflösen (21). Insgesamt drei Versuche verschiedener Gruppen der Ultralinken, die Macht des alten Stadtkomitees zu erobern, wurden von Zhang abgeblockt (22). Das Dritte Hauptquartier der Arbeiterrebellen wurde durch einen (angeblich von Zhangs Leuten eingefädelten) Putsch „rebellierender" Mitglieder eines Großteils seiner Fahrzeuge, Ausrüstung etc. beraubt (23). Keng erhob noch eine ganze Reihe anderer Vorwürfe gegen die Führer des ARHQ: Leute seiner Organisation seien festgenommen und bis zu 10 Stunden ununterbrochen durch die Straßen geführt worden. Mindestens 50 Mitglieder der radikalen Linken würden gefangengehalten (24).

Als schließlich die Roten Revolutionäre das Büro der Schriftstellerunion durchsuchten und drei Männer (darunter Xu Jinxian, den Direktor der Schriftstellerunion und jetzigen Chefpropagandisten Zhangs, der für die öffentliche Stimmungsmache gegen die radikale Linke verantwortlich gemacht wurde) von einer Massenversammlung an der Futan-Uni befragen wollten, tat Zhang etwas, was bis dahin völlig undenkbar gewesen war: Er ließ eine bewaffnete Truppeneinheit auffahren, die die drei Männer gewaltsam befreite (25). Damit hatte Zhang ganz offenkundig gegen die „16 Punkte" verstoßen, die die Unterdrückung von Massenorganisataionen und ganz besonders den Einsatz von Gewalt gegen sie verboten.

De facto war so das Arbeiterrebellen-Hauptquartier Ende Januar gespalten. Zhang führte sein „Einheitskomitee" zunehmend diktatorisch und hinter verschlossenen Türen, im engen Kontakt mit Peking und den lokalen Scharlachgarden, ohne die Vertreter des linken Flügels weiterhin einzuladen oder ihnen seine politischen Pläne mitzuteilen (26). Die Vorbereitungen zur Bildung der Shanghaier Kommune wurden von der Fraktion Zhangs im Alleingang getroffen.

Auf einer vorbereitenden Sitzung zur Komitee-Gründung erschienen Geng Jinzhang und Vertreter der anderen Organisationen des „Verbindungsbüros" und griffen die Politik der ARHQ-Führung scharf an. Die Vorbereitung der Kommune allein durch Zhang und die ARHQ-Führung sei ein Versuch, die Macht an sich zu reißen und die eigene Fraktion als Führung der Kommune unangreifbar zu machen — auf Kosten der radikalen Linken. Nach einem heftigen Streit mit Wang Hongwen und anderen Größen des ARHQ, bei dem sich offenbar eine ganze Reihe von Vertretern von Massenorganisationen den Argumenten der

„Die K o m m u n e — das ist die Rücknahme der Staatsgewalt durch die Gesellschaft als ihre eigene lebendige Macht, an Stelle der Gewalt, die sich die Gesellschaft unterordnet und sie unterdrückt; das ist die Rücknahme der Staatsgewalt durch die Volksmassen selbst, die an Stelle der organisierten Gewalt der Unterdrückung ihre eigene Gewalt schaffen ...".

Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich (Erster Entwurf)

Kritiker anschloß, mußte die Sitzung vertagt werden (27).

Schließlich gelang es Zhang am Abend des 4. Februar, unter Ausschluß der Linken, im „Einheitskomitee" die Gründung der Shanghaier Kommune beschließen zu lassen. Praktisch sah das so aus, daß sich das „Einheitskomitee" zunächst einfach zum Provisorischen Komitee der Shanghaier Kommune umbenannte.

Die Kommune und die Ultralinken

In der Deklaration der Kommune (28) hieß es: *„Eine neue Staatsorganisation unter der Diktatur des Proletariats — die heldenhafte Shanghaier Kommune — ist über dem Horizont des Yangtse im Osten der Welt aufgegangen. Alle Macht der Shanghaier Kommune". „Die Shanghaier Kommune ist eine neue lokale Organisation des Staates in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts unter der Führung der Ideen Mao Zedongs und der Diktatur des Proletariats".*

Große Worte also. Doch über welche konkreten Organe das Proletariat die Macht ausüben sollte, und wie eine höhere Form der proletarischen Demokratie gewährleistet werden sollte, darüber wurde nichts ausgesagt. Ein Verweis auf die Prinzipien der Pariser Kommune (Wählbarkeit und Abwählbarkeit der Beamten, Bezahlung nach Facharbeiterlohn, Volksbewaffnung etc.) fehlte. Zur Einsetzung der neuen Führung hieß es lakonisch: *„Die revolutionären Rebellenorganisationen in Shanghai haben als aktuelle Übergangsorganisation ein Provisorisches Komitee der Shanghaier Volkskommune gebildet, das gemeinsam von den revolutionären Massenorganisationen, den Verantwortlichen der VBA-Einheiten in Shanghai und den revolutionären Führungskadern, die an den Ideen Mao Zedongs festhalten, geleitet wird".* Später einmal — wenn die Bedingungen reif seien — sollte dieses Provisorische Komitee durch ein gewähltes ersetzt werden (29).

Interessant ist, daß, ebenso wie bei den Revolutionskomitees an anderen Orten, die VBA-Kommandeure von vornherein mit dabei waren. Bei der Massenversammlung, die zur Feier der Kommune am 5. Februar stattfand, erklärte der Shanghaier Garnisonschef die Unterstützung der VBA und fuhr fort: *„Wir werden entschlossen und unbarmherzig jeden unterdrücken, der es wagt, die Shanghaier Volkskommune oder die Proletarische Kulturrevolution zu untergraben"* (30). Das mußte nicht nur als Drohung gegen das alte Stadtkomitee und die Reste der Scharlachgarden verstanden werden, sondern auch als nachdrückliche Warnung an die Ultralinke, das neue Machtorgan nun nicht mehr in Frage zu stellen (31).

Aber die Ultralinke wehrte sich gegen das Projekt Zhangs. Ihre Vorstellungen von einer Volkskommune Shanghai sahen anders aus: *„Schon in den Januartagen war in den Basisverbänden des II. Regiments die Theorie der 'vielen Zentren' entwickelt worden, eine Vorstellung, die davon ausging, daß die Vollgewalt in der Stadt künftig nicht bei einem zentralen Komitee liegen dürfe, sondern bei den Aktionsgruppen der Betriebe und sonstigen Produktionseinheiten verbleiben müsse"* (32). *„Alle Rebellengruppen wählen gleichberechtigt Mitglieder eines 'Aktionskomitees', das die souveräne Gewalt in der Stadt haben soll. Keine Gruppe darf von der anderen bedrückt oder gar aufgehoben werden. Die Verwaltung wird auf ein Mindestmaß eingeschränkt, und die wenigen noch verbleibenden 'Beamten' können jederzeit abberufen werden. Sie sind 'Diener des Volkes'. Wichtig ist, daß die Polizeifunktionen von den Gruppen selbst wahrgenommen werden, die also die erlangten Waffen nicht abgeben und damit die eigentliche Vollgewalt bei sich behalten"* (33).

R. Hoffmann zufolge bildeten die von Geng Jinzhang geführten Gruppen noch am Abend des 5.2. eine „Zweite Shanghaier Volkskommune" (34). Was auch immer es mit dieser Rebellenkommune auf sich hatte — die Macht der Ultralinken an der Basis war eine Tatsache. Sie kontrollierte seit Mitte Januar große Teile des Stadtgebiets und versuchte nun — im offenen Kampf um die Macht mit den Anhängern Zhangs — ihre Herrschaft in den einzelnen Stadtbezirken und Betrieben zu festigen und auszudehnen. Ende Januar hatten die Anhänger Gengs eine Kampagne gegen die Büros der ARHQ auf Nachbarschafts- und Distriktsebene begonnen (35). Jetzt folgten heftige Angriffe auf die Straßenkader der Stadtverwaltung. Die hatten sich u.a.



als Verantwortliche für die Landverschickung bei den jetzt zurückgekehrten arbeitslosen Jugendlichen und deren Familien unbeliebt gemacht. Offenbar beteiligten sich spontan sehr viele Menschen an den Angriffen gegen die Basiskader der Stadtverwaltung, um bei dieser Gelegenheit alle möglichen ,,alten Rechnungen'' zu begleichen (35a).

Eine Diffamierungskampagne gegen die Führer der renitenten Massenorganisationen setzte ein. Die Wenhuibao, die Befreiungszeitung und eine ganze Anzahl kleinerer Blätter wurde von Zhang kontrolliert. Die Rundfunkstationen waren schon Anfang Januar unter militärische Kontrolle gestellt worden. Diese Machtpositionen wurden jetzt ausgespielt, und keine Lüge war zu plump: Geng Jinzhang, noch Anfang Januar als Held von Anting gefeiert, hatte nun einen durch und durch konterrevolutionären Lebenslauf gehabt: 1944 habe er als Agent der japanischen Militärpolizei gemordet und vergewaltigt, habe sich 1948 auf die Seite der Guomindang geschlagen und nach seiner Gefangennahme durch die Kommunisten habe er es durch üble Tricks geschafft, Mitglied der KPCh zu werden.

Von diesem Kaliber waren die Anwürfe, die die radikale Linke über sich ergehen lassen mußte. Als schließlich in einer amtlichen Anordnung die ultralinken Gruppen als Konterrevolutionäre klassifiziert und somit offiziell zum Abschuß freigegeben wurden, schickten sie eine Delegation nach Peking, um sich bei Mao zu beschweren. Dort fiel die Entscheidung über das weitere Schicksal der Kommune.

Von der Kommune zum Revolutionskomitee

Zhang Chunqiao und Yao Wenyuan wurden einige Tage später in die Hauptstadt gerufen. Vom 12. - 22.2. führten sie eine Reihe von Gesprächen mit Mao Zedong. Deren wichtigstes Ergebnis war der Vorschlag des Vorsitzenden, die Kommune in ein Revolutionskomitee nach Heilongjianger Vorbild ,,umzubenennen'', wie Zhang auf einer Massenversammlung nach seiner Rückkehr berichtete. Die Frage der Benennung, so habe Mao gesagt, sei schließlich eine rein formale, während der Inhalt entscheidend sei. Wenn Shanghai sich Volkskommune nenne, wollten sich alle so nennen. Deshalb sei die Shanghaier Kommune auch in der zentralen Presse nicht erwähnt worden. Das ganze Regierungssystem müßte sonst geändert werden, und das könnte auch außenpolitische Komplikationen mit sich bringen. Egal, wie man die Bezeichnung wähle, es müsse doch immer eine führende Partei geben. Die Institutionen der Kommune hätten zuwenig Autorität, man müsse die Dreierverbindung verwirklichen und sich stärker auf die Armee stützen. Auch die alten Kader müßten unbedingt zur Arbeit herangezogen werden; die Rebellen seien unfähig, eine Stadt wie Shanghai zu verwalten. Die Parole der Ultralinken ,,Allem mißtrauen! Alles stürzen!'' sei reaktionär, die Kader seien durch solche Parolen eingeschüchtert worden. Jetzt sei die Zeit des allgemeinen Kampfes vorbei, und es müsse nun die breite Einheit erreicht werden (36).

Wie weit Zhang die Äußerungen getreu und vollständig wiedergegeben hat, ist schwer zu sagen. Einiges hört sich ziemlich verworren und mager an. Ziemlich eindeutig ist jedoch, daß Mao die Politik der Shanghaier Rebellen und die Errichtung der Kommune für erheblich zu weitgehend hielt, daß er Zhang auf eine Konsolidierungspolitik wie im Rest des Landes festlegte und ihn ermutigte, die Zügel anzuziehen.

Die Umbenennung der Kommune in Revolutionskomitee der Stadt Shanghai verkündete Zhang in derselben Rede vom 24.2. ... Offenbar stieß die — vorher nirgendwo öffentlich diskutierte — Liquidierung der Kommune auf keinerlei nennenswerte Proteste (37).

Zhang nutzte die Gelegenheit, um die Grundsätze seiner künftigen Kaderpolitik darzulegen und an die Kader zu appellieren: Alle Genossen, einschließlich der des Sekretariats des Stadt- und Provinzparteikomitees, seien willkommen, wenn sie ihre ,,Fehler korrigieren''. Für alle, die ,,Fehler oder sogar ernste Fehler'' gemacht hätten, sei jetzt der kritische Moment gekommen, wo sie ihre Wahl zu treffen hätten. *,,Kader, besonders leitende Kader, müssen vor allem daran denken, daß sie keinen Groll hegen sollen. Sie mögen manchmal ungerecht behandelt worden sein, aber sie sollten den Leuten vergeben, die sie kritisiert haben''* (38).

Zhangs Rede hatte für die Zukunft die Grenzen abgesteckt — zwischen dem, was legal und revolutionär, und dem, was illegal und konterrevolutionär war. Wer sich der neuen Politik nicht anpaßte, bekam es mit der Diktatur des Proletariats, konkret mit dem Büro für öffentliche Sicherheit, zu tun.

„Normalisierung" und Ausschaltung der Ultralinken

Bereits am 17. Januar waren die Hauptquartiere der Rote Fahne Armee und einer anderen Gruppe von Sicherheitskräften durchsucht und geschlossen, ihre Führer verhaftet worden (39). Auf Distriktsebene wurden ganze Häuserblocks nach zurückgekehrten Jugendlichen durchsucht (41). Personen, die sich mit Angriffen auf Straßen-Kader und örtliche Sicherheitsbüros hervorgetan hatten, wurden in öffentlichkeitswirksamen Schauprozessen abgeurteilt (42).

Die Ultralinke hatte gegen diese Maßnahmen am 22. Februar eine große Kundgebung und Protestdemonstration veranstaltet. Es war ihr letztes organisiertes und massenhaftes Auftreten. Nach Zhangs Rede am 24. setzte eine Verhaftungswelle gegen die Führer der ultralinken Gruppen ein; die Büros der Organisationen wurden geschlossen und ihr Eigentum beschlagnahmt, während die ,,irregeführten'' einfachen Mitglieder aufgefordert wurden, sich dem ARHQ anzuschließen (43). An den Wänden tauchten Parolen auf wie ,,Wir unterstützen entschieden die Unterdrückung von Konterrevolutionären durch das Büro für öffentliche Sicherheit!'' (44). Schließlich wurden auch die Organisationen der Zeit- und Kontraktarbeiter aufgelöst, und — entgegen früheren Zusagen — das System der Zeit- und Kontraktarbeit nicht aufgehoben, so daß nicht permanent beschäftigte Arbeiter z.T. ihre Arbeitsplätze wieder räumen mußten (45).

Der Widerstand der Ultralinken verlagerte sich in die einzelnen Fabriken, Institutionen und Wohngebiete, wo die offizielle Kaderpolitik nach dem Grundsatz ausgerichtet war, ,,so viele Kader wie möglich so schnell wie möglich zu rehabilitieren, und ihnen freie Hand zu geben, Entscheidungen zu treffen und zu handeln wie zuvor'' (46). Es dauerte Monate, bis in den Produktionseinheiten Revolutionskomitees eingerichtet werden konnten; zur Jahresmitte hatten erst 20 % der 8.000 Shanghaier Betriebe ein RK (47).

Aber diese Auseinandersetzungen hatten jede gemeinsame politische Stoßrichtung verloren und waren manchmal nur noch Cliquenkämpfe um Einfluß und Posten. Als im Sommer die Kämpfe im ganzen Land erneut aufflammten und allerorten die Ultralinke nochmals eine große Anhängerschaft mobilisieren konnte, blieb es in Shanghai nahezu ruhig.

Den rasanten Zerfall dieser politischen Strömung, die immerhin mehr als eine dreiviertel Million Menschen organisiert hatte, kann man nicht allein und nicht in erster Linie auf die Repressionsmaßnahmen des städtischen RK und der Sicherheitskräfte zurückführen (zumal es meines Wissens nie irgendwelche M a s s e n verfolgungen gegen die ultralinken Gruppen gab). Offenbar waren diese Gruppen in politisch-ideologischer Hinsicht reichlich schwach auf den Beinen gewesen. Die Krücke der Mao Zedong-Ideen, auf die man sich immer wieder berief, erwies sich in dem Augenblick als böse Falle, als Mao selbst — aus welchen Gründen auch immer — auf eine gemäßigtere Politik setzte und sich gegen die linksradikalen Strömungen stellte.

Von den Roten Revolutionären, der wichtigsten Shanghaier Studentenorganisation, die sich Ende Januar gegen die Politik Zhangs wandte, wird z.B. berichtet, daß sie innerhalb von Tagen zusammenbrach, als ihre Abgesandten aus Peking telegraphierten, Mao habe den Militäreinsatz gegen sie (vom 29.1.) gebilligt. Damit war der Gruppe ihre zentrale Legitimationsgrundlage, Vollstreckerin des Willens des Vorsitzenden zu sein, unter den Beinen weggeschlagen. Ein Teil der Führer der Roten Revolutionäre übte Hals über Kopf Selbstkritik; er wurde mit einem Teil der Gruppe zum enthusiastischen, aber bedeutungslosen Unterstützer von Zhang, während ein Großteil ihrer Mitglieder völlig desorientiert zurückblieb (48).

Der Personenkult um Mao, einst Triebkraft der Bewegung, hatte sich in ihren Hemmschuh verwandelt, indem er die Benutzung des eigenen Kopfes behinderte und oft genug ganz verhinderte. Die mangelnde ideologische Eigenständigkeit der ultralinken Gruppen



Ausdruck des Mao-Kults: Mao über den Wolken

hat viel zu ihrem Niedergang beigetragen. Was sie Zhang voraus hatten, war, daß sie die Schärfe der Auseinandersetzungen mit der neuen herrschenden Klasse in China und die Breite, die sie notwendigerweise annehmen mußte, richtiger einschätzten. Aber diese Einschätzung war viel mehr instinktiv erfühlt, und oft mit anarchistischen Wunschvorstellungen durchsetzt, als Ergebnis einer klaren, mit Fakten belegbaren Analyse. Die Shanghaier Ultralinken kamen über das Stadium der spontanen Massenempörung nicht hinaus und erwiesen sich als unfähig — über ziemlich allgemeine Vorstellungen von Basisdemokratie etc. hinaus — eine fundierte und weitertreibende Konsolidierungspolitik des Zentrums zu leisten. Klar umrissene politische Vorstellungen der Ultralinken, und nicht die Beschränkung auf die Verteidigung „wohlerworbener" Machtpositionen hätten — vielleicht — Grundlage für eine Bündnispolitik sein können, die von dem „Realpolitiker" Zhang und der ARHQ-Führung eine gleichberechtigte Zusammenarbeit einforderte. Nur ein solches Bündnis hätte für weiterreichende politische Umwälzungen eine ausreichende Basis geboten.

Anmerkungen

1) Vgl. Neale Hunter: Shanghai Journal. An Eyewitness Account of the Cultural Revolution, Boston 1971, S. 83 f. und S. 103 f. Soweit nicht anders angegeben, stützt sich die Darstellung der Ereignisse in Shanghai auf den Bericht Hunters sowie auf das entsprechende Kapitel in Rainer Hoffmann: Maos Rebellen. Sozialgeschichte der chinesischen Kulturrevolution, Hamburg 1977. Weiter wurden herangezogen Vivienne B. Shue: Shanghai After the January Storm, in The Cultural Revolution in the Provinces, Cambridge/Mass. 1971, S. 66 -73; und Andrew G. Walder: Chang Ch'un-ch'iao and the Shanghai's Cultural Revolution, Ann Arbor/Mich. 1978.

2) Hunter, S. 137

3) Vgl. Walder, S. 28 - 31, und Hunter, S. 138 -144. Beim Anting-Zwischenfall trat zum erstenmal das „II. Regiment" um den Arbeiterführer Geng Jinzhang auf, das später wegen seiner — abwechselnd „ultralinken" oder „konterrevolutionären" — Politik von Zhang Chunqiaos Anhängern scharf angegriffen wurde. Es fuhr von Anting weiter Richtung Peking, bis es in Soochow ebenfalls gestoppt wurde.

4) Unterschiedlichen Quellen zufolge waren in den Scharlachgarden im Dezember 66 bis zu 800.000 Arbeiter organisiert. „Wenhuibao" (WHP), 19.1.67; vgl. Walder, S. 49

5) Der monatliche Durchschnittslohn in Shanghai lag für einen Arbeiter mittleren Alters bei 75 yuan. Ein Bauer in einer Volkskommune verdiente nur etwa ein Viertel bis ein Drittel dieses Betrags. Dazu kamen dann noch verschiedenste Prämien etc., so daß in etlichen Betrieben einzelne Facharbeiter ebensoviel oder mehr verdienten als die Direktoren oder Chefingenieure (nach Berry M. Richman: Industrial Society in Communist China, New York 1969, S. 798 -805). Die staatliche Lohn- und Wohlfahrtspolitik war für die Spaltung der Arbeiterklasse verantwortlich: Reguläre Arbeiter hatten sichere Arbeitsplätze, kostenlose Kranken- und Altersversorgung, konnten in persönlichen Notlagen Darlehen erhalten und fast umsonst sportliche und kulturelle Einrichtungen benutzen. Die Zeit- und Kontraktarbeiter waren von diesen Vergünstigungen ausgeschlossen. Ebenfalls massiv benachteiligt waren die Jungarbeiter und Lehrlinge. (Vgl. Lynn T. White III: Worker's Politics in Shanghai, in The Journal of Asian Studies, Vol. 36, No. 1 (Nov. 1976), S. 99 -116).

6. In den Jahren vor 1966 waren über 70.000 Jugendliche nach Xinjiang (im äußersten Nordwesten Chinas) geschickt worden. Noch im Frühjahr war die Verschickungskampagne intensiviert worden.

7. Allerdings ist die spätere „offizielle" Darstellung, die ökonomischen Forderungen seien nur auf rechte Drahtzieher zurückgegangen, nicht richtig: Auch das ARHQ unterstützte am 27.12. die Forderungen der Zeit- und Kontraktarbeiter und schloß mit dem Stadtparteikomitee eine Vereinbarung, wonach die entlassenen Kontraktarbeiter wieder eingestellt und ihre Löhne nachbezahlt werden sollten (Radio Shanghai, 2.3.67). Es konnte sich dabei auf eine entsprechende Anordnung der KRG vom 26.12. berufen (vgl. Walder, S. 47 f.).

8. Vgl. Hunter, S. 191 - 195

9. Vgl. Hunter, S. 197 - 204

10. Eine Woche zuvor hatten 116 Organisationen, die vor allem aus zurückgekehrten Studenten zusammengesetzt waren, ein sitin auf der Hauptstraßenkreuzung Shanghais begonnen. Sie forderten, daß ihre Rückkehr in ihre Geburtsstadt offiziell sanktioniert wurde. Die Blockade, die bis zum 6. Januar aufrechterhalten wurde, ließ den Stadtverkehr zusammenbrechen und beschleunigte den Sturz des Stadtkomitees. Später wurde die Aktion wegen des verursachten „Chaos" von den Anhängern Zhangs kritisiert (vgl. Hunter, S. 205 f.).

11. Vgl. Hunter, S. 208

12. Abgedruckt in „Die chinesische Kulturrevolution in Dokumenten", hrsg. vom Verlag Arbeiterkampf, Hamburg 1974, S. 17 - 19. Nach Ausasgen Chen Bodas wurde dieses Dokument unter direkter Anleitung Maos verfaßt (vgl. Hoffmann, S. 77)

13. Zhang Chunqiao war einer der Sekretäre des alten Shanghaier Parteikomitees. Als Mitglied der KRG hielt er sich Ende 1966 in Peking auf, stand aber in dauerndem Kontakt mit dem ARHQ und dessen Führer Wang Hongwen.
Zusammen mit dem Shanghaier Schriftsteller Yao Wenyuan und Jiang Qing werden diese beiden seit 1976 als „Viererbande" verfolgt.

14. Rote Garden Depesche (Organ der Roten Revolutionäre), 8.1.67; zit. nach Hunter, S. 213

15. Zu der Streik- und Sabotagewelle Anfang Januar vgl. Hoffmann, S. 77 - 83; Jürgen Domes: Die Ära Mao Tse-tung, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1971, S. 160 und Hunter, S. 214 -217, sowie „Unser Weg" 20/21, S. 52 f.

16. Nachgedruckt in „Die chinesische Kulturrevolution in Dokumenten", S. 20 f. Unterzeichnet war diese Erklärung sowohl vom ARHQ und Anhang als auch von Gruppen der späteren Ultralinken.

17. Vgl. Hunter, S. 213. Den Angaben Hunters zufolge war die Polizei zunächst auch gar nicht einsetzbar, weil größere Teile nicht einmal bereit waren, sich auch nur verbal den neuen Machthabern anzuschließen.

18. Vgl. Hoffmann, S. 137

19. Ebd.

20. Angaben über die radikale Linke nach Hoffmann, S. 138 f. und Hunter, S. 224 - 233. Die Angaben über die Mitgliederstärke stützen sich auf Rotgardisten- und Rebellenzeitungen, die zu den Gegnern der Ultralinken zählten und daher sicher keinen Grund hatten, deren Einfluß zu übertreiben.

21. Nach Hunter, S. 227

22. Lt. Zhangs Rede vom 24.2.67; in SCMP No. 4147, S. 1 - 10

23. Vgl. Hunter, S. 235

24. Vgl. Hunter, S. 236

25. Hunter, S. 238 f.

26. Vgl. Hoffmann, S. 139

27. Vgl. Hunter, S. 236 f.

28. Radio Shanghai, 5.2.67; nach SWB 8. und 9.2.67

29. Ebd.

30. Radio Shanghai, 6.2.67; nach SWB 9.2.67

31. Die örtliche VBA-Garnison demonstrierte ihre Unterstützung für Zhang, in dem sie aus tieffliegenden Flugzeugstaffeln Flugblätter abwarf und in einer Truppenparade in den Straßen ihre Waffen präsentierte (Walder, S. 93 f.).

32. Hoffmann, S. 140

33. Hoffmann, S. 68 f.; nach einem am 24.2.67 in Peking veröffentlichten Flugblatt mit dem Titel „Lang lebe die Shanghaier Kommune!"

34. Diese Darstellung wird durch einen Bericht Zhang Chunqiaos bestätigt, den dieser am 22.10.67 vor Rebellen aus Anhui gab (in URS Vol. 50 No. 2, S. 21 f.). Neale Hunter weiß jedoch nichts davon, daß die Ultralinke eine solche zweite Kommune gegründet hätte, ebensowenig V. Shue. Das deutet darauf hin, daß die Gegen-Kommune — wenn sie überhaupt wirklich existierte — zumindest keine wesentliche Rolle in der Propaganda der Ultralinken spielte und auch kein organisatorisches Zentrum einer Gegenmacht darstellte.

35. Walder, S. 59 f.

35a. Vgl. Walder, S. 71 f.; Hunter, S. 248 f. und Shue, S. 71 f.

36. Nach einer rotgardistischen Mitschrift der Rede Zhangs; zit nach SCMP 4147, S. 1 -10. Siehe auch Hunter, S. 261 f., und Helmut Martin (Hg.): Mao intern. Unveröffentlichte Schriften, Reden und Gespräche Mao Tsetungs 1946 - 1976, München 1977, S. 177 - 180

37. Erster Sekretär des RK wurde Zhang selbst, sein Stellvertreter Yao Wenyuan. Außerdem wurden noch zwei weitere Angehörige des früheren Stadtparteikomitees kooptiert: Wang Shaoyung, Verbindungsmann zu den Scharlachgarden, und Ma Tianshui, Industriesekretär des alten Stadtkomitees. Daneben gehörten dem RK drei Armeekommandeure und neun Rebellen an.

38. SCMP, ebd.

39. Radio Shanghai, 18.2.67; nach SWB, 21.2.67

40. entfällt

41. Walder, S. 95

42. Walder, S. 95; und Radio Shanghai. SWB 14. und 24.2.67

43. Walder, S. 95; Shue, S. 74 ff.

44. Hunter, S. 271

45. Walder, S. 69 ff.

46. Shue, S. 69; Vgl. auch Walder, S. 67 f., und Hunter, Kap. 13

47. „Peking Rundschau", nach „Unser Weg" 20/21, S. 53

48. Vgl. Hunter, S. 238 - 243

Von der Kulturrevolution zur Restauration

Chinas Gesellschaft befindet sich seit dem Tod Mao Zedongs (1976) in einem radikalen Wandel. Nach Ausschaltung der Reste der kulturrevolutionären Linken leitete die Führungsgruppe um Deng Xiaoping Strukturreformen vor allem auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet ein, die fast alles zerstörten, was bis dahin an bescheidenen Fortschritten auf dem Weg zum Sozialismus erreicht worden war.

Auf dem Land wurde die Kollektivierung aufgehoben, die Einzelwirtschaft wiederhergestellt. Das Ergebnis war neben Verbesserungen für einen beträchtlichen Teil der Landbevölkerung u.a. auch eine Verknappung von Grundnahrungsmitteln — sie bringen den Produzenten nicht mehr genug Profit, zumal die Preise für Düngemittel und landwirtschaftliche Maschinen rasant gestiegen sind — und eine Landflucht von beispiellosem Ausmaß. 50 Millionen ehemalige Bauern vagabundieren inzwischen auf der Suche nach einem neuen Lebensunterhalt durch die Städte. Seit einigen Jahren kann das dadurch frei werdende Land auch verpachtet werden, was zur Entstehung neuer Klassen von Großbauern einerseits, Tagelöhnern und Knechten andererseits führt. In Joint-Venture oder privaten Unternehmen, vor allem in den sogenannten Sonderzonen, herrschen teilweise frühkapitalistische Verhältnisse. Diese Entwicklung ging einher mit der Zerschlagung kollektiver Sozialstrukturen: Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser bzw. Arztstationen wurden in entlegenen Gebieten geschlossen oder — wie auch in den Städten — zu Einheiten gemacht, die sich selbst finanzieren müssen. Das macht die Versorgungsleistungen für viele unerschwinglich. Ohnehin sind Kinderarbeit und Analphabetismus wieder rasant im Zunehmen. Es gibt Neureiche mit eigenen Bediensteten, es gibt auf der anderen Seite wieder Bettelei und Prostitution, die Kluft zwischen Arm und Reich verschärft sich. Die Parole Deng Xiaopings, erst müßten einige Leute reich werden, damit dann das ganze Volk wohlhabend werden könnte, hat sich als Schaumschlägerei erwiesen. Die Phase der durch Großkredite des kapitalistischen Auslands kräftig angeschobenen Prosperität ist an ihre Grenzen gestoßen, die Basis für diese Art von Reformpolitik entsprechend geschrumpft. Statt den chinesischen Massen die versprochene, nach dem Jahrzehnt permanenter Machtkämpfe und Kampagnen 1966-76 durchaus ersehnte „Stabilität und Einheit" zu bringen, hat die Gruppe um Deng ein Chaos angerichtet, das es mit dem der Kulturrevolution ohne weiteres aufnehmen kann, ohne im geringsten dessen progressive, emanzipatorische Elemente zu enthalten.

Wie es zur Kulturrevolution kam

Als Kulturrevolution wird heute in China das gesamte Jahrzehnt von 1966 bis 1976 bezeichnet — die „zehn katastrophalen Jahre", wie es stets heißt. Diese Definition bietet den Vorteil, daß sich alle möglichen negativen Auswirkungen der beginnenden Restauration *nach* der Kulturrevolution heute als Teil der Kulturrevolution einordnen lassen. Tatsächlich umfaßt die Kulturrevolution nur den vergleichsweise engen Zeitraum vom Sommer 1966 bis spätestens zum Frühjahr 1969, bis zum IX. Parteitag der KP China.

Die Vorgeschichte der Kulturrevolution reicht in die späten fünfziger Jahre zurück. Damals gab es in der Partei- und Staatsführung scharfe Auseinandersetzungen um den Entwicklungsweg und das Entwicklungstempo Chinas: Die landwirtschaftliche Kollektivierung (seit Mitte der fünfziger Jahre) wurde seit 1958 sehr rasch zur Bildung der Volkskommunen vorangetrieben — landwirtschaftliche Einheiten von erheblicher Größe und mit einem hohen Grad der Kollektivierung aller gesellschaftlichen Funktionen (Gemeinschaftsküchen u.ä.) entstanden innerhalb weniger Monate. Die Politik des „Großen Sprung nach vorn" ab 1959 stellte eine zusätzliche Beschleunigung des Tempos dar. Aufgabe dieser Politik sollte es sein, in einem sehr kurzen Zeitraum einen qualitativen Sprung sowohl in der materiellen Produktion wie in den gesellschaftlichen Verhältnissen zu ermöglichen. Diese Zielsetzung verband sich mit der Notwendigkeit, möglichst rasch eine relative Unabhängigkeit von der Sowjetunion zu erreichen, die China erhebliche „Entwicklungshilfe" geleistet hatte, aber bereits zu diesem Zeitpunkt immer deutlichere Anstalten machte, diese Hilfe als politisches Druckmittel in der beginnenden Revisionismus-Debatte einzusetzen.

Der Konflikt von 1959 in der chinesischen Führung betraf eine Vielzahl von Fragen, von der Volkskommune-Bewegung und dem „Großen Sprung" bis hin zur Organisierung der chinesischen Armee (relativ autonome „Volkskriegs"-Armee oder relativ konventionelle Armee mit dem entsprechenden großen Bedarf an sowjetischer Hilfe). Diesen Fraktionskampf entschieden zunächst die Linken um Mao Zedong für sich; Verteidigungsminister Peng Dehuai, als Exponent der Gegenposition, verlor alle Posten; Lin Biao trat seine Nachfolge an.

Das Blatt wendete sich kurz darauf, als schwere wirtschaftliche Rückschläge eintraten — bedingt durch Naturkatastrophen in den Jahren 1960 bis 1962, durch die totale Einstellung der sowjetischen Hilfe (Abzug sämtlicher Berater, Einstellung aller finanziellen Leistungen) sowie wohl auch durch unrealistische Zielsetzungen im Zusammenhang des „Großen Sprung". In dieser Situation konnten sich die Rechten um Liu Shaoqi und Deng Xiaoping mit einem restaurativen Programm teilweise durchsetzen: Kollektiv-Formen der Volkskommunen wurden rückgängig gemacht; die Bauern bekamen das Recht zurück, private Parzellen zu bebauen, private Viehhaltung zu betreiben und ihre Produkte privat auf den Markt zu bringen. Diesen Sieg versuchten die Rechten abzusichern, indem sie die förmliche Rehabilitierung Peng Dehuais und die totale Entmachtung Mao Zedongs anstrebten.

Aus dieser Konstellation ergab sich 1962/63 der Konflikt, der dann zur Kulturrevolution führte. Die Linken um Mao Zedong waren in diesen Jahren bemüht, Ansätze für eine Gegenmobilisierung zu finden. Diesem Ziel diente eine Kampagne zum „Studium der Mao-Zedong-Ideen" in der Armee (deren populärstes Produkt schließlich das „Kleine Rote Buch" mit den Mao-Zitaten war), eine „Sozialistische Erziehungsbewegung" unter der Landbevölkerung (seit 1962) sowie seit 1963 eine Polemik auf dem Gebiet der Kultur. Diese Ansätze führten aber alle noch nicht zu den gewünschten Ergebnissen. Das änderte sich erst, als im Frühjahr 1966 eine zunächst weitgehend spontane Massenbewegung einsetzte, die von den Universitäten und Schulen ausging.

„Das Hauptquartier bombardieren"

Die damalige offizielle Geschichtsschreibung ließ die Kulturrevolution mit der „ersten marxistisch-leninistischen Wandzeitung" beginnen, die am 25. Mai 1966 in der Pekinger Universität auftauchte. Datum und Anlaß sind relativ willkürlich gewählt, da es ähnliche Protestaktionen auch schon etwas früher und nicht allein in Peking gab. Die Linken in der Parteiführung gaben dem relativ beliebigen Anlaß seine einschneidende politische Bedeutung, indem sie durchsetzten, daß der Text dieser Wandzeitung von den zentralen Massenmedien bis in den letzten Winkel Chinas publiziert wurde.

Bis zu diesem Moment waren die örtlichen Machthaber in der Regel mit Einschüchterungen und Repressionen gegen den spontanen Protest vorgegangen. Die ausdrückliche Unterstützung der „Rebellen" durch die Parteilinke, vor allem aber durch Mao Zedong selbst, zwang die Bürokratie zur Zurückhaltung und stellte zugleich eine enorme Ermutigung der Proteste und der sich spontan herausbildenden Organisationsformen („Rote Garden") dar. Die Revolte großer Teile der chinesischen Jugend dehnte sich rasch über das ganze Land aus.

Naturgemäß war diese Bewegung auch bestimmt von Erscheinungsformen eines engen Fanatismus und sozialer Intoleranz (Zerstörung von Büchern, Schallplatten, alten Kulturwerken u.ä., rigide Betonung von Äußerlichkeiten wie Haarschnitt, Kleidung u.ä.).

Ausdruck des durch diese Revolte wesentlich bestimmten neuen Kräfteverhältnisses in der Parteiführung war der „16-Punkte-Beschluß" des ZK vom 8. August 1966. Festgestellt wurde darin die Notwendigkeit, „kühn die Massen zu mobilisieren". „Die Massen" müßten „sich selbst befreien" und „sich in dieser Bewegung selbst erziehen". Kulturrevolutionsgruppen, Kulturrevolutionskomitees u.ä. sollten als „Machtorgane" der Bewe-

gung wirken und basisdemokratisch „nach den Prinzipien der Pariser Kommune" (Wählbarkeit und jederzeitige Absetzbarkeit sämtlicher Funktionäre und Delegierten) zusammengesetzt sein.

Das beinhaltete allerdings noch keine Revolutionierung des Staatsapparats. Immerhin betonte das ZK-Plenum aber die Notwendigkeit, die „Machthaber auf dem kapitalistischen Weg" zu „stürzen". Das führte schon 1966 zur faktischen Entmachtung von Liu Shaoqi, Deng Xiaoping und einer Reihe ihrer wichtigsten Parteigänger in der Führung.

Mit dem „Januar-Sturm" 1967 setzte sich die „proletarische Machtergreifung" auf örtlicher Ebene fort. Auch in dieser Bewegung gab es anfänglich ein hohes Maß an Spontanität und unmittelbarer Basisdemokratie. Es kam die Forderung auf, basisdemokratische Prinzipien nicht bloß in den neuen Massenorganisationen (Rote Garden, Rebellengruppen usw.) wirken zu lassen, sondern sie auch auf die staatliche Macht anzuwenden. Es entstand die kurzlebige „Kommune von Shanghai", und Mao selbst wurde mit dem Spruch zitiert, daß jene „erste Wandzeitung" vom 25. Mai 1966 die Gründungserklärung der „Volkskommune Peking" gewesen sei.

Die Niederlage der „Ultralinken"

Dem „Januarsturm" folgte sehr bald eine Gegenbewegung, die von den Mittelkräfte im Parteiapparat ausging. Repräsentant dieser Strömung war Zhou Enlai. Stützen konnten sich diese Bewegung auf eine allgemeine Besorgnis in der Bürokratie, daß die Kulturrevolution zum totalen Zusammenbruch des Staatsapparats und damit auch zur vollständigen Lähmung Chinas in der Außenpolitik und gegenüber Kriegsdrohungen der USA ebenso wie der Sowjetunion führen könnte. Die Besetzung mehrerer Ministerien, u.a. des Außenministeriums, durch die Roten Garden im Sommer 1967 nährte diese Sorge.

Der Konflikt wurde entschieden, als im Sommer 1967 die Forderung nach dem Sturz der „Machthaber auf dem kapitalistischen Weg" auch in der Armee erhoben wurde. Als klar war, daß die Mittelkräfte die Forderung ablehnten und auch Mao sie nicht unterstützte, distanzierten sich die Linken in der Parteiführung. Diejenigen, die trotzdem an der Forderung festhielten, wurden als „ultralinke" abgestempelt. Ihre Vertreter verloren alle Funktionen und wurden zu einem erheblichen Teil in Haft genommen.

Auf Stadt- und Provinzebene vollzog sich mit der Bildung von Revolutionskomitees ein ähnlicher Prozeß der Ausschaltung der „Ultralinken" und der Konsolidierung des erreichten Kräfteverhältnisses. Immerhin dauerte es aber noch bis zum Herbst 1968, bis die Bildung der Revolutionskomitees als neue Machtorgane im ganzen Land abgeschlossen war und die spontanen, häufig auch gewaltsamen, Massenbewegungen und Fraktionskämpfe einigermaßen unter Kontrolle gebracht waren. Den förmlichen Abschluß dieser Phase bildete der IX. Parteitag (April 1969), der den „großen Sieg" der Kulturrevolution verkündete.

Angst vor einem totalen Zusammenbruch des Staats- und Armeeapparats und äußere Bedrohung Chinas (Eskalation der US-Intervention in Indochina; sowjetische Besetzung der CSSR im August 1968 und Grenzzwischenfälle am Ussuri im März/April 1969) hatten den Ausschlag gegeben, die bewegte Phase der Kulturrevolution durch eine starke Betonung von „Stabilität und Einheit" abzulösen.

„Kampf zweier Linie" nach der Kulturrevolution

Das erste Ereignis, das auf das Fortbestehen scharfer Widersprüche unter der glattpolierten Oberfläche hinwies, war das zunächst rätselhafte Verschwinden von Verteidigungsminister Lin Biao im Herbst 1971. Erst später und allmählich wurde darüber eine offizielle Version bekanntgegeben: Lin Biao habe auf einer ZK-Sitzung im Herbst 1970 einen Fraktionsstreit provoziert, bei dem er unterlegen sei. Daraufhin habe Lin Biao einen Militärputsch geplant, bei dem die Ermordung Mao Zedongs eine wichtige Rolle spielen sollte. Nach Aufdeckung seine Putschplanes habe Lin Biao mit dem Flugzeug in die Sowjetunion fliehen wollen und sei bei dessen Absturz ums Leben gekommen.

Der „Verrat" Lin Biaos erschütterte das Prestige Maos, denn Lin hatte bis dahin den offiziellen Titel eines „engsten Waffengefährten" und „Nachfolgers" von Mao getragen. Das Ereignis war zugleich ein Schlag gegen die Linke in der Parteispitze („Viererbande"), denn es war allgemein bekannt, daß zwischen ihr und Lin Biao während der Kulturrevolution ein sehr enger Zusammenhang bestanden hatte.

In dieser Situation entwickelten sich erste restaurative Tendenzen, ein Roll Back der Partei-Rechten gegen in der Kulturrevolution eingeleitete progressive Entwicklungen:

— Seit 1970/71 kehrten massenhaft in der Kulturrevolution abgesetzte „bürgerliche Machthaber" in Amt und Würden zurück.

— In den Betrieben gab es Ansätze zur Wiederherstellung der „Ein-Mann-Leitung", zur Arroganz der Experten gegenüber den Arbeitern, zur schärferen Disziplinierung der Arbeiter und zur Wiedereinführung von Prämiensystemen.

— In der Schule wurde verstärkt auf das Notensystem als Mittel der Disziplinierung und Auslese der Schüler gesetzt.

— Das Prinzip „Vertrauen auf die eigene Kraft" wurde zunehmend durchlöchert durch die Vorstellung, China könnte durch den Import von kompletten Industrieanlagen aus dem Westen schneller und besser vorankommen.

— Am sichtbarsten vollzog sich eine reaktionäre Wende auf dem Gebiet der Außenpolitik: Statt Bündnis und gegenseitige Unterstützung mit allen antiimperialistischen Befreiungsbewegungen und revolutionären Kräften wurde ein Bündnis mit den imperialistischen Staaten, einschließlich den USA, gegen den angeblichen „Hauptfeind", die „hegemonistische" Sowjetunion eingeleitet.

Ohne sich diesen Tendenzen *offen* zu widersetzen, leisteten die Linken doch erheblichen Widerstand, wenn auch großenteils mit fragwürdigen Mitteln. Dazu gehörte, daß Lin Biao in der Propaganda plötzlich als *Rechter* dargestellt wurde, der die Steigerung der Produktion über die revolutionären Ideale haben setzen wollen; so sollte in seiner Person die Partei-Rechte getroffen und die Linken aus der Schußlinie genommen werden, in die sie durch den „Verrat" Lin Biaos geraten waren. Dazu gehörte auch, daß der Annäherung an den imperialistischen Westen eine ausländerfeindliche Kampagne entgegengestellt wurde.

Zugleich regte sich 1973/74 in den Betrieben und an den Schulen neuer Widerstand gegen die Restauration der alten, vor-kulturrevolutionären Verhältnisse. Dieser Widerstand nahm 1975/76 an Schärfe und Breite noch erheblich zu. Es wurden wieder Wandzeitungen gegen örtliche Machthaber geklebt, es gab zahlreiche Streiks (z.B. bei den Eisenbahnen und in Kohlebergwerken), Parteibüros und Polizeistationen wurden von Demonstranten gestürmt; mancherorts wüteten schon wieder — wie in der Kulturrevolution — wochenlange Kämpfe.

Eine zusätzliche Zuspitzung der Lage ergab sich daraus, daß mit dem Tod Zhou Enlais (Januar 1976) und dem Todeskampf Mao Zedongs (seit Frühjahr 1976) die Frage der Neugruppierung der chinesischen Partei- und Staatsführung anstand. Mit der erneuten Absetzung Deng Xiaopings, des Exponenten der Partei-Rechten (April 1976), schienen die Linken einen wichtigen Erfolg errungen zu haben, den sie durch Kampagnen gegen örtliche Anhänger Dengs im Partei- und Staatsapparat auszubauen versuchten.

Ausschaltung der „Viererbande"

Die Gefahr einer erneuten Destabilisierung des Landes durch Massenkämpfe und Umwälzungen im Partei- und Staatsapparat führte nach dem Tode Maos (9.9.76) eine breite anti-linke Koalition zusammen. Auf Grundlage dieses Bündnisses wurden am 6. Oktober 1976 vier linke Mitglieder des Politbüros („Viererbande") in Haft genommen. Es folgten in den nächsten Wochen und Monaten Absetzungen und Verhaftungen von „Anhängern der Viererbande" im ganzen Land. Die Zahl der Gefangenen und zur Zwangsarbeit Deportierten wurde nie offiziell genannt; sie muß mindestens bei einigen Zehntausend gelegen haben. Viele wurden wegen ihrer Rolle in der Kulturrevolution und anderen Massenkämpfen vor Gericht gestellt; dabei gab es mehrere Todesurteile. U.a. wurde auch die berühmt gewordene Verfasserin der „ersten Wandzeitung" zu einer langen Gefängnisstrafe verurteilt.

Die neu formierte Führung um Hua Guo-feng stellte sich anfangs sehr wortradikal in die Tradition Mao Zedongs und bekannte sich sogar zur Kulturrevolution. Der „Viererbande" und ihren Anhängern wurde in dieser Anfangsphase vorgeworfen, sie seien in Wirklichkeit verkappte Rechte gewesen, die in China den Kapitalismus wiederherstellen wollten. Um diese Version zu legitimieren, wurden zahlreiche bis dato unbekannte angebliche Mao-Zitate — meist einzelne Sätze

mit haarsträubend plattem Inhalt — publiziert. In diese Zeit fiel auch die Errichtung des Mao-Mausoleums und die Herausgabe des fünften Bands der Mao-Schriften. Das heißt, Mao und die Kulturrevolution waren zu dieser Zeit im chinesischen Volk durchaus noch nicht so diskreditiert, daß man sofort zu ihrer Verurteilung übergehen konnte.

Deng kehrt zurück

1977 wurde Deng Xiaoping zum drittenmal rehabilitiert und in seine alten Posten wiedereingesetzt. Es folgte ein Machtkampf, bei dem schließlich Hua Guo-feng und andere führende Traditionalisten völlig entmachtet wurden. Die neue Führung ging zur Kritik an Mao selbst über, dessen Politik man nur noch bis etwa 1957 als „korrekt" gelten ließ, danach aber als falsch und schließlich katastrophal verurteilte. Es erfolgte „von oben" eine Demontage der maoistischen Ideologie und Politik, die im Gesamtergebnis den Sozialismus selbst als fatalen Irrweg erscheinen ließ. Damit verbunden war die Diffamierung der alten Modelle für den sozialistischen Aufbau, wie die Kommune Datschai.

Die Legitimationsideologie des neuen Kurses bestand vor allem darin, die „Viererbande" (und Mao-Zedong) für *sämtliche* Probleme der chinesischen Wirtschaft und Gesellschaft verantwortlich zu machen. Kern der Kampagne war die These, die „Viererbande" habe einen „Sozialismus in Armut" gewollt und die Wirtschaft in den Ruin getrieben. Das neue Regime hingegen werde einen ungeheuren Aufschwung in der „Modernisierung" Chinas und spürbare Verbesserungen für das Leben des Volkes bringen. Versucht wurde, die Ansätze der Kulturrevolution (mehr Basisdemokratie, größeren Einfluß der Arbeiter auf die Produktion und die Betriebsführung, Abschaffung des Prämiensystems usw.) als Ursache für Armut und Elend zu diffamieren. Im Gegensatz dazu wurden „Effektivität", Kompetenz der Fachleute, scharfes Leistungssystem an den Schulen, stark differenziertes Lohnsystem usw. als sicherer Weg zu Wohlstand und Glück gepriesen.

Das Ende des Pekinger Frühlings

Die erste Phase der Liberalisierung nach der Wende von 1976 wurde im März 1979 durch administrative Maßnahmen „zur Aufrechterhaltung der sozialen und politischen Stabilität" gestoppt, die von den Stadtverwaltungen verfügt wurden. Diese Maßnahmen schränkten das Demonstrationsrecht und die Meinungsfreiheit ein. Insbesondere wurden alle Äußerungen verboten, „die sich gegen den Sozialismus, die Diktatur des Proletariats, die Führung der KP Chinas und gegen den Marxismus-Leninismus-Maozedong-ideen richten".

Beendet wurde damit eine Bewegung, die als „Pekinger Frühling" bezeichnet worden war. Sie war aus Demonstrationen und Protesten gegen den Pekinger Bürgermeister Wu Teh entstanden, die im Oktober 1978 zu dessen Absetzung geführt hatten. Er galt als Traditionalist und Gegner der Deng'schen Reformpolitik. Ermutigt durch diesen ersten Erfolg entfaltete sich die Bewegung, wobei nun immer öfter auch die Verurteilung Mao Zedong gefordert wurde und offen pro-amerikanische Tendenzen laut wurden.

Deng, der sich zu diesem Zeitpunkt intensiv um ein Bündnis mit den USA gegen den „russischen Bären" bemühte und im Februar 1979 Truppen in Vietnam einfallen ließ, nutzte die Bewegung zunächst, um sich innenpolitisch zu stärken und außenpolitische Sympathiewerbung zu betreiben.

Diese joviale Pose wurde dadurch gestört, daß sich parallel zum „Pekinger Frühling" in verschiedenen Teilen Chinas Streiks und andere Protestaktionen mit sozialem Hintergrund entwickelten. Eine Avantgarderolle spielten dabei die jugendlichen Arbeitslosen der Großstädte. Verschärft wurde dies Problem dadurch, daß Hunderttausende von Jugendlichen, die während der Kulturrevolution und danach „aufs Land geschickt" worden waren, jetzt in ihre Heimatstädte zurückkehrten, um dort Arbeitsplätze und Wohnraum zu fordern. Wie schon während der Kulturrevolution kamen Zigtausende aus allen Schichten und allen Landesteilen nach Peking gereist, um dort Beschwerden vorzubringen. Viele kampierten in Notunterkünften und stellten ein brisantes Protestpotential dar.

Die Zerschlagung der Bewegungen von 1978/79 erwies sich als relativ unproblematisch; massive Repression brauchte sich nur gegen eine begrenzte Zahl von Menschen zu richten. Darin kam zum Ausdruck, daß die Proteste im Wesentlichen auf Teile der Intellektuellen und auf Randgruppen isoliert geblieben waren. Die Deng'sche Reformpolitik befand sich noch im vollen Aufschwung und verfügte über genug ökonomische Reserven, um Protestpotentiale zu integrieren.

Die Studentenrevolte von 1986

Am 5. Dezember 1986 begann eine Kette von Studentendemonstrationen, zunächst in Hefei, Hauptstadt der Provinz Anhui. Auslöser war dort der Protest gegen das autoritäre Verfahren, mit dem die studentischen Delegierten für den Volkskongreß der Provinz von oben nominiert statt von unten delegiert worden waren. Die Bewegung breitete sich unter Parolen wie „Ohne Demokratie keine Modernisierung" und „Wir wollen Recht, kein autoritäres Regime" rasch auf die größten Universitäten des Landes aus. Andere Forderungen zielten auf Pressefreiheit, Schutz der persönlichen Rechte und volle Legalisierung von Demonstrationen. Eine weitere Stoßrichtung der Bewegung war gegen das Vordringen japanischen Kapitals in China. Am 19. Dezember erreichte die Bewegung Schanghai, am 23. Peking, wo noch bis in den Januar 1987 hinein Demonstrationen stattfanden.

Die Proteste wurden wieder durch administrative Maßnahmen auf städtischer Ebene gekontert. So wurden beispielsweise in Peking Sonderbestimmungen erlassen, die Demonstrationen auf wichtigen Plätzen und vor zentralen Einrichtungen verboten. In Schanghai wurden Demonstrationen von der Genehmigung durch die Polizei abhängig gemacht und damit erst einmal rigoros unterbunden. Das Ausmaß an direkter Repression blieb aber trotzdem insgesamt, wie schon bei der Beendigung des „Pekinger Frühlings" 1979, relativ maßvoll.

Die Teilnehmerzahlen der Aktionen deuten darauf hin, daß in dieser Bewegung selbst die Studenten nur teilweise erfaßt wurden und eine Ausdehnung der Proteste darüber hinaus kaum stattfand. Eine Ausnahme bildete Schanghai, wo mehrmals 30.-70.000 Menschen demonstrierten und es einen deutlichen Arbeiteranteil gab.

Eine weitreichende Folge der Studentenkämpfe vom Dezember 1986 war, daß Mitte Januar 1987 der Generalsekretär der KP, Hu Yaobang, abgesetzt wurde. Ihm wurde vorgeworfen, den Studenten zu weit entgegengekommen zu sein und damit „bürgerliche Liberalisierung" begünstigt zu haben. Mit gleicher Begründung verloren mehrere führende Universitätsfunktionäre ihre Posten.

An die Stelle Hu Yaobangs trat Ministerpräsident Zhao Ziyang, der aber kaum weniger als der Ausgeschaltete als Vorkämpfer des „Reformflügels" in der KP galt. (Er wurde während der jüngsten Volkskämpfe abgesetzt und soll unter Hausarrest stehen.)

Der Ämterwechsel von 1987 brachte Li Peng, einen der Schlächter von Peking, auf seinen heutigen Posten: er wurde im November 1987 anstelle von Zhao Ziyang Ministerpräsident.


Endlich! Deng Hsiao-ping entmachtet! Chinas Massen jubeln!

Rechtsputsch in China

Deng Xiaoping im Spiegel der AK-Schlagzeilen (12.4.76, 18.10.76, 25.7.77)

China: Teng kehrt zurück

China zwischen 1971 und 1989

Materialien zur innenpolitischen Entwicklung in China

Gleichzeitig mit dieser Broschüre zur Kulturrevolution haben wir eine Materialsammlung der zwischen 1971 und 1989 erschienenen Artikel im Arbeiterkampf zur innenpolitischen Entwicklung in China zusammengestellt. Dies umfaßt den Kampf innerhalb der KP bis zum Tode Maozedongs, den Kampf gegen die "Viererbande", den Wiederaufstieg Deng Xiapings sowie die Restauration kapitalistischer Produktionsformen.

40 Seiten DIN A3 - Preis: DM 10.-

Zu bestellen bei: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20
oder telefonisch: 040 / 43 53 20

Arbeiterkampf

Ich will den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.

○ Halbjahresabo DM 33,— ○ Förderabo DM 50,—
○ Jahresabo DM 60,— ○ Förderabo DM 100,—
○ Ich überweise das Geld auf das Konto der Hamburger Satz- und Verlagskooperative Postgiroamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175-203
○ Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsermächtigung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar. Ich weiß, daß ich diese Bestellung binnen 14 Tagen (Poststempel) bei der Hamburger Satz- und Verlagskooperative widerrufen kann.

..... Ort, Datum ..... Unterschrift

Absender: .....
.....
.....

An die
Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Lindenallee 4
2000 Hamburg 20

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative, Hamburg, den von mir zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines Girokontos.

Kto. Nr.
bei der BLZ
mittels Lastschrift einzuziehen

....., den .....
(Unterschrift)

DM 6,-

Herausgeber: Kommunistischer Bund